

# **DIE NEUE GESELLSCHAFT**

**Herausgegeben von**

**Otto Brenner**

**Fritz Eiler**

**Waldemar von Knoeringen**

**E. W. Meyer**

**Carlo Schmid**

**Carl Schumacher**

**Herbert Wehner**

**12. Jahrgang Heft 6 November/Dezember 1965**

# Inhalt

Bonn ohne Alternative? . . . . .	915
Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB	
Herbert Bath	
„Sozialismus“ in der Ferne . . . . .	920
Prof. Dr. Gottfried Preissler	
Demokratisierung der Bildungsgesellschaft . . . . .	932
Hedwig Maurach	
Die Bundesrepublik im Urteil ihrer Gaststudenten . . . . .	938
Prof. Dr. Heinz Langerhans	
Sozialismus als Entwicklungsideologie . . . . .	945
Diskussion	
Dr. Erhard Eppler, MdB	
Liberalismus als politisches Ordnungsprinzip . . . . .	959
Zeitgeschehen . . . . .	963
Berichte und Analysen	
Zur Situation des westdeutschen Theaters . . . . .	970
Von Dr. Klaus E. Herrmann	
Kritik . . . . .	979
Vorschau . . . . .	989
Die Autoren dieses Heftes . . . . .	990

Chefredaktion: Dr. Ulrich Lohmar, MdB, Bielefeld, Pressehaus, Postfach 26 und 27; Telefon 63111, verantwortlicher Redaktor: Wilhelm Ingersand.

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT GMBH, 48 Bielefeld, Pressehaus, Postfach 26 und 27; Telefon 63111, Fernschreiber Nr. 07 32 845; Postcheckkonto Hannover 42 68, Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld.

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint alle zwei Monate, Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag, Bezugszeit halbjährlich, Kündigung zum 15. Juni und 15. Dezember, Halbjahresabonnement (2 Hefen) Inland: 9,— DM einschl. Postvertriebsgebühren; Ausland: 9,— DM zuzügl. Porto, Einzelpreis 3,— DM zuzügl. Porto. — Anzeigenpreisliste Nr. 4.

## Bonn ohne Alternative?

Ulrich Lohmar

Das Resultat der Bundestagswahlen im statistischen und politischen Sinne liegt vor. Bundeskanzler Erhard brauchte vor und nach dem Plabizit kein Orakel um Auskunft zu bitten. Er befragte das Volk in sich und erfuhr, daß Ludwig Erhard es schon machen werde. Seine Regierung und seine Politik werden danach beschaffen sein. Seine Partei wird wenig und unser Volk vermutlich noch weniger Anlaß haben, sich darüber zu freuen.

Die Soziologen werden den Wahlkampf und das Ergebnis auf ihre Weise untersuchen. Das wird gewiß nützlich sein können, aber die Gründe, die der Christlich-Demokratischen Union zu ihrem fünften Sieg verhelfen, liegen im wesentlichen klar zutage. Die liberalen Randwähler der Union, die vor vier Jahren aus Verdruß über Konrad Adenauer den liberalen Weg für einen Ausweg hielten, kehrten zur CDU zurück. Diese Schwenkung macht deutlich, daß der Liberalismus in der Bundesrepublik kaum noch als dritte Kraft angesprochen werden kann. Erich Mende zögert nicht, daraus Folgerungen zu ziehen. Er tat das eigentlich schon vor der Wahl, als er sich für eine Regierung mit der CDU entschied, noch bevor die Bürger ihr Wort gesprochen hatten. Rainer Barzel hat in einer Fernsehdiskussion die FDP in dürren Worten an ihre Situation erinnert: Wenn sie mit der CDU gehe, sei alles in Ordnung; tue sie das nicht, werde man die liberale Partei eben spalten. Er nahm mit dieser Bemerkung die Zukunft der FDP vorweg.

Diese Wahl führte die Bürger in einer Zeit des relativen Wohlstandes an die Urnen. Die Demoskopien haben uns darüber informiert, daß die meisten unserer Mitbürger mit ihrem Leben zufrieden seien. Die Mehrheit wählte entsprechend, die Frauen eindeutiger als die Männer, die Landbevölkerung konservativer als die Städter. Das war nichts Neues. Aber es verdient daneben registriert zu werden, daß die Zahl der Bürger, die sich einmal so und ein anderes Mal anders zu entscheiden bereit sind, beträchtlich gestiegen ist. Darin vor allem liegt die Chance eines Wechsels, einer Wachaöslösung in Bonn für die nächste Runde der deutschen Politik.

Die Sozialdemokratie hat einen im einzelnen unterschiedlichen, im ganzen achtbaren Erfolg erzielt. Sie hat ihr Ziel dennoch nicht erreicht. Neben den Gründen, die eine Majorität mehr für Erhard als für die CDU einnahm, waren dafür Umstände bestimmend, die mit dem Erscheinungsbild der SPD zusammenhängen. Der Sozialdemokratie ist es noch nicht durchweg gelungen, ein dem Godesberger Programm gemäÙes Profil zu gewinnen, in ihrer personallen Repräsentanz auf allen Ebenen, in ihrer publizistischen Form, in ihrem Führungsstil. Und nicht zuletzt ist Willy Brandt seinem Gegenspieler unterlegen. Er kennt die Gründe so gut wie kein anderer, und er hat dennoch den

Kampf und die Niederlage in einer Weise bestanden, die ihm eine feste Zuneigung seiner Freunde und den Vorsitz seiner Partei sichern werden. Der Mann, der aus kluger Überzeugung seit langem für eine innere Aussöhnung unseres Volkes plädiert, hat an sich selber verspüren müssen, daß wir soweit noch nicht sind. Er trägt es, ohne an seinem Ziel irre zu werden. Sogenannte große Zeitungen haben die Berliner nach der Wahl dazu beglückwünscht, daß sie ihren Bürgermeister jetzt wieder ganz für sich hätten. Es wäre besser gewesen, diesem Mann vor den Wahlen eine faire publizistische Chance zu geben. Man hat gesagt, die Erfahrung, die Willy Brandt am 19. September hinnehmen mußte, sei tragisch. Das stimmt nicht. Tragik ist nur da, wo etwas Unwiderrufliches geschieht. Der Immobilismus der Ära Erhard aber wird die deutsche Politik nicht mehr lange bestimmen, und Willy Brandt wird, wie bisher, über Berlin hinaus sein Wort für unser Land einlegen können und müssen.

Die deutsche Demokratie ist noch nicht fest genug gefügt — ganz abgesehen davon, daß wir ihr eine Chance in Mitteldeutschland erst noch erkämpfen müssen. Günter Gaus hat in seiner Studie über die Bonner Politik davon gesprochen, der deutsche Wähler sei ungeübt, sich in differenzierten Sachverhalten der Politik zurechtzufinden. Eine Karikatur der „Süddeutschen Zeitung“ brachte das noch drastischer zum Ausdruck. Sie zeigte einen trommelbewehrten Willy Brandt, zu seiner Seite einen müden und enttäuschten Klepper, für den Günter Grass Modell gestanden hatte. Darunter stand: „Hätte ich doch nur den Ganghofer geritten.“ Nun, Willy Brandt hat sich nicht für Günter Grass entschieden; der Dichter engagierte sich für den Politiker. Aber Brandt hat den Wahlkampf in einem rationalen Stil geführt, er vertraute Argumenten und Leistungen, nicht Emotionen und Stimmungen. Genau darin unterscheidet er sich von Erhard, und mit ihm die SPD. Die Formel des Bundeskanzlers von der „formierten Gesellschaft“ ist Ausdruck eines ademokratischen Denkens, das in der pluralistischen Gesellschaft keinen Raum findet. Die „formierte Gesellschaft“ ist eine Spätausgabe des Ständestaates, sie ist der Vorstellung nach auf Unbeweglichkeit angelegt, sie verkennt die Dynamik der Industriegesellschaft und die Anforderungen eines demokratischen Gemeinwesens.

Die Zuversicht Erhards und der CDU gründete sich auf eine Mentalität, die die Mehrheit unseres Volkes noch bestimmt. Die Hoffnung der SPD hingegen ging dahin, den Bürgern erklären zu können, daß die Aufgaben der Gegenwart nicht mit den Maßstäben und Mitteln von gestern, sondern mit dem Blick auf morgen bewältigt werden müssen. Sie ist damit nicht, noch nicht durchgedrungen. Zwei von fünf Wählern immerhin sind den Sozialdemokraten in ihrem Willen gefolgt, die

deutsche Politik aus ihrer selbstgefälligen Genügsamkeit zu befreien. Es sollte nicht allzu schwer sein, aus zweien drei werden zu lassen.

Der Wahlkampf der SPD hat dieses Mal Fehler vermieden, die früher für den Stil der Sozialdemokraten kennzeichnend waren. Die SPD hat einer abgenutzten Regierung eine andere Mannschaft gegenübergestellt. Das war ihre personelle Alternative. Sie hat in zahlreichen Sachprogrammen gesagt, wie sie die Rangordnung und die Ziele der deutschen Politik zu bestimmen gedenkt. Das ist ihr nicht leichter geworden, als es der CDU fallen sollte, denn jede große Partei muß dabei divergierende Auffassungen und Interessen abwägen und über deren politischen Stellenwert entscheiden. Die SPD tat das, und dies war ihre sachliche Alternative. Sie ist leider der Aufmerksamkeit mancher Intellektueller, die eine merkwürdige Neigung zu formelhaften Alternativen hegen, gelegentlich entgangen.

Die SPD hat schließlich in der Studie „Deutschland 1975“, in dem Memorandum der Künstler und in der Petition der Architekten und Stadtplaner Anregungen bekommen, die ohne eine begründete Sympathie sicher nicht gerade an ihre Adresse gerichtet worden wären. Und sie hat sich endlich des Fernsehens weitaus wirksamer bedient als die anderen Parteien. Ein Kapitel für sich ist es dabei, daß die westdeutschen Rundfunkanstalten sich einer berichtenden und kommentierenden Würdigung des Wahlkampfes entzogen haben. Sie drängten die Meinungsbildung auf die Wahlsendungen der Parteien ab und förderten damit im Grunde eine abstinenten Grundhaltung gegenüber politischen Sachfragen. Alle Parteien haben Anlaß, darüber nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Natürlich sind die „Bild“-Zeitung und ihr Verleger kein überzeugendes Beispiel dafür, wie man es besser machen könnte.

Die SPD hat, alles in allem, ihren ehemals handwerklichen Arbeitsstil mehr und mehr durch einen industriell-technischen Stil ersetzt. Wer die Reden von Brandt, Eiler oder Wehner registriert hat, weiß weiterhin um den Willen der Führung zu einer an Argumenten orientierten Debatte. Mannschaft und Programm standen für die Alternative in den Personen und in der Sache. Dies alles war nicht nur richtig, es hat den Sozialdemokraten auch geholfen. Eben deshalb aber war man verblüfft, daß die Wahlverkleidung der SPD der ihrer großen Konkurrenzpartei gelegentlich zum Verwechseln ähnlich würde.

Hier lag ein Bruch vor. Die Anpassung unserer Parteien an das von den Demoskopern empfohlene Image ging weit, zu weit. Die Sozialdemokraten fanden zudem bei der Suche nach der Erfüllung ihres Wunsches, auch die vermeintliche Chance der Demoskopie nicht auszulassen, kaum die besseren Ratgeber. Hat der Führung der SPD

eigentlich niemand gesagt, daß die Parole „Sicher ist sicher“ bei Lage der Dinge die letzte Garbe einer ausgedroschenen Ernte war, die die CDU schon 1957 mit ihrem Slogan „Keine Experimente“ einbringen konnte? Hat ihr niemand bedeutet, daß illustrierte Zeitungen, wenn sie schon auf den politischen Markt gebracht werden, in der technischen und graphischen Aufmachung der gewohnten Qualität mindestens nahekommen müssen? Hat sie niemand darauf aufmerksam gemacht, wie mißverständlich ihr großes „Ja“ neben den Bildern Erhards an den Litfaßsäulen wirken mußte? Hat niemand ihr gesagt, daß die Parteischlager-These „Einmal muß man es probieren“ in ihrem Kontext geschmacklos war? Wie viele Kandidaten haben unter der Zumutung geseufzt, als ein Luxus angepriesen zu werden, den sich jeder leisten könne? Welch ein Mißverständnis des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes und der dazu ja keineswegs im Widerspruch stehenden Neigung zur Differenzierung! Man beziehe den Luxus nur einmal auf Herbert Wehner, um seine Unsinnigkeit zu ermessen. Und mußte der Werbechef der SPD ausgerechnet vor den Wahlen teils witzige, teils alberne Schüttelreime produzieren und diese dann auch noch verbreiten? Fand die SPD niemanden, der ihre Anzeigentexte mit den Regeln der deutschen Sprache hätte versöhnen können?

Dies alles sind gewiß Randerscheinungen des Wahlkampfes gewesen. Doch sollten sie Grund genug sein, solche Fehlleistungen bei nächster Gelegenheit zu vermeiden. Darauf schon jetzt zu drängen, mag sogar der Parole der Partei-Demoskopen noch einen gewissen Sinn geben: „Sicher ist sicher“.

Freunde und Gegner haben der SPD vorausgesagt, sie werde nach einer Wahlniederlage entweder resignieren oder hinter das Godesberger Programm zurückfallen. Die kritischen Freunde werden es zu würdigen wissen, daß beides nicht eingetreten ist. Willy Brandt wird der SPD mit seinem ruhigen Urteil und mit seiner besonnenen Bereitschaft zu Entscheidungen weiter helfen. Er hat gleich nach der Wahl darauf hingewiesen, daß die parlamentarische Repräsentanz der SPD in der Struktur einer kritischen Überprüfung bedürfe. Helmut Schmidt und Karl Schiller haben sich entschlossen, in den Bundestag zu gehen. Sie machten damit deutlich, daß die SPD sich nicht als ein kommunales oder landespolitisches Korrektiv, sondern als eine politische Alternative zur gegenwärtigen Bundesregierung versteht. Die beiden Senatoren werden dazu beitragen können, daß die SPD ihre Weichen in Bonn richtig stellt: Die neue Rangordnung einer an den Aufgaben einer modernen Industriegesellschaft orientierten Politik muß im Parlament sichtbar werden, ein neues Schattenkabinett der SPD sollte schon bald eine personelle Alternative für 1969 wirksam werden lassen, die Politik der Sozialdemokraten sollte sich die Ratschläge

der Demoskopen zunutze machen, aber sich ihnen in der Sache nicht ausliefern. Und die SPD könnte sich endlich wohl auch dazu entschließen, ihre unübersichtliche, für die Teilnehmer zeitraubende und wenig effektive Führungsstruktur zu rationalisieren. Sie muß ihren führenden Politikern Zeit geben und Zeit lassen. Gelassenheit und Distanz sind Voraussetzungen des politischen Erfolges, die man durch viele Tagungen und Konferenzen nicht wettmachen kann. Überzeugende Ideen, eine durchdachte Strategie und ungebrochene Menschen haben noch immer mehr ausgerichtet als Betriebsamkeit.

Ein von Siegesfreude erfüllter Journalist aus Paderborn fragte mich am 20. September nach meinen Eindrücken vom Hergang, Ausgang und Fortgang der Dinge. Ich habe ihm gesagt, die SPD sei wie ein guter Wein, Sie gewinne von Jahr zu Jahr. Aber, man darf dem wohl hinzufügen: Irgendwann muß man den Wein dann auch trinken mögen.

Das am 25. Februar 1965 von der Volkskammer beschlossene „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“<sup>1)</sup> ist das dritte Schulgesetz in der sowjetisch besetzten Zone. Waren die Gesetze der einzelnen Länder der SBZ „zur Demokratisierung der deutschen Schule“ vom Frühsommer 1946 noch Ausdruck der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ und „bürgerlicher Reformpädagogik“, so fand nach der Proklamation des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ durch die II. Parteikonferenz der SED 1952 und nach der von Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 verkündeten Phase der „siegreichen Vollendung des sozialistischen Aufbaus“ der Übergang zur „sozialistischen Schule“ im „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“ vom 2. Dezember 1959 seinen Niederschlag<sup>2)</sup>. Diesem Gesetz war keine lange Dauer beschieden. Genau in dem Augenblick, wo das Kernstück, die „zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule“, planmäßig aufgebaut sein sollte, nämlich im Herbst 1964, trat das Gesetz faktisch außer Kraft<sup>3)</sup>. Der Leiter der Abteilung Volksbildung des ZK der SED, L. O p p e r m a n n, teilte in seinem Referat über den neuen Gesetzesentwurf auf der 8. Tagung des ZK der SED mit, daß mehr als 70 v. H. aller Kinder die zehnklassige polytechnische Oberschule besuchen<sup>4)</sup>. Das Gesetz von 1959 ist also in diesem wesentlichen Punkt nie verwirklicht worden<sup>5)</sup>.

## Kurswechsel oder Kontinuität?

„Im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem werden erstmalig in der deutschen Geschichte alle staatlichen und gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen und -bestrebungen einheit-

lich zusammengefaßt“, so heißt es im Beschluß des ZK der SED auf seiner 8. Tagung zu dem Gesetz<sup>6)</sup>. Jedoch dürfte dieser formale Gesichtspunkt kaum den propagandistischen Aufwand erklären, mit dem die SED das neue Gesetz begleitet. Er richtet sich vor allem darauf, das Gesetz in der Öffentlichkeit als folgerichtige Weiterentwicklung des Gesetzes von 1959 auszugeben. Das neue Gesetz beginnt mit einem umfangreichen Rückblick auf die Entwicklung des Bildungswesens, wobei die Terminologie weitgehend der bisherigen gleicht: „Das einheitliche sozialistische Bildungssystem soll n u n m e h r (Sperrungen in allen Zitaten durch den Verfasser) den Erfordernissen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus . . . entsprechen.“ War das vorher nicht der Fall? 1959 hieß es: „Mit dem Aufbau des Sozialismus begann eine neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft erfordert auch die so-

1) Gesetzblatt, Teil I, Nr. 6, S. 83, vom 25. Februar 1965.

2) Gesetzblatt, Teil I, Nr. 68, S. 259, vom 2. Dezember 1959.

3) Beschluß über die Grundsätze der weiteren Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der schrittweisen Einführung der beruflichen Grundausbildung und der Entwicklung von Spezialschulen und -klassen. Gesetzblatt, Teil II, Nr. 65, S. 501, vom 3. Juli 1963. Durch diesen Beschluß des Ministerrats wurden wesentliche Bestimmungen des neuen Gesetzes vorweggenommen und zum 1. September 1964 in Kraft gesetzt.

4) Lothar Oppermann, Referat vor der 8. Tagung des ZK der SED, „Neues Deutschland“ vom 19. 2. 1965, S. 3. Diese Zahl ist mit Vorsicht zu bewerten. Ulbricht sprach in seiner Rede vor dem VI. Parteitag der SED davon, daß bereits 1961 77 v. H. aller Schüler des betreffenden Jahrganges die 9. Klasse der Oberschule besuchten. In dem 1964 veröffentlichten Entwurf, der dem neuen Gesetz vorherging (vgl. Anm. 3), wird mitgeteilt, daß 77,6 v. H. aller Schüler die 8. Klasse der Oberschule besuchen und von den Schulabgängern, die 1963 eine Berufsausbildung aufnahmen, 62,3 v. H. den Abschluß der 10. Klasse besaßen.

5) § 1 des Gesetzes von 1959 lautet: „Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder in der DDR ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule . . . Für diese Schule besteht allgemeine Schulpflicht. Die Oberschule ist bis zum Herbst des Jahres 1964 planmäßig und schrittweise . . . aufzubauen.“

6) „Neues Deutschland“ vom 14. 2. 1965.

zialistische Erziehung der jungen Generation.“ Heißt es jetzt: „Vor allem geht es darum, die Schule noch enger mit dem Leben zu verbinden“, so hieß es 1959: „Durch den polytechnischen Unterricht wird die Kluft zwischen Theorie und Praxis, Schule und Leben überwunden.“ So könnte das neue Gesetz in seinen Forderungen nach Steigerung des Niveaus, nach neuen Maßstäben, nach Intensivierung graduell, wenn auch nicht prinzipiell als Weiterentwicklung angesehen werden. Margot Honcker wies denn auch in einer Rede vor Lehrern und pädagogischen Wissenschaftlern wiederholt auf die „Kontinuität“ hin<sup>7)</sup>. Hinter dem ideologischen Wortschwall verstecken sich jedoch die wichtigen Neuerungen des Gesetzes: Es zeigen sich Entwicklungen im Bildungswesen, die den bisherigen zuwiderlaufen. Bestimmte Positionen werden aufgegeben oder doch neu bestimmt.

Während die Schulpflicht nach dem Gesetz von 1959 und der Ersten Durchführungsbestimmung zehn Jahre dauerte<sup>8)</sup>, ist künftig die Entlassung aus der Schule nach dem 8. Schuljahr möglich. Das Gesetz deutet diesen Abbau der zehnjährigen Schule nur flüchtig an, indem es von „bestimmten Fällen“ spricht, in denen „die Oberschulbildung in den Einrichtungen der Berufsbildung oder der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen beendet werden (kann)“. Zwar ist nicht ersichtlich, wie groß der Anteil der nach acht Schuljahren in die Produktion entlassenen Jugendlichen sein wird, doch fällt auf, daß der dem Gesetz vorangegangene Entwurf<sup>9)</sup> einerseits von einem „kleinen Teil von Schülern“ spricht, „für die in der zehnklassigen Oberschule die berufliche Grundausbildung nicht durchgeführt werden kann“, andererseits aber fordert,

daß „eine abgeschlossene Oberschulbildung Voraussetzung für die Berufsausbildung in der Mehrzahl der Berufe“ sein soll. Oppermann formulierte vor dem ZK der SED, „die große Mehrheit der Jugendlichen“ werde ihre Schulpflicht in der zehnklassigen Schule erfüllen<sup>10)</sup>.

Hierzu ist zweierlei anzumerken: Die pädagogische Entwicklung in den Ländern der freien Welt geht dahin, den Eintritt der Jugend in das Berufsleben durch Verlängerung der Schulzeit hinauszuschieben, um allen Jugendlichen einen höheren Kenntnisstand zu vermitteln und gerade auch den berufstätigen Jugendlichen mehr Zeit und Raum für ihre personale Reifung und Entwicklung zu lassen. Zum anderen muß daran erinnert werden, daß den pädagogischen Propagandisten der SED die zehnjährige Schulpflicht in der SBZ jahrelang als Paradebeispiel für die Überlegenheit des dortigen Schulsystems diente.

Ein weiterer Hinweis darauf, daß das neue Gesetz zu einer wesentlichen Verkürzung der Bildungs- und Ausbildungszeit der Jugend führt, liegt im veränder-

7) Margot Honcker, Minister für Volksbildung, Referat vor Lehrern und pädagogischen Wissenschaftlern am 24./25. 5. 1965: „Die Aufgaben der pädagogischen Wissenschaft bei der Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“, zitiert nach „Deutsche Lehrerzeitung“, Nr. 22 und 23/1965.

8) Gesetzblatt I, 1960, Nr. 1, S. 6. Dort heißt es sogar: „Eine Entlassung aus der Oberschule für den Fall, daß das Schulziel nach zehnjährigem Besuch nicht erreicht wurde, ist nur in Ausnahmefällen zulässig.“

9) „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ (Entwurf), zitiert nach „Deutsche Lehrerzeitung“, Nr. 19/1964. Dieser Entwurf wurde von einer Kommission, der unter der Leitung von A. Abusch 60 „hervorragende Wissenschaftler, Pädagogen, Vertreter der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft und Leiter von staatlichen Organen“ angehörten und die vom VI. Parteitag der SED eingesetzt war, erarbeitet und im Frühjahr 1964 veröffentlicht. Der Entwurf ist ausführlicher als der abgeschlossene Gesetztext.

10) „Neues Deutschland“ vom 13. 2. 1965.

ten Berufsausbildungsmodell. Folgte nach dem Gesetz von 1959 dem Besuch der zehnjährigen Oberschule eine „mindestens zweijährige“ Berufsschulpflicht, so wird die Berufsausbildung künftig vorverlegt. Diejenigen Jugendlichen, die die Oberschule bis zu ihrem Abschluß besuchen, sollen in der 9. und 10. Klasse eine „berufliche Grundausbildung“ erhalten. Ursprünglich wurde diese Forderung uneingeschränkt vertreten. Ulbricht kündigte auf dem VI. Parteitag an: „Ab Klasse 9 setzt die berufliche Grundausbildung . . . ein“<sup>11)</sup>. Im Entwurf (siehe Anm. 9) heißt es: „Die Schüler erhalten eine berufliche Grundausbildung in der 9. und 10. Klasse.“ Demgegenüber lautet der Gesetzestext: „In den Klassen 9 und 10 erhalten die Schüler einen berufsvorbereitenden polytechnischen Unterricht oder eine berufliche Grundausbildung.“ Margot Honecker betonte in ihrem erwähnten Referat, daß nicht alle Schüler der zehnklassigen Oberschule den Weg der beruflichen Grundausbildung „in ihrer jetzigen inhaltlichen Ausprägung und organisatorischen Form“ beschreiten werden<sup>12)</sup>. Diese widersprüchlichen Zielsetzungen dürften sich zum Teil daraus erklären, daß das neue Gesetz „schrittweise“ verwirklicht werden soll und breitere Erfahrungen mit der beruflichen Grundausbildung erst seit dem 1. September 1964 gesammelt werden konnten; sie erklären sich aber auch ganz offensichtlich daraus, daß über das Verhältnis der Grundausbildung zur bisherigen polytechnischen Bildung endgültige Klarheit bei den Verantwortlichen nicht besteht. Dennoch ist kein Zweifel, daß in der Einführung der beruflichen Grundausbildung die durch das Gesetz bestimmte neue Linie liegt.

Ökonomisch sinnvoll für die SED wird diese Maßnahme natürlich nur dann, wenn die Berufsgrundausbildung zu einer Verkürzung der anschließenden „speziellen Facharbeiterausbildung“ in der Produktion führt. Es ist interessant, daß im Gesetz die Dauer dieser beruflichen Spezialausbildung nicht genannt wird. Doch geht aus dem Entwurf und aus anderen Bestimmungen<sup>13)</sup> hervor, daß die spezielle Facharbeiterausbildung nur ein Jahr dauern soll. Die Jugendlichen werden also künftig ein Jahr früher als bisher der Produktion voll zur Verfügung stehen. Daran wird deutlich, daß entscheidende Neuerungen des Gesetzes unter dem Druck wirtschaftlicher Notwendigkeiten, insbesondere des akuten Mangels an Arbeitskräften, erfolgt sind.

### Polytechnische Erziehung und Berufsausbildung

Isoliert betrachtet, kann das in Grundausbildung und Spezialausbildung unterteilte Berufsausbildungsmodell durchaus als eine angemessene Antwort auf die Erfordernisse der modernen industriellen Gesellschaft, die im Prinzip überall gleich sind, angesehen werden<sup>14)</sup>. Es ist heute davon auszugehen, daß jede berufliche Ausbildung auf möglichst breiter Grundlage einsetzen sollte, auf der in verhältnismäßig kurzer Frist verschiedenartige Spezialisierungen möglich sind. Dieses Modell berücksichtigt den Rationalisierungseffekt sowohl im Hinblick auf die sich ändernden beruflichen Qualifikationen, die für viele Ausbildungsgänge eine Verkürzung der Ausbildungszeit erlau-

11) „Neues Deutschland“ vom 16. 1. 1963.

12) S. Anm. 7.

13) S. Anm. 3.

14) In diesem Zusammenhang darf auf Pläne und Versuche in der Bundesrepublik verwiesen werden, denen der Gedanke einer Stufenausbildung zugrunde liegt.

ben, als auch hinsichtlich der Verwendbarkeit des einzelnen in einer sich strukturell wandelnden Produktion. Zum letzteren wird im Entwurf gefordert, daß die Berufstätigen in der Lage sein müssen, „sich den wechselnden Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts anzupassen“. Diese Fähigkeit wird als „Disponibilität“ bezeichnet<sup>16)</sup>.

Kritisch bleibt anzumerken, daß sich der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, von dem so viel die Rede ist, und der daraus resultierende materielle gesellschaftliche Reichtum keineswegs für den einzelnen Jugendlichen so auswirken, daß ihm mehr Zeit für seine Reifung im Bildungs- und Ausbildungsprozeß gewährt wird. Vielmehr stellt das neue Gesetz die Masse der Jugend mit dem 17. Lebensjahr voll in den Dienst der Produktion. Die kommunistische Pädagogik versteht sich nicht als Anwalt der Jugend, indem sie für einen Freiheitsraum kindlicher und jugendlicher Entwicklung plädiert, sondern übt Hilfsfunktionen des politischen Regimes aus, indem sie Entwicklungen, die für den einzelnen Jugendlichen wie für die Gesamtheit der Jugend offensichtlich nachteilige Auswirkungen haben, als pädagogischen Fortschritt deklariert. Auch die Jugend wird gezwungen, ihre legitimen Ansprüche an die Gegenwart zugunsten des in der Zukunft liegenden ideologischen Ziels zu opfern.

Am neuen Berufsausbildungsmodell wird aber auch deutlich, daß die Idee der polytechnischen Bildung, die für die zehnklassige Oberschule konstitutiv war und ihr den Namen gab, gewisse Einschränkungen erfährt und schon in der 9. und 10. Klasse in Richtung beruflicher Brauchbarkeit und monoteknischer Ausbildung

abgeändert wird. Ulbricht ließ dies auf dem VI. Parteitag durchblicken, indem er die Ergebnisse der bisherigen polytechnischen Bildung „selbstkritisch“ als „nicht mehr ausreichend“ charakterisierte und danach fortfuhr: „Es gilt nun, den bisherigen polytechnischen Unterricht zu einer berufsvorbereitenden Ausbildung zu erweitern...“<sup>17)</sup> Der „Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion“ und das Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“, die bisher der polytechnischen Bildung in den Klassen 7 bis 10 dienten, finden nur noch in den Klassen 7 und 8 statt<sup>18)</sup>. Das Nebeneinander von beruflicher Grundausbildung und polytechnischer Erziehung in den Klassen 9 und 10 hat Probleme aufgeworfen, die noch ungelöst sind, zumal die polytechnische Erziehung selbst noch keine feste Gestalt gewonnen hat. Margot Honecker räumt ein, daß „die enge Verbindung von Produktion und Schule viele Entwicklungsprobleme, vor allem des polytechnischen Unterrichts, aufwirft“<sup>19)</sup>. Sie beklagt „besonders ernste Mängel“ in der Landwirtschaft, „wo landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften den polytechnischen Unterricht oftmals nur vom Standpunkt der Planerfüllung sehen“ (was bedeutet, daß hier Kinder als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und eine neuartige Form der Kinderarbeit besteht<sup>20)</sup>). Sie rügt, daß

16) Dazu z. B. Ilse Alex, Mitarbeiterin des ZK der SED: „Eng begrenzter Beruf oder ‚disponibel‘“, für „Berliner Zeitung“ vom 30. Juli 1964.

17) „Neues Deutschland“ vom 16. 1. 1963.

18) In dem in Anm. 3 erwähnten Beschluß heißt es: „In diesen Klassen (gemeint ist: die zur beruflichen Grundausbildung übergangenen) entfallen dafür der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion und das Fach Einführung in die sozialistische Produktion.“

19) S. Anm. 7.

20) Margot Honecker: „Der Volkswirtschaftsplan 1965 und die Aufgaben auf dem Gebiet des Bildungswesens“, Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED, nach: „Deutsche Lehrerzeitung“, 5/1964.

Werkdirektoren fragen, ob der polytechnische Unterricht nach dem neuen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft noch Platz im Betrieb habe, da er den Betrieb belaste und seine Selbstkosten erhöhe<sup>20)</sup>. Zugleich kritisiert der Minister für Volksbildung aber auch die Praxis der bisherigen beruflichen Grundausbildung, weil, entgegen den Rahmenbestimmungen, die Ausbildung nicht für mehrere artverwandte Berufe erfolgte, sondern in der Regel schon von Beginn an zu eng für einen speziellen Beruf<sup>21)</sup>. Die berufliche Grundausbildung in der Zehnklassenschule solle keine Rückkehr zum alten System der Achtklassenschule mit anschließender dreijähriger Berufsausbildung bedeuten, betonte Margot Honecker weiter vor der 7. Tagung der ZK der SED. Die Schwierigkeit für die SED-Pädagogen liegt darin, daß die polytechnische Bildung als ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung betrachtet wird, berufliche Grundausbildung aber zwangsläufig auf die Spezialbildung, d. h. auf die eigentliche Berufsausbildung, bezogen sein muß. Die pädagogischen Wissenschaftler werden zu Untersuchungen aufgefordert, wie die polytechnische Ausbildung so weiterentwickelt werden kann, daß sie ebenso wie die berufliche Grundausbildung die erste Stufe einer modernen Berufsausbildung darstellt<sup>22)</sup>. Am frühzeitigen Beginn der Berufsausbildung würde sich allerdings damit nichts ändern.

### Höheres Niveau oder Überforderung der Schüler?

Die Einführung der beruflichen Grundausbildung bedeutet zugleich, daß die Unterrichtszeit in den beiden letzten Klassen der zehnjährigen Oberschule

wesentlich eingeschränkt wird. Zwar sagt das Gesetz über das Ausmaß dieser Einschränkung nichts, doch wird der Umfang der beruflichen Grundausbildung in dem Beschluß des Ministerrats vom 3. 7. 1963<sup>23)</sup> auf 150 Ausbildungstage von je 7 Stunden für die Klassen 9 und 10 festgesetzt, was etwa eine Verdoppelung der bislang in beiden Klassen im Rahmen der polytechnischen Ausbildung angesetzten Tage in der Produktion bedeutet. Im neuen Gesetz, mehr noch im vorangegangenen Entwurf, wird deshalb das Bestreben sichtbar, die in der Oberstufe verlorene Unterrichtszeit durch ein früheres Einsetzen der einzelnen Fächer und Lehrgänge wettzumachen. Dies drückt sich bereits in der neuen Gliederung der zehnklassigen Schule aus: Die Unterstufe umfaßt die Klassen 1 bis 3, die Mittelstufe die Klassen 4 bis 6 und die Oberstufe die Klassen 7 bis 10.

Während aus dem Gesetz über die Organisation des Unterrichts in der Unterstufe hervorgeht, daß hier die „systematische“ Bildung und Erziehung beginnt (wobei für den Mathematikunterricht gefordert wird, daß die Kinder lernen sollen, einfache mathematische Zusammenhänge zu erkennen und mathematische Aussagen sprachlich zu formulieren), enthielt der Entwurf mehr Einzelheiten. So sollen die Lehrgänge für Mathematik, Grammatik und Rechtschreibung, Körpererziehung, Kunsterziehung und Musik so angeordnet werden, daß ein systematischer Fachunterricht von Klasse 1 bis 10 möglich wird. Dabei könne, so formulierte der Entwurf, „von einem höheren Niveau der Lernanfänger ausgegangen werden“.

<sup>20)</sup> S. Anm. 19.

<sup>21)</sup> S. Anm. 19.

<sup>22)</sup> S. Anm. 7.

<sup>23)</sup> S. Anm. 3.

Offenbar ist für den Anfangsunterricht die psychologisch begründete Form des Gesamtunterrichts nicht mehr vorgesehen. So berechtigt es sein mag, die Anforderungen im Anfangsunterricht zu steigern, so sehr fällt auf, daß dieser Unterricht nicht als ein dem Alter des Kindes und seinem spezifischen Entwicklungsstand angemessener Unterricht betrachtet wird, dessen Wert in sich selbst ruht, sondern eindeutig und einseitig als eine Vorbereitung auf den Fachunterricht in der Mittel- und Oberstufe. Wenn es gelinge, so heißt es im Entwurf, das Niveau in der Unterstufe zu erhöhen, könne zum Ende des 3. Schuljahres schon ein solcher Abschluß angestrebt werden, daß die Schüler in der Lage seien, im Fachunterricht die „Grundfertigkeiten als Mittel des Wissenserwerbs“ zu gebrauchen. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei den Bestimmungen des Gesetzes über den Kindergarten, in den die Kinder vom 3. Lebensjahr an aufgenommen werden: „Sie sind in einer ihren Kräften und Fähigkeiten angemessenen Weise auf das Lernen in der Schule vorzubereiten und mit dem sozialistischen Leben und dem Schaffen der werktätigen Menschen bekannt zu machen.“

In der Mittelstufe beginnt der naturwissenschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche und fremdsprachliche Fachunterricht. Zu Einzelheiten muß auch hier der Entwurf herangezogen werden. Danach soll der obligatorische Russischunterricht schon in Klasse 4 statt bisher in Klasse 5 beginnen. Hinsichtlich des naturwissenschaftlichen Unterrichts, insbesondere wann die Fächer Physik, Biologie und Geographie einsetzen sollen, sind die Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Als Inhalt des Faches Physik auf dieser Stufe werden im Entwurf Themen aus der

Mechanik, der Wärmelehre und der Elektrizitätslehre vorgeschlagen. In der 4. und 5. Klasse soll versucht werden, den Schülern an „Problemen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der DDR“ in einem Vorkurs ein „historisch-politisches Grundwissen“ zu vermitteln, das als Grundlage für den mit der 6. Klasse einsetzenden „Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht“ dienen soll.

Wenn es im Entwurf allgemein über den Unterricht in der Mittelstufe heißt, für ihn sei gegenüber dem der Unterstufe „eine höhere Qualität“ charakteristisch, so wird daran die spezifische Betrachtungsweise des Kindes in der kommunistischen Pädagogik sichtbar; die Qualität des Unterrichts wird an dem zu erreichenden Endzustand gemessen und ist infolgedessen in den unteren Stufen zwangsläufig unvollkommen. Das heißt, das Kind wird als ein unfertiger Erwachsener angesehen, ein Standpunkt, der in der deutschen Pädagogik schon zu Beginn unseres Jahrhunderts überwunden war. Kein ernst zu nehmender Pädagoge im Westen käme auf den Gedanken, daß die Qualität des Unterrichts davon abhängt, ob es sich um Unterricht für jüngere oder ältere Kinder handelt. Selbstverständlich wirkt sich diese kommunistische Betrachtungsweise nicht nur auf die Organisation des Unterrichts, sondern auch auf die Lehrerbildung aus, die durch das neue Gesetz im Prinzip nicht verändert wurde.

Erwähnenswert ist, daß das Gesetz schon für die Mittelstufe eine erste „Berufsaufklärung“ vorsieht und dabei die „Orientierung der Mädchen auf technische und landwirtschaftliche Berufe“ als besonders wichtig bezeichnet. Dieser Hinweis wird

aus der ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung der „DDR“ verständlich, die eine hohe Quote weiblicher Erwerbstätigkeit und einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften gerade in den „landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ zur Folge hat<sup>24</sup>).

In der Oberstufe ist der Fachunterricht „voll ausgebaut“, Chemie und Astronomie treten hinzu. An Stelle des in den Klassen 1 bis 6 erteilten Werkunterrichts beginnen polytechnischer Unterricht und polytechnische Ausbildung. Während der Entwurf davon sprach, daß auf Grund des Einsetzens der beruflichen Grundausbildung in Klasse 9 geprüft werden solle, ob einige allgemeinbildende Fächer früher als bisher abgeschlossen werden könnten und eine Reduzierung der Wochenstundenzahl erreicht werden müsse, sagt das Gesetz darüber nichts. Ebenso wird zu der im Entwurf aufgeworfenen Frage, ob infolge der Berufsgrundausbildung eine Differenzierung der Allgemeinbildung erforderlich sei, nichts verlautet. Andererseits findet sich die im Entwurf enthaltene Überlegung hinsichtlich einer zweiten Fremdsprache im Gesetzestext: „Neben dem Russischunterricht wird in der Oberstufe eine zweite Fremdsprache obligatorisch gelehrt, in der Regel Englisch.“

Die Einführung einer zweiten Fremdsprache würde naturgemäß die Schwierigkeiten erhöhen, hohe Zielsetzungen mit der sehr knappen Unterrichtszeit, die zur Verfügung steht, in Einklang zu bringen. Diese Frage wird denn auch aus den weitschweifigen Verlautbarungen zum neuen Gesetz sorgsam ausgespart. Nur M. Honecker äußerte in ihrem Referat vor der 7. Tagung des ZK der SED, die Einführung der zweiten

Fremdsprache solle in einem „langfristigen Programm“ vorbereitet werden. Abgesehen davon, daß infolge der Struktur der Lehrerausbildung auf absehbare Zeit nicht die Lehrer vorhanden sind, um einen größeren Kreis von Schülern in einer zweiten Fremdsprache zu unterrichten, dürfte es pädagogisch wenig sinnvoll sein, innerhalb des vollgepfropften Lehrplanes der Klassen 7 bis 10 auch noch alle Schüler in einer zweiten Fremdsprache unterrichten zu wollen. Hier enthält das Gesetz eine Bestimmung, für deren Realisierung nicht die mindesten Voraussetzungen bestehen.

Von der „12klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“, die nach dem Gesetz von 1959 als „erweiterte Oberschule“ neben der zehnklassigen Schule bestand und mit der Klasse 9 begann<sup>25</sup>), sind nur die beiden letzten Klassen übriggeblieben. Sie werden in einem Satz mit den auf Grund des Gesetzes von 1959 geschaffenen „Abiturklassen in den Einrichtungen der Berufsausbildung“ als „Einrichtungen“ bezeichnet, die in zwei Jahren zum Abitur führen und gleichzeitig eine berufliche Ausbildung vermitteln. Neben den Spezialschulen sind dies die Hauptwege zur Hochschulreife. Bei der Berufsausbildung dürfte es sich um die in diesen Einrichtungen auf zwei Jahre ausgedehnte spezielle Facharbeiterausbildung handeln.

<sup>24</sup> Ulbricht betonte auf dem VI. Parteitag die Notwendigkeit, mit der Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses in den Schulen zu beginnen und damit die Schüler der Landschulen schon von der ersten Klasse an auf die Belange der Landwirtschaft einzustellen. — „Neues Deutschland“, Nr. 16, vom 18. 1. 1963. Die während der Schulpflicht einsetzende landwirtschaftliche Variante der beruflichen Grundausbildung muß wie die berufliche Grundausbildung überhaupt auch als ein Mittel zur Beruflenkung der Jugend gesehen werden.

<sup>25</sup> S. Anm. 8, S. 3.

Auch hier gilt künftig die Devise „Lernt schneller!“. Bisher dauerte der Bildungsgang für Abiturklassen in den Einrichtungen der Berufsausbildung drei Jahre.

### Neue Töne und alte Weisen

Kann bis hierhin in den Bestimmungen des Gesetzes eine Tendenz zur Nivellierung gesehen werden, so dürfte der Ausbau der für einzelne Gebiete auch bisher schon vorhandenen Spezialschulen ein Versuch sein, einen kleinen Teil des Nachwuchses für bestimmte Zwecke stärker als bisher zu fördern. Spezialschulen und Spezialklassen technischer, mathematischer, naturwissenschaftlicher, sprachlicher, künstlerischer und sportlicher Richtung sollen „nur in begrenztem Umfang“ errichtet werden und in der Regel zur Hochschulreife führen. Spezialschulen nehmen Schüler mit „hohen Leistungen“ und „besonderen Begabungen“ auf und beginnen mit Klasse 7<sup>26)</sup>.

Bemerkenswert ist ein besonderer Abschnitt im Gesetz über „Jugendhilfe und ihre Einrichtungen“, in dem von entwicklungsgefährdeten Kindern und Jugendlichen, Vernachlässigung und sozialer Fehlentwicklung, von erziehungsschwierigen und straffälligen Minderjährigen und sogar von Jugendkriminalität die Rede ist, während 1959 nur ganz kurz auf die Existenz von Heimen hingewiesen wurde.

Erziehungsschwierigkeiten wurden bisher konsequent als Überbleibsel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bagatellisiert oder als direkte Folge kapitalistischer Einflüsse, z. B. westlicher Schmutz- und Schundliteratur, hingestellt. Offenbar ist man insofern einer realistischen Auffassung nähergetreten, als man nicht mehr an das automatische Ver-

schwinden von Erziehungsschwierigkeiten mit dem Eintritt in das „sozialistische“ Zeitalter glaubt.

Ausführlich beschäftigt sich das Gesetz mit der Tageserziehung in Tagesschulen (Ganztagsschulen). Von der Tageserziehung wird gesagt, daß sie den höheren Anforderungen an Bildung und Erziehung entspreche. Tagesschulen seien deshalb nach den ökonomischen Möglichkeiten schrittweise aufzubauen. Es ist nicht uninteressant zu sehen, wie sich für die SED-Pädagogik ein enger Zusammenhang zwischen Tageserziehung und „Feriengestaltung“ herstellt. „In den Ferien sollen sich die Schüler in der Gemeinschaft lebensfroher und selbstbewußter junger Menschen kräftigen und erholen“, heißt es dazu<sup>27)</sup>.

Die Motive für die starke Förderung von Tageserziehung und Feriengestaltung in der SBZ sind durchsichtig und bekannt. Es geht um die Ausschaltung der Familie, die in kommunistischer Sicht lediglich ein Störfaktor in der einheitlichen politischen Beeinflussung der Jugend ist. Der Konflikt zwischen Familie und politisierter Schule ist wohl das bedrückendste Phänomen in der Erziehungswirklichkeit der „DDR“. Von früh auf lernen die Kinder, daß es zweierlei Wahrheit gibt, die ihres Elternhauses und die in der Schule und Öffentlichkeit; und von früh auf müssen Eltern ihre Kinder lehren, daß es sinnlos und gefährlich ist, die Wahrheit des Elternhauses außerhalb des Elternhauses zu sagen und zu vertreten. Dieser tiefgreifende Konflikt wird im Gesetz dialek-

<sup>26)</sup> S. Anm. 3.

<sup>27)</sup> Die Feriengestaltung regelt sich im einzelnen nach der umfangreichen Fünften Durchführungsbestimmung zum Schulgesetz von 1959: „Feriengestaltung der Schüler und Lehrlinge“ vom 10. 4. 1959, Gesetzblatt II, 1963, Nr. 45, S. 325.

tisch überspielt und zugunsten des Regimes manipuliert: „Im sozialistischen Staat besteht zwischen den gesellschaftlichen Bildungs- und Erziehungszielen und den Interessen der Eltern Übereinstimmung. Es wird gesichert, was alle Eltern für ihre Kinder erstreben: eine friedliche Zukunft, eine sichere Perspektive, eine gründliche Bildung und Erziehung, die auf das Leben vorbereitet.“ Was gemeint ist, kam in der entsprechenden Formulierung des Entwurfs hintergründig und doppelsinnig zum Ausdruck: „In der sozialistischen Gesellschaft entsprechen die gesellschaftlichen Erziehungsabsichten den Wünschen und Bestrebungen der Eltern, die für ihre Kinder das Beste wollen.“

Neue Töne wiederum hört man in der Bewertung von Begabung, Förderung und Leistung. Daß Begabung nicht ein Zustand, sondern eine Herausforderung und Aufgabe für den Pädagogen ist, begibt zu machen, Begabungen bei allen Schülern zu wecken, und daß es darauf ankommt, die Tätigkeit des Lernenden in der richtigen Weise zu motivieren — wie Margot Honecker vor pädagogischen Wissenschaftlern ausführte<sup>28)</sup> —, ist aus der westlichen Lernpsychologie (namentlich der amerikanischen) seit langem bekannt. Nicht einig scheint man sich darüber zu sein, wie die Begabungen im einzelnen herausgefordert und gefördert werden sollen. Im Gesetz heißt es, daß Maßnahmen zur Förderung „besonderer Begabungen und Talente“ zu treffen seien und „individuelles Leistungsvermögen“ besser berücksichtigt werden soll. Im Entwurf wird sogar von „differenzierter Förderung im Unterricht“ und einem „System des fakultativen Unterrichts“ gesprochen. M. Honecker<sup>29)</sup> interpretierte das allerdings als ein „indi-

viduelles Eingehen auf jeden Schüler“, nicht „primär als Problem der Organisationsform“ des Unterrichts. An die Auflösung des Klassenverbandes sei keineswegs gedacht, auch nicht an feststehende Leistungsklassen oder Leistungsgruppen innerhalb des Klassenverbandes oder an einen Kern- und Kursunterricht. Immerhin werden international diskutierte pädagogische Probleme nach langer Zeit wieder in der „DDR“ erörtert.

Was das Leistungsvermögen anbelangt, so werden die Akzente neu gesetzt. 1959 hieß es noch, die Schule habe dafür zu sorgen, daß „alle Kinder“ das Ziel der sozialistischen Schule erreichen, und dabei besonders die „Arbeiter- und Bauernkinder“ zu fördern. Jetzt heißt es, das Bildungssystem schließe „entsprechend den individuellen Begabungen“ Differenzierungen in den Bildungswegen auf den höheren Stufen ein, und für die höheren Bildungseinrichtungen seien die „Besten und Befähigsten“ auszuwählen, wobei die „soziale Struktur der Bevölkerung“ zu berücksichtigen sei.

Das bedeutet die Abkehr von der lange vertretenen Auffassung, daß alle Schüler bei genügender Förderung gleiche Leistungen erzielen können, weil sie auch in dieser Beziehung das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse seien. Die neue Akzentuierung ist aber zugleich Ausdruck der gefestigten Herrschaftsverhältnisse in der SBZ.

### Pädagogik und Politik

Die Frage nach den Ursachen für den pädagogischen Sinneswandel, der in mancher Hinsicht vorliegt, richtet sich auf den Sinn des neuen Gesetzes. Dabei ist

<sup>28)</sup> S. Anm. 7.

<sup>29)</sup> S. Anm. 7.

zunächst auf die besondere Stellung der kommunistischen Pädagogik hinzuweisen, die sich selbst als Dienerin der marxistisch-leninistischen Ideologie versteht und an alle Fragen „parteilich“ herangeht. Deshalb hat man es in den entscheidenden Fragen nicht mit eigenständigen pädagogischen Erwägungen zu tun, sondern mit der pädagogischen Anwendung politisch-ideologisch vorgegebener Thesen und Aufgaben.

Aus diesem Grunde ist für das Verständnis des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ die Kenntnis der Veränderungen des politischen Kurses der SED zwischen dem V. Parteitag 1958 und dem VI. Parteitag 1963 erforderlich. Stand der V. Parteitag mit der Proklamation der „ökonomischen Hauptaufgabe“, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch wichtiger Lebensmittel und Konsumgüter zu übertreffen, noch im Zeichen naiver Vorstellungen vom „Sieg des Sozialismus“ und war das „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens“ von 1959 die pädagogische Entsprechung solcher Erwartungen, so trat 1963 eine Ernüchterung ein. Die SED mußte einsehen, daß erheblich größere wirtschaftliche Anstrengungen, vor allem in bezug auf die Arbeitsproduktivität, nötig sind. N. S. Chruschtschow hat dies den Delegierten des VI. Parteitages unverblümt klagemacht: „Die Arbeiterklasse wird nur dann siegen, wenn sie es nach der Machtergreifung vermag, die Produktion so zu organisieren, daß die Arbeitsproduktivität höher sein wird als zu jener Zeit, da sie für den Nutzen des Kapitalisten arbeitete. Das ist das Entscheidende: Vorläufig aber haben die Arbeiter Westdeutschlands eine höhere

Arbeitsproduktivität als Sie. Das müssen Sie sich hinter den Spiegel stecken. Ist das klar, Genossen?“<sup>29)</sup>

Infolgedessen wurde auf dem VI. Parteitag die 1959 proklamierte „ökonomische Hauptaufgabe“ stillschweigend zurückgezogen und die seinerzeit verkündete Phase der „siegreichen Vollendung des sozialistischen Aufbaus“ umformuliert. Schon auf der 17. Tagung des ZK der SED im Oktober 1962 führte Ulbricht eine in der ideologischen Periodisierung bis dahin unbekannte Unterscheidung zwischen dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“, worunter das Ergebnis der Entelgnungspolitik zu verstehen ist, und dem „Sieg des Sozialismus“ ein; nach einem Rückblick auf die Entscheidung fuhr er fort: „Manche werden sagen: Nach dieser Charakteristik könnte man doch auch vom Sieg des Sozialismus sprechen. Tatsächlich haben wir uns früher gerade das unter Sieg des Sozialismus vorgestellt. Aber die gesellschaftliche Entwicklung stellt weitergehende Anforderungen... Zur Vollendung des Sozialismus ist ein höheres Niveau notwendig. Unser jetziges Niveau reicht dazu noch nicht aus“<sup>31)</sup>. Die auf dem VI. Parteitag verkündete Entwicklungsperiode heißt „Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“. Sie ist durch den Vorrang ökonomischer und technischer Zielsetzungen und durch das Fehlen einer zeitlichen Begrenzung gekennzeichnet. Der „Sozialismus“ ist in die Ferne gerückt.

Für das Bildungswesen bedeuten die Prioritäten der neuen Politik eine noch engere Anpassung an die Erfordernisse

<sup>29)</sup> „Neues Deutschland“ vom 17. 1. 1963. Die Betonung des ökonomischen Kampfes der UdSSR und ihrer Satelliten muß im Zusammenhang mit der durch den Ausgang der Kubakrise veränderten außenpolitischen Situation gesehen werden.

<sup>31)</sup> „Neues Deutschland“ vom 14. 10. 1962.

der Produktion. So ist es keineswegs zufällig, daß in dem neuen Gesetz wissenschaftliche, technische und ökonomische Ziele jeweils an erster Stelle rangieren: „Die Erfordernisse der Wissenschaft und der technischen Revolution, die bewußte Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die Gestaltung der sozialistischen Gemeinschaft, Demokratie und Kultur bestimmen die Entwicklung der neuen Weisenszüge der Menschenbildung in unserer Zeit.“ Die pädagogischen Äußerungen sind Reflexe der politischen Zielsetzung, etwa wenn der Direktor des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“, Prof. G. Neuner, äußert: „(Wir müssen) auch im Schulwesen erkennen, daß die ökonomischen Aufgaben gegenwärtig den Vorrang haben<sup>23)</sup>.“ Bildungspolitische Restriktionen werden im wirtschaftlichen Interesse in Kauf genommen; der aus dem wirtschaftlichen Bereich stammende Leistungsgesichtspunkt wird voll auf das Bildungswesen übertragen, wobei die Veränderungen generell als pädagogischer Fortschritt interpretiert werden. Zu welch grotesken Folgen das führt, zeigen Äußerungen Ulbrichts auf dem VI. Parteitag zu der neuen Auffassung der SED von Schule, Begabung und Leistung. Die durch den starren ideologischen Kurs der SED entstandenen Fehlentwicklungen schiebt Ulbricht den Pädagogen in die Schuhe: „Die Pädagogen mögen abgehen von dem alten Standpunkt der Gleichmacherei und die Begabungen und Talente unter den Schülern mehr fördern<sup>24)</sup>.“ Nachdem das Schulwesen alle Schwankungen der politischen Generallinie mitgemacht hat und infolge einander jagender Direktiven, Kongresse und Neuererbewegungen bis heute nicht zur Ruhe gekommen ist,

und nachdem sich die Pädagogen in totaler Betriebsamkeit erschöpft haben, erhalten sie von Ulbricht in kaum zu überbietendem Zynismus eine kalte Abfuhr: „Möge in viele pädagogische Räte ein frischer Wind einziehen, damit die Probleme der pädagogisch-fachlichen Tätigkeit eine größere Rolle spielen<sup>25)</sup>.“

Die pädagogisch-fachlichen Probleme, die das neue Gesetz bringt, sind in der Tat weitgehend ungelöst. Sie werden der pädagogischen Forschung und der Praxis aufgegeben. L. Oppermann<sup>26)</sup> zählt auf, daß der „Inhalt der Allgemeinbildung und Spezialbildung ausgearbeitet werden (muß)“, eine „intensive Erforschung der Veränderungen . . ., die in den beruflichen Tätigkeiten in den einzelnen Produktionszweigen vor sich gehen, erfolgen muß“, daß die pädagogische Wissenschaft ausarbeiten müsse, was „nicht nur unter polytechnischem Grundwissen, sondern vor allem unter neuen, modernen Produktionsfertigkeiten zu verstehen ist“, daß Unterrichtsmethoden „ausgearbeitet“ werden sollen, die dem selbständigen Wissenserwerb und der Anwendung dieses Wissens durch die Schüler dienen, daß die Theorie der Studentafel erforscht werden müsse mit dem Ziel, den Bildungsstoff zu konzentrieren und in den einzelnen Schuljahren weniger Fächer zu erhalten. Margot Honecker<sup>27)</sup> hat diesem Katalog noch weitere Probleme angefügt. Die Situation charakterisierte Prof. Neuner in seinem

<sup>23)</sup> „Pädagogik“, Nr. 2/1963, S. 136.

<sup>24)</sup> „Neues Deutschland“ vom 16. 1. 1963.

<sup>25)</sup> „Neues Deutschland“ vom 16. 1. 1963.

<sup>26)</sup> Lothar Oppermann: „Welches Wissen brauchen wir? Zu einigen Auswirkungen der technischen Revolution auf die pädagogische Forschung“, in: „Berliner Zeitung“ vom 24. 4. 1965.

<sup>27)</sup> Vgl. dazu Anm. 7.

Diskussionsbeitrag so: „Wir würden uns allerdings etwas vormachen, wenn wir meinten, daß in diesen und in anderen Fragen bereits alles klar ist und die Lösung einfach auf der Hand läge“<sup>87)</sup>.“

Für den kritischen Beobachter ist daran zweierlei bemerkenswert: einmal die absolute Wissenschaftsgläubigkeit und die enormen wissenschaftlichen Anstrengungen, die zumindest angekündigt werden, zum anderen die rigorose Bedankenlosigkeit, mit der die Jugend in ein Experiment geführt wird, dessen Voraussetzungen im wesentlichen ungeklärt sind.

Es hieße den Kommunismus mißverstehen, wenn man annähme, daß zugunsten der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Zielsetzungen Abstriche bei den ideologischen Anforderungen erfolgt wären. Hier gelten alle bekannten Ziele weiter, wie M. H o n e c k e r unmißverständlich verkündet: „In unserer gesamten Erziehungsarbeit müssen wir von den Hinweisen L e n i n s ausgehen, daß die sozialistische Ideologie der Jugend durch systematische wissenschaftliche Lehre vermittelt werden muß“<sup>88)</sup>.“ Selbstverständlich gilt das auch für die rein propagandistischen Positionen im neuen Gesetz: Wie bisher wird das Bildungssystem der „DDR“ als wegweisend und beispielhaft für ganz Deutschland angepriesen.

<sup>87)</sup> S. Anm. 7.  
<sup>88)</sup> S. Anm. 7.

# Demokratisierung der Bildungsgesellschaft

Gottfried Preissler

## I.

Die „Bildungsgesellschaft“ hat Ralf Dahrendorf in die pädagogische Diskussion eingeführt<sup>1)</sup>. Er hat damit, wie er selbst gesteht, „nicht ohne Ironie“, die Umstrukturierung unseres gesellschaftlichen Lebens in der Weise ins Auge gefaßt, daß „die Institutionen des Bildungswesens in jene Schlüsselposition hineinwachsen, von der aus das Bild der Gesellschaft geprägt wird“. Dahrendorf illustriert den Sinn dieses Wandels durch den Ausspruch des englischen Soziologen A. Halsey: „Das Bildungsproblem ist das Äquivalent des 20. Jahrhunderts für das Armutsproblem des 19. Jahrhunderts.“ Warum aber ist „trotz deutschem Ausschuß und Rahmenplan, trotz Wissenschaftsrat... Bildungsfragen... noch immer keine produktive Unruhe in Deutschland ausgelöst worden“? Die Antwort lautet: „Viele Menschen bei unszulande haben noch immer das Gefühl, daß Bildungsprobleme erstens eine Angelegenheit weniger Spezialisten und zweitens ohnehin nicht allzu wichtig sind.“ Vier Gründe gibt Dahrendorf für den Stand unserer öffentlichen Meinung an: den Mangel an Information, die Überbetonung der geheiligten persönlichen Sphäre, in der man nicht zwischen „privaten“ und „öffentlichen Tugenden“ zu unterscheiden brauche, das Mißverhältnis zwischen Bildungschancen und Sozialschichten und die Starre unseres Bildungssystems.

Wir fassen hier nur einen Aspekt der Bildungsgesellschaft ins Auge, wobei es uns um die legislativ-administrative Seite im Wandel unserer Lebensordnungen in Gesellschaft und Staat, in geistiger und materieller Kultur geht. Wir fragen nach Struktur und Funktion der Institutionen, welche die Bildungsgesellschaft repräsen-

tieren. Unsere These lautet, daß das Bildungswesen nur dann seine ihm in der modernen Gesellschaft zukommenden Aufgaben erfolgreich wahrnehmen kann, wenn Politik und öffentliche Meinung die Demokratisierung des Bildungswesens in dem Maße durchsetzen, die für seine Effizienz in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat nötig ist.

## II.

Der geschichtliche Moment scheint für die Verwirklichung dieser These günstig. Die Jahre 1964 und 1965 haben in der Bildungspolitik wichtige Tatbestände gezeitigt. Anfang 1964 erschien Georg Pichts kritische Aufsatzfolge „Die deutsche Bildungskatastrophe“. Im März verlautbarte die Kultusministerkonferenz anläßlich ihrer 100. Plenarsitzung weitreichende Ziele ihrer Bildungspolitik. Im März und Dezember diskutierte der Bundestag das Bildungsproblem. Im Juli erschienen die Bildungspolitischen Leitsätze der SPD, im November sprach Ludwig Erhard auf einer kulturpolitischen Tagung der CDU über „Bildung in der modernen Welt“. Das entscheidende Ereignis aber waren die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg vom 28. 10. 1964 über den Schulaufbau und zur Errichtung eines Bildungsrates. Im Frühjahr 1965 legte Georg Picht in einer Sammlung seiner Aufsätze „Die Verantwortung des Geistes“<sup>2)</sup> einen Beitrag zu „Begriff und Aufgabe der Bildungsplanung“ vor.

Die Pichtische Analyse weist nachdrücklich auf die Aufgaben hin, die einer zielbewußten Bildungspolitik gegenüber

<sup>1)</sup> Vgl. dazu die Beiträge Dahrendorfs: „Von der Industriegesellschaft zur Bildungsgesellschaft“, in: „Offene Welt“, 1961, S. 535 ff.; und „Am Ende einer Gesellschaft des Status quo“, ebenda 1962, S. 42 ff.  
<sup>2)</sup> Walter Verlag, Freiburg i. Br.

den partikularen Interessen der pluralistischen Gesellschaft erwachsen. Die Bildungspolitik habe über partikuläre Interessenkonflikte hinweg allein dem Gemeinwohl zu dienen. Dieses Ziel könne nur „durch neue Formen der Kooperation von Wissenschaft und Politik verwirklicht werden“, wobei sich „beide Partner wechselseitig als Träger von verschiedenen Gestalten einer möglichen, aber auf beiden Seiten gleich gefährdeten Vernunft verstehen“ (S. 283). „Soll ihre Beziehung... in der Freiheit der Vernunft und also in einem Dialog begründet sein, so bedarf es zwischen zwei so ungleichen Partnern einer Vermittlung“ durch „einen dritten Partner, nämlich eine öffentliche Meinung, die reif genug sein muß, um Sprache und Intentionen beider Partner zu verstehen und als ‚Übersetzer‘ zu wirken“ (S. 384). Damit sind drei Faktoren (Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung) als für die Lösung der westdeutschen Bildungsproblematik gleich bedeutungsvoll ausgewiesen.

Soweit die Thesen Georg Pich ts. Darüber hinaus ist noch auf folgende, für jegliche Diagnose und Therapie des Bildungsnotstandes bedeutsame Sachverhalte hinzuweisen. Für eine fruchtbare Analyse des Rückstandes der Struktur und der Funktion unseres überlieferten Bildungswesens sind drei verschiedene Betrachtungsweisen zu integrieren:

1. der pädagogisch-psychologisch-didaktische Aspekt, der die überlieferten Bildungsinhalte der unverbunden nebeneinander bestehenden Schulsysteme der Volks- und Realschule, der höheren Schule und des beruflichen Schulwesens daraufhin untersucht, ob und wieweit sich deren Bildungsgehalte innerhalb eines organisch gegliederten Gesamtschulsystems koordinieren lassen, um

derart den Anforderungen gerecht zu werden, die der Wandel unserer Lebensordnungen an die Innenform der persönlichen Bildung des je Einzelnen und an seine Fähigkeit zu wirkungsvoller Mitarbeit in der Berufswelt stellt.

2. Diese Frage läßt sich nur im Zusammenhang mit der soziologisch-statistischen Fragestellung beantworten. Sie untersucht das Verhältnis von Familie, Schule und freiem Bildungsraum, von Schulbildung und Lebensanforderungen, ferner das Problem der Gleichheit der Bildungschancen in der mobilen Gesellschaft. Sie ist für die Lösung der Organisations- und Aufbaufrage eines zeitgemäßen Schulwesens unentbehrlich.

Dazu tritt

3. die bildungsökonomische Aufgabe. Zu erforschen ist nicht nur der finanzielle Aufwand für eine Modernisierung des Bildungswesens, sondern auch prospektiv der Bedarf an zukünftigen Schülern mit mittlerer Reife, an Abiturienten, Fachschul- und Hochschulabsolventen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Kultur und Zivilisation im Wettkampf der großen Industrienationen. Diese drei Betrachtungsweisen bedürfen für die Verwirklichung ihrer Einsichten einer legislativen Grundlegung und administrativen Sicherung. Daher hat der juristische (legislativ-administrative) Aspekt für die Demokratisierung unseres Bildungswesens grundlegende Bedeutung. Die erste Aufgabe ist, die Grundlagen seiner eigenen Betrachtungsweise kritisch zu überprüfen. Dabei ist zu fragen, ob unser überliefertes, aus dem 18. Jahrhundert stammendes Schulrecht den Aufgaben des Bildungswesens in der modernen Gesellschaft noch entspricht. Hier taucht eine Fülle juristischer Probleme

auf, deren Lösung wissenschaftliche Phantasie voraussetzt. Neue Rechts- und Verwaltungsmodelle müssen entworfen werden.

### III.

Wir beschränken uns auf wenige Fragen, die paradigmatisch einen Einblick in den Gesamtbereich der legislativ-administrativen Probleme ermöglichen:

1. Welche Aufgaben fallen dem von der Ministerpräsidentenkonferenz vorgeschlagenen Bildungsrat zu?

2. Läßt sich eine durchgreifende Erneuerung unseres Bildungswesens ohne eine durchgreifende Neuordnung der überkommenen Schulverwaltung durchführen?

3. Läßt sich die Finanzierung des Bildungswesens auf dem klassischen Weg des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und kommunaler Selbstverwaltung verwirklichen?

\*

Nach dem Grundgesetz ist die Kultur- und Bildungspolitik Sache der Länder. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungen seit Inkrafttreten des Grundgesetzes haben nun die Notwendigkeit erwiesen, eine gemeinsame Forschungs- und Planungsstelle für das Bildungswesen einzurichten. Auf dem Gebiete der Wissenschaft besorgt dies der Wissenschaftsrat. Für die Bildungsplanung unterhalb der Hochschulebene hat bisher die Kultusministerkonferenz gesorgt. Es erhebt sich die Frage, ob diese Instanz, die dem Beschlußfassungs-, Haushalts- und Aufsichtsrecht von 11 Landtagen unterliegt, für die Landesregierungen und Landtage verbindlich handeln kann. Dazu fehlt ihr offenbar die rechtliche Möglichkeit, und darin liegt die Schwäche der bisherigen Ordnung.

Zwei Wege zur Behebung dieses Rechtsnotstandes werden diskutiert:

a) Durch eine Änderung des Grundgesetzes soll dem Bund die ausschließliche oder die konkurrierende Gesetzgebung für den Bildungsbereich übertragen und die Verwaltung dieser Aufgaben in einem Bundeskultusministerium zusammengefaßt werden;

b) es soll ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern nach dem Muster des Wissenschaftsrates abgeschlossen werden. Beide Lösungen haben ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen: Die erste brächte eine Stärkung einer zentralisierten, bürokratischen, aber wissenschaftlich und politisch zuwenig fundierten Planungs- und Anordnungsgewalt mit sich, die nur dann das Problem der Demokratisierung der Bildungsgesellschaft lösen könnte, wenn die traditionellen Leitbilder des überlieferten Schulrechts und der Formen der Schulverwaltung durch zeitgemäße Strukturen ersetzt würden. Das ist bei dem gegenwärtigen Stand der Schulrechtsdiskussion kaum zu erwarten. Die zweite Lösung hat für unser Anliegen nur für den Fall Bedeutung, daß der Bildungsrat diese Arbeiten bewußt in seinen Aufgabenkreis hineinnimmt. Er müßte bestrebt sein, nicht nur die Planungskompetenz als seine Aufgabe zu begreifen, sondern auch die Institutionalisierung der dem Gemeinwohl verpflichteten Organe der Bildungsgesellschaft, die in freier Meinungsbildung und in offenem Gespräch über die Anwendung der von dem Bildungsrat ermittelten Grundsätze auf die geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ihrer Kulturlandschaften entscheiden. Derart könnten diese Organe Instrumente der öffentlichen Meinung werden.

Bildungsplanung und Neuordnung des Bildungswesens bedürfen einerseits einer zentralen Führungs- und Planungsstelle, in der sich der Sachverstand der für die Problemlösung relevanten Wissenschaften mit der politischen Vernunft verbindet, andererseits dezentralisierter Gremien in den Kulturlandschaften. In der Mitte liegen Länderparlamente und ihre Regierungen. Dabei bleibt das Problem zu klären, ob sich die Neuordnung unseres Bildungswesens mit den überlieferten Formen unseres Schulrechts und unserer Schulverwaltung durchführen läßt. Wir stoßen auf das Problem der „verwalteten Schule“, das Hellmut Becker durchdacht hat. Der moderne Rechtsstaat kann auch für das Bildungswesen verfassungsmäßige und legislative Grundordnungen erlassen, doch ist im Zuge einer juristischen Klärung zu prüfen, ob es nicht schon heute an der Zeit wäre, Verfassungsbestimmungen über das Bildungswesen für eine künftige gesamtdeutsche Verfassung als Grundlage seiner rechtlichen Neuordnung zu formulieren. Dafür ist die Überlegung maßgebend, daß der moderne Rechtsstaat anders als der Staat des aufgeklärten Absolutismus, der im 18. Jahrhundert die Funktion des Schulherrn von den Kirchen übernommen und sich über zwei staatliche Umbrüche (1918 und 1945) hinweg ausgebaut und verfestigt hat, nicht mehr über die Potenz verfügt, das geistige Leben der Bildungsgesellschaft zu regulieren. Er muß sich daher in seiner Kulturpolitik auf „Vorbereitung und Hilfsstellung“ beschränken<sup>3)</sup> und aus dieser Einsicht entsprechende Folgerungen ziehen. Die Schulrechts- und Schulverwaltungsforschung hat u. E. folgende vordringliche Fragen zu untersuchen: Ist es zweckmäßig, die Schulverwaltung weiterhin bei den Mittelinstan-

zen der Regierungspräsidenten, demnach innerhalb der territorialen Bereiche des Innenministeriums (Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden), zu belassen, oder erfordert die Neufassung der Struktur des Schulwesens, die im Hamburger Abkommen statt des überlieferten vertikal getrennten Schulaufbaus die Möglichkeit einer horizontalen Zusammenfassung der Schultypen eröffnet hat, eine Neuordnung der Schulaufsicht und der Schulverwaltung? Sollten dabei nicht die bisher vielfach nach Dienstanweisungs-, Haushalts- und Besoldungsrecht unterschiedlichen Verwaltungsgrundlagen für die Volk- und Realschulen, die höheren Schulen und das berufliche Schulwesen zu einem nach gleichen Grundsätzen geordneten Verwaltungsrecht zusammengefaßt werden? Sollten die für die Struktur eines modernen Schulwesens vielfach zu kleinen Territorialbereiche der Gemeinden und der Kreise erweitert und die zu großen Bereiche eines Regierungsbezirkes auf eine für alle Schularten und Bildungsbereiche gemeinsame Schulverwaltung eingeengt werden? Sollte nicht ein für die Lehrer aller Schularten gemeinsames, von den übrigen Staatsbeamten (ähnlich wie bei den Richtern) unterschiedenes Dienst- und Besoldungsrecht geschaffen und damit die Funktion des Lehrers als Träger eines akademischen (geistigen) Amtes in der Bildungsgesellschaft dokumentiert werden?

Das Ziel der mit diesen Fragen angedeuteten Maßnahmen ist es, eine demokratische Neuordnung der Institutionen unserer Bildungsgesellschaft einzuleiten. Es wird Aufgabe der Länderparlamente sein, die hierfür nötigen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundlagen zu

<sup>3)</sup> H. Krüger: „Allgemeine Staatslehre“, Stuttgart 1964, S. 300.

schaffen. Nach der Herausnahme der Schulverwaltung und der Schulaufsicht aus den Mittelinstanzen der allgemeinen Verwaltung wären entsprechend den Einsichten der Landesplanung in einem territorialen Umfang, der die Entwicklung eines organisch gegliederten Bildungswesens aller Schulstufen und Schularten, zugleich der Erwachsenenbildung und der Jugendpflege, sichergestellt, für diese Regionen Beschlußgremien als Körperschaften des öffentlichen Rechts einzurichten. Als „natürliche“ Mitglieder gehörten ihnen Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden und der Kreise und als gewählte Mitglieder Vertreter der Eltern und Lehrer, der politischen Parteien und der Kirchen, der Arbeitnehmer und -geber, wohl auch solche der Wissenschaften und der Künste als Repräsentanten der Bildungsgesellschaft einer Landschaft an. Diesen Beschlußgremien obläge es, die organisatorische und didaktische, die ökonomisch-finanzielle und verwaltungsrechtliche Neuordnung, die von den zuständigen parlamentarischen Körperschaften beschlossen worden ist, Zug um Zug zu verwirklichen. Gleichzeitig übten sie die Kontrolle ihres Schul- und Kulturamtes aus. Auf diese Weise könnte das Bildungswesen regionalen Beschlußkörperschaften überantwortet werden, die über die partikularen Kräfte unserer pluralistischen Gesellschaft hinausgehoben und allein dem Gemeinwohl verpflichtet wären. Ihr Schul- und Kulturamt unterstände einerseits unmittelbar dem Kultusministerium und hätte andererseits die Beschlüsse der öffentlichen Körperschaft des Bildungsgremiums durchzuführen. Die kulturpolitische Aufgabe dieser Gremien bestünde darin, über die parteipolitischen, konfessionellen und anderen Un-

terschiede hinweg ihren Mitgliedern und ihren Wählern zu einer lebendigen Repräsentanz der bislang unwirksamen Bildungsgesellschaft zu verhelfen. Darüber hinaus könnten die gemeinsamen Grundanliegen durch freiwillige überregionale Zusammenschlüsse gegenüber der öffentlichen Meinung und den Regierungen und den Parlamenten in Bund und Ländern vertreten werden. Aufgabe einer prospektiven, von wissenschaftlicher Phantasie geleiteten Rechts- und Verwaltungswissenschaft ist es, Modelle für Struktur und Funktion solcher Körperschaften und ihrer Ämter zu entwerfen und zu erproben.

\*

Das letzte der zu diskutierenden Probleme ist eine langfristige Finanzierungsplanung und -sicherung des Bildungswesens. Auch hier ist zwischen einer zentralen und den regionalen Regelungen zu unterscheiden. Auf die Größenordnungen auf diesem Gebiet hat Friedrich Edding aufmerksam gemacht<sup>4)</sup>. Die festen Ausgaben für das Schulwesen unterhalb der Hochschulstufe werden im Haushaltsjahr 1970 maximal 16,7, minimal 14,5 Milliarden betragen. Dazu kommen die dauernden Ausgaben für das Hochschulwesen. An einmaligen Ausgaben für zusätzliche Bauten bis 1970 hat Edding 47 Milliarden für das Schulwesen und 10 Milliarden für die Hochschulen errechnet. Im Jahre 1970 werden für einmalige und dauernde Ausgaben zusammen im Bundesgebiet maximal 25,8 und minimal 19,5 Milliarden benötigt.

Die Frage ist, wie sich diese Summen innerhalb einer Gesamtfinanzierung aller Ausgaben von Bund, Ländern und Ge-

4) Vgl. „Recht und Wirtschaft der Schule“, 1963, S. 97 ff.

meinden aufbringen lassen und welche Grundsätze für die Priorität der Finanzierung des Bildungsnotstandes gelten sollen. Der Bildungsrat wird nach seiner Konstituierung zu entscheiden haben, ob zur Lösung dieses vordringlichen Problems die traditionellen Maßnahmen des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausreichen oder ob zur Behebung des Bildungsnotstandes finanzielle Notstandsmaßnahmen, beispielsweise eine generelle zweckgebundene Kultursteuer, ergriffen werden müssen. In diesem Falle sollten nach dem Muster einzelner Staaten in den USA finanzielle Richtsätze für jeden Schüler der Grundstufe, der Mittelstufe vom 5. bis 10. Schuljahr, der Oberstufen ab 11. Schuljahr und der Hochschulstufen errechnet werden, die zunächst aus dem Finanzaufkommen der regionalen Gremien zu bestreiten wären. Reichten diese nicht aus, müßten zunächst das Land, in weiterer Folge der Bund die nach den Kopfquoten nötigen Mittel zuschießen. Die regionalen Gremien hätten demnach aus eigener Kraft für die Finanzierung ihrer Ausgaben zu sorgen, es wäre ihnen auch das Recht der Aufnahme von Darlehen zuzuerkennen. Da die Richtsätze für das Finanzaufkommen nach der Kopfbzahl der Schüler und Hörer der verschiedenen Schulstufen einheitlich zu errechnen sind, könnte zunächst im Rahmen des Landes, weiterhin des Bundes ein Finanzausgleich zwischen steuerschwachen und steuerstarken Regionen geschaffen werden. Das Aufkommen einer Kultursteuer wäre zweckgebunden, und so stünden für die Zeit des Notstandes, unabhängig von finanziellen Prioritäten, stets greifbare Beträge für die Umstrukturierung und die Erhaltung des öffentlichen Bildungswesens zur Verfügung.

# Die Bundesrepublik im Urteil ihrer Gaststudenten

Hedwig Maurach

## I.

An den Hoch- und Fachschulen der Bundesrepublik studieren rund 28 000 ausländische Studenten, davon etwa die Hälfte aus den sogenannten Entwicklungsländern. Es ist bekannt, daß die Studenten aus den jungen Staaten Afrikas, Asiens, aber auch Lateinamerikas mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sie müssen sich nicht nur den andersartigen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik anpassen, sondern auch mit der Eigenart des Studiums an deutschen Universitäten vertraut werden. Darin aber erschöpfen sich in der Regel die Kenntnisse über diese ausländischen Gäste, wenn man von gelegentlich veröffentlichten Zahlen über Erfolg oder Mißerfolg des Ausländerstudiums absieht. Zuwenig wird bedacht, daß die hier in der Ausbildung befindlichen Studenten nach Rückkehr in ihre Heimatländer eines Tages zu den geistig und politisch führenden Repräsentanten ihres Volkes gehören werden. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen in der Bundesrepublik werden einen bestimmenden Einfluß auf ihre Einstellung zu Deutschland haben. Von ihren Erfahrungen wird es abhängen, ob es gelingt, langfristig gute und dauerhafte Beziehungen zu politisch wichtigen und zuverlässigen Partnern herzustellen und, aufrechtzuerhalten. Es erscheint daher nützlich, näher zu prüfen, wie das Urteil dieser ausländischen Studenten über die Bundesrepublik aussieht. Einmal geht es um die Frage der Gestaltung der demokratischen Ordnung. Dabei wird die Suche nach Vorbildern und allgemeingültigen Regeln besonders deutlich. Die andere Frage ist das Problem der Entwicklungshilfe. Hierbei spielt die Suche nach den Motiven und Bedingungen ihrer Ge-

währung deshalb eine entscheidende Rolle, weil von der Antwort die Maßstäbe für die Beurteilung der beiderseitigen Beziehungen bestimmt werden.

## II.

Für den größten Teil der Afrikaner und Asiaten sind Demokratie und Freiheit zunächst Begriffe, mit denen sie nicht allzuviel anzufangen wissen. Diejenigen jedoch, denen aus langjähriger Anschauung in der Bundesrepublik klar geworden ist, welcher Voraussetzungen das Funktionieren eines demokratischen Staates bedarf, kommen mehr und mehr zu der Auffassung, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Bildung in ihren Ländern die Verwirklichung demokratischer Lebensformen auf große Schwierigkeiten stoßen muß. Sie meinen deshalb, der Begriff Freiheit könne für die Völker Afrikas und Asiens zunächst nur die Freiheit von materieller Not bedeuten. Einem Hungernden sei es völlig gleichgültig, ob ihm mit einem Löffel Reis dank der Hilfe eines Ostblocklandes womöglich kommunistische Ideologie mitgeliefert werde. Dennoch bemühen sie sich ernsthaft um eine Klärung der Begriffe und ihrer Inhalte. Sie sind deshalb in der Regel besonders harte Kritiker, wobei sie sich naturgemäß zunächst an ihre unmittelbaren Erfahrungen halten.

Mannigfache Schwierigkeiten mit deutschen Behörden, wie Wohnungsämtern, Paßämtern, Polizei, Grenzbehörden usw., lassen sie die Frage aufwerfen, ob die Bundesrepublik wirklich ein demokratischer Staat sei. Mit diesen Behörden machen sie oft Erfahrungen, die sie mangels Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften als willkürliche, wenn nicht gar als schikanöse Maßnahmen empfinden. So wird die offensichtlich unterschiedliche

Anwendung der Ausländergesetze viel beachtet. Verbote und Behinderungen von Demonstrationen nach dem Tod von Lumumba zum Beispiel haben bei vielen afrikanischen Studenten zu einer Zurückhaltung bei der Teilnahme an deutschen politischen Veranstaltungen geführt. Zweifel, ob die Bundesrepublik tatsächlich ein demokratischer Staat sei, werden nicht selten auch von den iranischen Studenten, die sich Schwierigkeiten wegen ihrer Agitation gegen die Regierung ihres Landes ausgesetzt sehen, geäußert. Ihnen ist die Reaktion deutscher Behörden besonders deshalb unverständlich, weil sie stets versichern, niemals gegen die Bundesrepublik und deren Bestand als demokratischer Staat auftreten zu wollen, sondern ausschließlich das Ziel zu verfolgen, die Öffentlichkeit auf die Probleme ihres eigenen Landes aufmerksam zu machen. Andererseits geben sie zu, damit zumindest eine Überprüfung der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Iran erreichen zu wollen. Für viele iranische Studenten sind wir schon deshalb Gegner der Demokratie, weil wir ihre „nicht vom Volk legitimierte“ Regierung anerkennen und unterstützen.

Eine vor allem von afrikanischen und asiatischen Studenten gern vorgetragene Behauptung, unserer staatlichen Ordnung fehlten freiheitlich-demokratische Grundsätze, ist das Verbot der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. Hier Verständnis für unseren Standpunkt zu erzielen, ist überaus mühevoll und schwierig. Nur weitausholende Erläuterungen unserer Rechtsauffassung und unserer geschichtlichen Erfahrungen mit dem Totalitarismus bewirken manchmal, daß diese Studenten nachdenklich werden und ihren Standpunkt überprüfen.

Manche Afrikaner und Asiaten, die seit längerer Zeit in der Bundesrepublik leben, zeichnen sich durch eine recht extensive Auslegung des Begriffes der Rede- und Meinungsfreiheit aus. Bisweilen hat man den Eindruck, sie beabsichtigten den Beweis zu erbringen, daß sie diese Freiheit zu handhaben verstünden. Dabei schloßen sie gelegentlich über die gebotenen Grenzen der Form hinaus, wenn sie zum Beispiel einen Gesprächspartner *expressis verbis* der Lüge bezichtigten. Andererseits sind sie wieder erstaunt, wenn sie dann eine gebührende Antwort erhalten. Umgekehrt halten sie eine auch nur sehr zurückhaltende Kritik an ihren eigenen Ländern schon für einen ungerechtfertigten Gebrauch des Rechts der freien Meinungsäußerung und sehen darin allzu schnell eine unfreundliche Haltung.

Diese Studenten zeigen aber auch große Genugtuung, wenn sie mit Gesprächspartnern konfrontiert werden, die zur offiziellen Regierungspolitik oder zu bestimmten Fragen eine oppositionelle Auffassung äußern. Vertreter oppositioneller Richtungen genießen von vornherein größeres Vertrauen und können viel eher mit einem Minimum an Toleranz in einer Frage rechnen, bei der zum Beispiel ein der Regierung nahestehender Gesprächspartner auf Widerstand stoßen würde. Überhaupt scheint für viele afrikanische und asiatische Studenten das Wort Opposition eine geradezu magische Wirkung zu haben. Für die einen offenbar deshalb, weil sie selbst in Opposition zu der Regierung ihres Landes stehen und eine Änderung der dortigen Verhältnisse wünschen; für die anderen, weil es im eigenen Land eine organisierte Opposition nicht gibt. Für einen nicht unbe-

deutenden Teil ist es aber die aus der Situation der Bundesrepublik gewonnene Einsicht, daß zu einem gut funktionierenden Staatswesen auch eine parlamentarische Opposition und oppositionelle Strömungen im Volk gehören.

Trotz aller Kritik und mancher Vorwürfe ist die Bundesrepublik in ihrer innenpolitischen Ruhe und Stabilität Symbol, Maßstab und Wunschtraum zugleich für das Geschehen im eigenen Land. Wie sehr diese Tatsache eine Rolle spielt, zeigen immer wieder Äußerungen von Studenten aus dem Vordere und Mittleren Osten und aus Lateinamerika, denen sich angesichts häufiger Revolutionen und Regierungswechsel in ihren Ländern zwangsläufig Assoziationen und Vergleiche aufdrängen. Symptomatisch ist dabei die Erfahrung, daß manche Studenten, die soeben noch anhand gewisser Erscheinungen in der Bundesrepublik die Abwesenheit demokratischer Prinzipien feststellten, in hellen Unmut ausbrechen, wenn auch nur die harmloseste Kritik an politischen Entscheidungen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer geäußert wird. Solche Kritik an einem Mann, der für sie das Symbol der Stabilität und der Krisenfestigkeit darstellt, empfinden sie als unangebracht.

Die weitaus meisten Studenten aus Afrika und Asien wünschen gute, enge und freundschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik. Sie vertreten jedoch nicht selten den Standpunkt, daß wir wegen unserer Bündnisverpflichtungen nicht souverän genug seien, um diese Beziehungen voll gedeihen zu lassen. Sie bedauern deshalb unsere Zugehörigkeit zur NATO und zur EWG und sähen in einer außenpolitischen Neutralität und nachfolgender Zugehörigkeit zu den

„Neutralen“ eine Stärkung ihrer eigenen, aber auch unserer Position bei der Lösung der Probleme beider Seiten. Das simplifizierende Rechenexempel vieler Afrikaner und Asiaten sieht dabei etwa so aus: Militärisches Disengagement = mehr Mittel für Entwicklungshilfe = mehr Freunde = mehr Unterstützung der Wiedervereinigungsbemühungen in den Vereinten Nationen.

Wenig einheitlich und häufig sehr kritisch wird die Bundesrepublik von den Studenten aus europäischen Ländern und den USA beurteilt. Den Gesprächen mit ihnen kommt jedoch zugute, daß sie eingehender und mit mehr Sachkunde ihre Aufmerksamkeit dem innenpolitischen Geschehen der Bundesrepublik widmen. Besonders Studenten aus den Nachbarländern Schweiz, Österreich und Frankreich sind gut informiert über fast alle Erscheinungen unseres politischen Lebens. Ausgangspunkt für ihre Wertung, wieweit die Demokratie bei uns gefestigt und besonders zu einer Lebensform im Bewußtsein des Volkes geworden sei, sind Betrachtungen zu Zeiterscheinungen wie Spiegelaffäre, Telefonaffäre, Verfolgung von NS-Verbrechen und ähnlichem mehr. Gerade im Verlauf der Spiegelaffäre war von solchen Studenten immer wieder die Vermutung zu hören, daß angewandte, lebendige Demokratie offenbar weder in der Staatsführung gefestigt noch in weiten Teilen der Bevölkerung, vor allem bei der älteren Generation, bewußt erfaßt sei. Viele meinen, die meisten Deutschen lebten wohl immer noch nach dem überkommenen Grundsatz: „Die da oben werden es schon machen.“ Überhaupt äußern diese Studenten oft ihr Bedauern über die vermeintlich beobachtete weitgehende Zu-

rückhaltung des deutschen Volkes gegenüber jeder politischen Betätigung. Viele sehen auch eine Gefahr in der starken Stellung des Bundeskanzlers, die nach ihrer Auffassung autoritäre Maßnahmen begünstige. Als Mangel betrachten sie die Tatsache, daß das Grundgesetz nicht die Möglichkeit vorsieht, dem Willen des Volkes außerhalb von Parlamentswahlen durch ein Plebiszit Ausdruck zu geben.

Man anerkennt jedoch die stabile innenpolitische Entwicklung, wenn auch Zweifel geäußert werden, ob sich diese Stabilität in Krisenzeiten bewähren würde. Andererseits wird hervorgehoben, daß ein erfreuliches demokratisches Bewußtsein bei der jungen Generation zu beobachten sei. Die Reaktionen vor allem der deutschen Studenten auf die Spiegelaffäre werden in diesem Zusammenhang als ein positives Beispiel genannt.

Nachdenkliche Überlegungen stellen die Studenten aus europäischen Ländern und den USA über die Haltung der Bundesregierung zur Arbeit deutscher Raketen-spezialisten im Ausland und zu der Frage der Verlängerung der Verjährungsfrist an. Aus Zeitungsberichten und anderen Quellen glauben viele Studenten eine nicht ganz klare Position von Regierung und Parlament zu erkennen und werfen dann die Frage auf, wie ernst es uns mit der Bewältigung unserer Vergangenheit sei. Vor allem amerikanische Studenten zeigen sich über die für sie nicht hinreichend eindeutige Stellungnahme offizieller Stellen in der Bundesrepublik besorgt und vermuten hier und da „Befangenheit“ bei den Verantwortlichen.

### III.

Die Einstellung der ausländischen Studenten zur Entwicklungshilfe hat sich

in letzter Zeit auffallend geändert. Offenkundig haben die Erfolge mancher Projekte in verschiedenen Ländern und eine verstärkte Aufklärungsarbeit dazu beigetragen, bestehende Zweifel schwinden zu lassen. Vorurteile und Ressentiments sind einer gelasseneren und objektiveren Betrachtung gewichen. Die noch vor nicht allzu langer Zeit anklagend und mit Starrsinn erhobenen Vorwürfe, die Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik seien an politisch und wirtschaftlich unerfüllbare Bedingungen geknüpft und dienten dem Ziel, eine neue Abhängigkeit herbeizuführen, sind in den Hintergrund getreten. Auch der Vorwurf, die Hilfe der Bundesrepublik sei nur eine Antwort auf die Bemühungen des Ostblocks und werde daher widerstrebend gegeben, um im Ost-West-Konflikt gegenüber den Entwicklungsländern bestehen zu können, wird seltener. Die Auffassung, die Entwicklungsländer seien Gegenstand des Konkurrenzkampfes der östlichen und der westlichen Industriestaaten um künftige Absatzmärkte, hört man hingegen häufiger. Nur noch vereinzelt kommt der Hinweis, die Entwicklungsländer würden sich an den Osten wenden, wenn der Westen die Wünsche nach Entwicklungshilfe nicht erfülle.

Der Bundesrepublik kommt jedoch der Vorteil zustatten, keinen Vorurteilen aus der Kolonialzeit zu begegnen. Das gibt ihr einen nicht zu unterschätzenden Vorsprung gegenüber anderen westeuropäischen Ländern einschließlic den USA, deren wirtschaftliche und politische Macht oft beträchtliches Mißtrauen hervorruft. Mißtrauen besteht auch gegenüber den zahlreichen Entwicklungshilfe leistenden internationalen Organisationen. Sie werden als zu anonym und zu undurchsichtig angesehen. Bilaterale

Leistungen zieht man vor. Das geht so weit, eine Trennung zwischen der Hilfe der Bundesrepublik und der sonstigen Hilfe der westlichen Welt zu fordern; aber daran knüpfen sich häufig falsche Erwartungen, besonders bei solchen Studenten, die die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt oder beobachtet haben und nun glauben, mit deutscher Hilfe sei eine gleich schnelle Entwicklung ihrer Länder möglich.

Besonderen Nutzen erwartet man von der technischen Hilfe, der Bildungs- und Ausbildungshilfe; dabei wird die Tatsache, daß diese Leistungen zum größten Teil unentgeltlich erfolgen, nur ungern hingenommen. Nichtrückzahlbare Leistungen empfindet man als Geschenke und Almosen, die aus falscher Nächstenliebe gegeben würden. Ihre Annahme halten viele mit der Würde eines souveränen Staates für nicht vereinbar. Manch einer befürchtet, dahinter verberge sich eine zunächst nicht erkennbare politische Rechnung, die später beglichen werden müsse. Immer wieder wird darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, das Bildungswesen in den Entwicklungsländern selbst zu verbessern. Von der deutschen Hilfe erwartet man, daß sie noch mehr Möglichkeiten für die Ausbildung von Fachkräften und Studenten in den Entwicklungsländern selbst schafft und darüber hinaus die Förderung des Studiums von Ausländern in der Bundesrepublik verstärkt.

Bei den Gesprächen mit ausländischen Studenten über Fragen der Entwicklungshilfe fällt auf, daß es ausgesprochene Gruppenmeinungen gibt. Studenten eines Landes oder auch eines größeren Gebietes bedienen sich der gleichen Argu-

mente und vertreten nahezu übereinstimmende Meinungen. Dabei spielt wohl auch die Tatsache eine Rolle, daß sich in zunehmendem Maße Studenten eines Landes oder benachbarter Länder eines Gebietes an den deutschen Universitäten und Hochschulen zusammenschließen und offenbar bestimmte Probleme regelmäßig erörtern.

Studenten einiger afrikanischer Länder gehörten noch vor wenigen Jahren zu den härtesten und unsachlichsten Kritikern der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik. Auch das hat sich geändert. Die Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik, auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Militärhilfe, finden bei fast allen Afrikanern uneingeschränkten Beifall.

Studenten aus dem Iran, die den politischen Verhältnissen ihres eigenen Landes besonders kritisch gegenüberstehen, empfinden die Verhältnisse in der Bundesrepublik als vorbildlich. Aber eben deshalb begegnen sie der Hilfe der Bundesrepublik schnell mit überspitzter Kritik: Die Hilfe wird als eine Unterstützung ihrer „nicht vom Volk legitimierten Regierung“ und der herrschenden Oberschicht ihres Landes abgelehnt. Nach ihrer Auffassung könne diese Hilfe dem Volk nicht zugute kommen und sei deshalb — entgegen der Meinung der Bundesregierung — verfehlt. Es ist nahezu unmöglich, an dieser Ansicht etwas zu ändern, auch wenn eine detaillierte Darstellung der Hilfsmaßnahmen und der Art ihrer Durchführung gegeben wird. Die Studenten bleiben hartnäckig bei der Auffassung, die Hilfe der Bundesrepublik vergrößere die sozialen Unterschiede in ihrem Land nur noch und leiste damit dem Eindringen des Kommunismus Vor-

schub. Unverdrossen fordern sie deshalb die Einstellung der Hilfe für ihr Land. Bei iranischen Studenten vor allem findet sich die (auch sonst bei Ausländern wie bei Deutschen verbreitete) Vorstellung, jeder Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes oder Regierungschefs aus einem Entwicklungsland in der Bundesrepublik schließe mit der Überreichung eines „Sackes voll Geld“ ab. Gerade gegenüber dieser Vorstellung bedarf es besonders geduldiger Aufklärung darüber, daß im Rahmen der Entwicklungshilfe Bargeld überhaupt nicht gegeben wird.

Indische Studenten, von denen man in früheren Jahren oft den Eindruck hatte, es wäre ihnen lieber, Indien als Empfängerland möglichst nicht zu erwähnen, halten in zunehmendem Maße ausländische Hilfe zur Lösung der vielfältigen Probleme ihres Landes für notwendig. Allerdings lehnen viele von ihnen größere eigene Anstrengungen, z. B. die Mobilisierung des Arbeitskräftepotentials durch Maßnahmen der Regierung, als diktatorisch und daher undemokratisch ab. Zwar sehen sie die Notwendigkeit solcher Maßnahmen ein, glauben aber, hier ein Freiheitsprinzip vertreten zu müssen.

Die arabischen Studenten akzeptieren die Hilfe der Bundesrepublik meist als notwendig, richtig und wirksam. Lange Zeit stand im Vordergrund ihres Interesses an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Frage, warum der Assuan-Staudamm nicht von der Bundesrepublik oder anderen westlichen Ländern gebaut worden sei. Sie hegen die Vermutung, dies sei auf Druck der USA unterlassen worden. Bei einem Teil der arabischen Studenten liegt einer solchen Frage ein Bedauern über den Bau des Staudammes

durch die Sowjetunion zugrunde. Für andere ist dieses Faktum jedoch ein willkommenes Argument, um die vermeintliche Unaufrichtigkeit der Bundesrepublik und anderer westlicher Länder zu unterstreichen.

Unerfreulich sind die Reaktionen der arabischen Studenten auf den arabisch-israelischen Gegensatz und die deutschen Wiedergutmachungsleistungen an Israel. Dabei finden die Auswirkungen heimatischer Informationen ihren Niederschlag in der Haltung und Argumentation der Studenten und machen eine sachliche Diskussion nahezu unmöglich. Ihre Äußerungen reichen von informativen Fragen nach der Höhe der Wiedergutmachung über die Frage nach der Berechtigung der Existenz des Staates Israel bis zum Versuch der Rechtfertigung Hitlerscher Rassenpolitik bei Verwendung des entsprechenden Vokabulars. Hier gibt es keinen Anknüpfungspunkt für eine Verständigung und Toleranz gegenüber unserem Standpunkt. Der Objektivität halber sei hinzugefügt, daß Studenten aus dem Libanon sich in dieser Frage nur selten engagieren; wenn überhaupt, so hat man den Eindruck, dann weniger aus eigener Überzeugung als mit Rücksicht auf die arabische Solidarität.

Die Einstellung der lateinamerikanischen Studenten zur deutschen Entwicklungshilfe ist bestimmt von der Sorge, sie könne in die falschen Kanäle fließen und dadurch nur einer kleinen Oberschicht, nicht aber dem Volk zugute kommen. Groß ist auch die Unzufriedenheit mit den inneren Verhältnissen ihrer häufig von Revolutionen und Regierungswechseln geplagten Länder. Die Hauptschuld an der politischen und wirtschaftlichen Misere ihrer Länder geben sie den USA, vor

allem den großen amerikanischen Konzernen. In ihnen sehen sie die eigentlichen „Herren“ und „Ausbeuter“ ihrer Länder, die jeden sozialen Fortschritt behindern. Bezeichnend für ihre Haltung ist die Einstellung zu dem Regime auf Kuba. Sie betrachten es nicht als Vorbild oder gar Schlüssel zur Lösung der Probleme ihrer Länder, begrüßen aber, daß es *Castro* gelungen ist, den nordamerikanischen Einfluß in Kuba zu beseitigen. Sie halten die Verdrängung des amerikanischen Einflusses auf die Wirtschaft ihrer Länder für die entscheidende Voraussetzung zur Verbesserung ihrer Situation, und sie sind der Auffassung, diese Verbesserung würde dann schlagartig eintreten, wenn sie mit einer kurzfristigen, als Initialzündung gedachten Hilfe von Europa verbunden wäre. Manche fordern auch unverhohlen, man solle die Mittel der Entwicklungshilfe zunächst einmal zur Finanzierung von Revolutionen verwenden, um die Sozialstrukturen zu ändern, ohne die eine wirkliche Entwicklung der Länder nicht möglich sei.

Alle Studenten aus Entwicklungsländern beschäftigen sich nachhaltig mit der Berichterstattung deutscher Presseorgane. Selbst gutwillige Studenten beklagen sich über unrichtige und tendenzlose Berichte gewisser illustrierter Blätter und Zeitungen über das Geschehen in ihren Ländern. Da sie aus ihren Ländern meist nur eine staatlich gelenkte Presse kennen, ist ihnen schwer klarzumachen, daß angesichts der Pressefreiheit in der Bundesrepublik die Regierung keinen Einfluß auf die Berichterstattung nehmen kann.

Negative Erfahrungen haben viele Studenten auch mit der Meinung der deut-

schon Bevölkerung zur Entwicklungshilfe gemacht. Obwohl bezweifelt werden muß, daß ihre Gesprächspartner über ausreichende Kenntnisse des Problems verfügten, erklären viele Studenten rundweg, die Deutschen identifizierten sich nicht nur nicht mit der Hilfe, sondern sie lehnten sie ab. Die Diskrepanz zwischen der Einstellung der Bevölkerung und der Haltung der Bundesregierung wird deshalb häufig nicht nur als undemokratisch, d. h. als nicht mit dem Willen des Volkes übereinstimmend angesehen, sondern auch als Beweis dafür gewertet, daß die Regierung nur aus politischen Nützlichkeitsabwägungen handle. Diese Erfahrung der Studenten führt immer zu der Erwartung, die Bundesregierung möge sich mehr um Verständnis für ihre Politik in der deutschen Bevölkerung bemühen.

Erstänlich vielen Studenten ist die Tatsache geläufig, daß sich die Kompetenzen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik nicht an einer Stelle konzentrieren. Da nach ihrer Auffassung die Verwirklichung von Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und ihren Ländern stets ohnehin zu lange auf sich warten läßt, vermuten sie eine zusätzliche Erschwerung im Vorhandensein eines komplizierten Instanzenweges. Auch glauben sie, darin einen Mangel an Ernsthaftigkeit unserer Absicht, schnell und wirksam zu helfen, erkennen zu können.

# Sozialismus als Entwicklungsideologie

Heinz Langerhans

Die Diffusion und Rezeption von europäischem Sozialismus in Lateinamerika, Asien und Afrika hat die ursprünglichen Bezugspunkte gegen andersartige ausgewechselt. Es hat wenig Sinn, sich auf Texte der einen oder anderen sozialistischen Schule zu berufen oder Widersprüche in diesen Texten und zu diesen Texten festzustellen, und es hat noch weniger Sinn, den Standpunkt einer dieser Schulen festzuhalten, weil man sich dadurch die Einsicht in die neuen Prozesse versperrt. Es ist nützlicher, sich an die Formulierungen zu halten, die die Träger der neuen Bewegungen selbst geben. Die Bedeutung der Begriffe und der Inhalte der Ideologien muß aus den sozialen Situationen gewonnen werden, auf welche die Ideologien bezogen sind, und es muß festgestellt werden, wieweit die Umformung und die neuen Interpretationen realen Bedingungen adäquat sind und wieweit sie diese verschleiern, d. h. inwiefern sie „ideologisch“ sind und inwiefern pragmatisch.

## I.

Die Entwicklungsländer übernehmen „Sozialismus“ von Anfang an als Ideologie, und dabei wird „Ideologie“ im Sinne eines positiven Begriffes genommen, als etwas, was man braucht, ja, das man sogar nach Bedarf produzieren kann. Es handelt sich bei diesen positiv gewordenen Ideologien nicht mehr um den Ideologiebegriff im alten Sinne, nicht mehr um den kritischen Ansatz, der auf die analytische Durchdringung sozialer Strukturzusammenhänge abzielt, Verhüllungen zu enthüllen trachtet und durch Aufdeckung der zugrunde liegenden sozialen Verhältnisse angebbarmacht, was alles weggeräumt werden muß, soll der trügerische Schein hinfällig werden —

sondern jetzt geht es um beliebig produzierbare und manipulierbare Propagandamythen. Der Entwicklungssozialismus ist dann relativ am wenigsten ideologisch, wenn er die unterschiedlichen Formen des tatsächlichen Aufbaues artikuliert und nicht den Zwang, die Last und das Elend des Übergangs einfach beschönigt.

Bei der Übertragung von den Industrieländern auf die Entwicklungsländer haben sich die Ideen und Symbole fundamental gewandelt, jedoch sind — in historischer Perspektive — viele dieser unterscheidenden Merkmale auch gegenüber dem alten Sozialismus nur graduelle Unterschiede. Die Anfänge des Sozialismus in Europa hatten ebenfalls die Umformung eines heterogenen Proletariats zur Industriearbeiterschaft einer erst noch zu entwickelnden Industrie zum Gegenstand. Marx spricht in seinen Frühschriften gelegentlich vom Proletariat als einer „Klasse außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“. Der Zerfall alter Ordnungen in Asien, die wuchernden Slums lateinamerikanischer, indischer oder indonesischer Städte, die Disproportion zwischen wirtschaftlicher Wachstumsrate und Bevölkerungszunahme bringen entwurzelte Menschenmassen hervor, die in der Tat eine Klasse außerhalb der Gesellschaft sind. Man kann sogar sagen, daß die unverblühte Art, mit der „Sozialismus“ heute als positive Entwicklungsideologie auftritt, neues Licht wirft auf den frühen europäischen Sozialismus und vor allem auch auf den ost- und südosteuropäischen. Auch in Europa hat Sozialismus, seit Robert Owen den Ausdruck in das politische Vokabular einführt (in seinem „Cooperative Magazine“, 1827), manchen Bedeutungswandel durchgemacht, bis er all-

mählich mit der organisierten Arbeiterbewegung verschmolz und schließlich beide ein und dasselbe waren.

Die Unterschiede zum europäischen Sozialismus sind:

1. Literaten, Beamte, Studenten oder Offiziere sind nicht nur die Formulierer, sondern auch die Initiatoren, die Organisatoren und die Führungskräfte — zumindest in der ersten Phase.
2. Eine tiefe Kluft trennt die Masse der Bevölkerung von der kleinen städtischen schriftkundigen Minderheit. Was diejenigen, die sich hier Sozialisten nennen, von den anderen politischen Kräften ihrer Länder unterscheidet, ist das Bemühen, diese Kluft zu überbrücken, ist der Wille zur Einbeziehung nicht integrierter Bevölkerungsteile, die oft auch ethnische Sondergruppen sind, in die werdende Nation und in den Staat.
3. Die Bezugsgruppe ist fast überall eine kleinbäuerliche Bevölkerung. Die Konstituierung einer noch nicht bestehenden Nation fällt mit einer staatlich manipulierten industriellen Revolution zusammen, einer radikalen Umwälzung der sozialen und uralter kultureller Gegebenheiten, die sich sozialistischer ebenso wie nationalistischer Ideologien bedient. Es sind lauter „Nationalsozialisten“, die man heute in den Entwicklungsländern antrifft.
4. Sozialismus als Entwicklungsideologie ist in der Praxis gleichbedeutend mit Etatismus, Dirigismus. Die Mobilisierung verschieden strukturierter Bevölkerungsbestandteile und entwurzelter heterogener Massen für die Industrialisierungsprogramme der Regierung ist ohne Etatismus und Dirigismus nicht vorstellbar, weder in Asien noch

in Afrika noch in Lateinamerika. Ob man die so entstehenden gemischten Wirtschaften, falls der Staatssektor überwiegt, Staatskapitalismus oder Staatssozialismus nennen will, ist eine rein terminologische Entscheidung.

5. In den meisten dieser Länder ist die besondere Form der Kolonialherrschaft die politische Erfahrung, die die Männer der neuen Regierung hinter sich haben; sie ist das unmittelbare Modell eines politischen Systems für sie, und zwar ein autoritäres. Der Widerstand gegen die Kolonialherrschaft knüpft an die eigene vorkoloniale kulturelle Tradition an; es ist in vielen Fällen zu einer Revitalisierung dieser Tradition gekommen.

## II.

Folgende Haupttypen des Sozialismus als Entwicklungsideologie lassen sich unterscheiden: die Apristen in Lateinamerika, der indische Sozialismus, der arabische Sozialismus, der afrikanische Sozialismus und der buddhistische Sozialismus.

### Die Apristen

Im indianischen Kerngebiet Lateinamerikas, z. B. in Mexiko, in Peru, in Bolivien, sind starke Volksparteien mit sozialistischer Tendenz hervorgetreten. In den Republiken des Kontinents, in denen die indianischen Ureinwohner verschwunden sind oder keine Rolle spielen, z. B. in Argentinien, wo früher als anderswo in Lateinamerika eine sozialistische Partei von europäischen Einwanderern und in Anlehnung an europäische Muster gegründet wurde, sind sozialistische Bewegungen, falls man den Peronismus nicht dazurechnet, unbedeutend geblieben. Im mexikanischen Exil gründete der Peru-

aner Raúl Víctor Haya de la Torre mit einigen seiner Landsleute, hauptsächlich Studenten, die im Ausland studierten, am 27. Mai 1924 die „Alianza Popular Revolucionaria Latinoamericana“, abgekürzt APRA. Diese peruanische Partei ist zur Modellpartei sozial-reformerischer Volksbewegungen geworden. Zu ihrem Programm gehörte die Rückgabe des Grundbesitzes an die indianischen Dorfgemeinden, die Einrichtung von Schulen und die Verbesserung der Landwirtschaft, um die indianischen Bauern aus ihrem jahrhundertalten Elend herauszuführen. Apristische Studenten organisierten auch in den Städten „Volksuniversitäten“ für Gewerkschaftler.

Das Leitbild der peruanischen Apristen war die mexikanische Revolution von 1910, die sieben Jahre vor der russischen und unabhängig von europäischen Einflüssen die geschichtliche Modellrevolution Lateinamerikas geworden ist. Nach zehn Jahren Bürgerkrieg wurde der revolutionäre Prozeß institutionalisiert: der Gewerkschaftsbund, der Nationale Bauernbund und eine Mittelstandsorganisation schlossen sich in den zwanziger Jahren zu der Partei der Revolutionären Institutionen, der PRI, zusammen. Höhepunkt der sozialen Transformation ist die Präsidentschaft des reformistischen Revolutionsgenerals und Sozialisten Lázaro Cárdenas gewesen (1934—1940). Unter Cárdenas wurden die in dem Bürgerkriegsjahrzehnt erlassenen, zum großen Teil nur auf dem Papier stehenden Sozialgesetze wenigstens teilweise — soweit die wirtschaftliche Unterentwicklung des Landes es zuließ — verwirklicht. Die Armee wurde ziviler Kontrolle unterstellt. Neben dem Kampf

gegen das Auslandskapital, der Nationalisierung der Eisenbahnen und der Ölgesellschaften bestand das Hauptverdienst Cárdenas in seiner energischen Förderung der Agrarreform. 96 v. H. der Landbevölkerung hatte vor der Revolution kein Land. Wo man jetzt das Land aufteilte, bildete man sogenannte Ejidos (von lateinisch exodus, außerhalb des Dorfes gelegenes gemeinsames Weideland und Forstland). Die indianische Stammes-tradition kennt kein Privateigentum an Grund und Boden. Jetzt bezeichnete man mit Ejidos landwirtschaftliche Genossenschaften, Bauernkommunen, in denen zehn bis hundert oder auch mehr landarme Familien zusammengefaßt waren. Ihnen wurde auf Antrag Land aus Staatsdomänen oder entlegenen Latifundien zugeteilt. Sie haben Selbstverwaltung und parzellieren das Land an die Genossenschaftsmitglieder. Der Staat, der die Ejidos finanziell und technisch unterstützt, behält in gewissem Sinne das Obereigentum. Der Boden ist nicht verkäuflich und kann nicht mit Hypotheken belastet werden; wenn der Bauer ihn nicht bearbeitet, kann der Staat den Boden wieder einziehen. Unter Cárdenas wurden mehr als 20 000 Ejidos gegründet, vor seiner Präsidentschaft nur 4000. Über 50 v. H. der Landwirtschaft und 47 v. H. der Agrarproduktion waren jetzt in den Händen von Ejidatarios.

Nach langen und zähen Auseinandersetzungen mit der radikalen Bauernschaft gewann die städtische Mittelschicht die Oberhand. Goldenberg<sup>1)</sup> bezeichnet das Jahr 1940 als den Zeitpunkt des kapitalistischen Take off.

1) Boris Goldenberg: „Lateinamerika und die kubanische Revolution“, Köln—Berlin, 1963, S. 93. Für unsere Hinweise auf Mexiko und die mexikanischen Ejidos siehe auch S. 74, 81—83.

Unter der Präsidentschaft von Lopez Mateos (1958—1964) trugen die Maßnahmen der Regierung dem zunehmenden Gewicht der technischen Eliten in der mexikanischen Gesellschaft Rechnung.

In den meisten lateinamerikanischen Republiken verhinderten Diktaturen, daß die APRA, wie zunächst beabsichtigt, zu einer den ganzen Kontinent umspannenden Organisation wurde. Als apristisch bezeichnet man heute u. a. folgende Parteien: „Acción Democrática“ in Venezuela, die MNR („Movimiento Nacional Revolucionario“) in Bolivien, die „Partido Liberación Nacional“ in Costa Rica, die „Partido Revolucionario Dominicano“, deren Führer Juan Bosch im Exil ist. Diese Parteien haben an den Tagungen des Beratenden Ausschusses des lateinamerikanischen Sekretariats der Sozialistischen Internationale (London) teilgenommen. Sie waren im August 1960 der Gastgeber für die erste Konferenz der lateinamerikanischen Volksparteien in Lima. Sie nahmen an den beiden Kongressen für Interamerikanische Demokratie teil. Sie lehnen Verhandlungen mit den USA nicht ab. Zu den apristischen Parteien kann man auch die „Partido Revolucionario Cubano Autentico“, die 1944 bis 1952 Regierungspartei war, 1951 in die Autenticos und die Orthodoxen gespalten, rechnen, ebenso den linken Flügel der kubanischen Liberalen. Die PRI Mexikos unter Cárdenas weist alle Merkmale dieses Parteitypus auf. Peróns auf Staatsgewerkschaften gestützte „justicialistische“ faschistoide Partei ist ein Sonderfall, doch haben Ausstrahlungen des deutschen Nationalsozialismus auch in der Vorgeschichte der bolivianischen Revolution eine Rolle gespielt.

Jahrzehntelang haben die apristischen Parteien, zumeist in der Opposition und oft im Exil, den Diktaturen der Oligarchie demokratische Gegenkräfte konfrontiert. Neuestens sind christlich-demokratische Parteien in einer Reihe von Republiken an ihre Seite oder an ihre Stelle getreten. In Venezuela bildeten die „Acción Democrática“ und die Christlich-Sozialen eine Koalition (Anfang der 60er Jahre). In Chile wurde der christliche Demokrat Eduardo Frey, ein entschiedener Sozialreformer, zum Präsidenten gewählt. Die katholische Kirche widersetzt sich nicht mehr den radikalen, oft sozialrevolutionären Ideen, die von einigen der neuen christlichen Parteien und christlichen Gewerkschaften vertreten werden.

Kennedy hatte für seine „Allianz für den Fortschritt“ darauf bestanden, daß es nicht auf einseitige Wirtschaftshilfe ankomme, sondern auf Zusammenarbeit und auf eine Reform der Wirtschafts- und Sozialstruktur der lateinamerikanischen Republiken. Er setzte auf die Apristen, auf Betancourt, Juan Bosch, Paz Estenssoro, Cárdenas. Die meisten Regierungen, die mit dem Plan Kennedys zusammenzuarbeiten bereit waren, sind inzwischen gestürzt worden. Die interamerikanische Wirtschaftskonferenz in Sao Paulo, auf der eine Bilanz der ersten zwei Jahre der „Allianz für den Fortschritt“ gezogen wurde, war von der Frage beherrscht: Sind die apristischen Sozialreformer gescheitert? Die Militärputsche bezwecken nicht nur die Verhinderung sozialreformerischer Regierungen, sondern sie versperren auch dem künftigen Reformismus den Weg, sie legen die demokratischen Institutionen lahm. Die dringend erforderliche Sozialreform gerät aber auch unhinderbar in Konflikt mit nordamerikanischen

Interessen. Fast alle Bodenschätze sind in den Händen nordamerikanischer Kartelle. Die Profite bleiben nicht im Lande. Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe einerseits und Fertigprodukte andererseits untergräbt das wirtschaftliche Gleichgewicht der Länder, die zu der „Allianz für den Fortschritt“ stehen. Jede lateinamerikanische Regierung, die eine gründliche Wirtschafts- und Sozialreform anstrebt, muß mit den nordamerikanischen Kartellen in Konflikt geraten.

### Der indische Sozialismus

Er entstammt dem Zweifel an den Methoden Gandhis, ist aber von den Traditionen des Gandhismus nie ganz losgekommen. In Krisen der Kongreßpartei — z. B. während der letzten Regierungsjahre Nehrus und nach dessen Tod — ist der Rückgriff auf die alte gandhistische Garde und die Hinwendung zum Dorfe immer der Ausweg gewesen. Als 1930 und 1932 die Bewegungen des zivilen Ungehorsams mit Niederlagen endeten, hatte sich im Rahmen der Kongreßpartei die Sozialistische Kongreßpartei gebildet. Uneingeschränkte Verwendung aller politischen Mittel, auch gewaltsamer, das war die „linke“ Alternative zu Gandhi. Im Höhepunkt der Kampfzeit war Gandhi eine Zusammenfassung vieler Traditionen der Hindus mit den Erfordernissen des nationalen Widerstandes gelungen. Es gelang ihm die Organisation eines Widerstandes aus dem Geiste des Hinduismus, extrem antiwestlich. Aber sein Mörder kam aus den Reihen der Hindu Mahasabha, einer Bewegung in der Nachfolge ähnlicher früherer Versuche, den Nationalismus orthodox hinduistisch zu begründen.

Als Gandhi im August 1942 unter der Losung „Quit-India“ zum äußersten Widerstand gegen die britische Herrschaft über Indien aufrief und Indien an den Rand des bewaffneten Aufstandes brachte, schien die Stunde der Sozialisten gekommen. Die Kongreßführung war — kaum war die Losung ausgegeben — verhaftet worden. Einigen gelang es aber, aus dem Gefängnis zu entkommen. Lohia und Patwardhan bildeten in Bombay ein Zentralkomitee für den Kampf gegen die Briten. Die Sozialisten wollten die Bewegung, die die gandhistische Einschränkung auf Gewaltlosigkeit durchbrach, im Namen ihrer eigenen Partei fortführen. Es gab aber Meinungsverschiedenheiten. Ein gandhistischer Flügel unter Sucheta Kripalani und Anand Prasad Chaudhari schied aus. Die Sozialisten behielten das Zentralkomitee in der Hand, aber Lohia wurde wieder verhaftet. Die Briten hoben das Verbot der Partei erst 1946 auf und entließen die Führer aus den Gefängnissen, zu spät, um in den ersten Tagen der indischen Unabhängigkeit entscheidend mitwirken zu können. Es kam zur organisatorischen Trennung vom Kongreß. 1948 wurde der Gründungsparteitag der selbständigen Sozialistischen Partei abgehalten. Man lehnte — unter Berufung auf Marx — jeden Totalitarismus ab: „Es ist ein Axiom des Marxismus, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann.“ Man debattierte, ob man eine „Labour Party“ mit affilierten Gewerkschaften oder eine Partei von Berufsrevolutionären sein wolle. Eine eigene Gewerkschaftsorganisation unter Führung Asoka Mehtas wurde gegründet. (Es gibt seitdem drei konkurrierende Richtungsgewerkschaften: kommunistische Gewerkschafts-

ganisationen, sozialistische und Kongreßgewerkschaften.)

Gandhi wurde wenige Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung ermordet, und es folgte die entschlossene Wendung des Kongresses zum Säkularismus, die Ära des west-östlichen Nehru. Die erste Wahlplattform der Sozialisten, die sich von der Kongreßpartei getrennt hatten, für die Wahlen 1951/1952 war eine Mischung aus russischer Agrarpolitik (entschädigungslose Enteignung), labouristischer Industriepolitik (Verstaatlichung und Mitbestimmung) und gandhistischen Zügen (Förderung der dörflichen Handwerker, Töpfer, Korbflechter, Schmiede, Zimmerleute, Netzknüpfer und Dezentralisierung von Verwaltung und Planung). Sie erlitten eine schwere Wahlniederlage. Je mehr der Kongreß selber „sozialistische“ Beschlüsse akklamierte, desto mehr gerieten die Sozialisten in eine sektiererische Randsituation. Die von Nehru gegen erhebliche Widerstände durchgesetzten Beschlüsse der Kongreßparteitage in Avadi 1955 und in Nagpur 1959, die ein „Socialist Pattern of Society“ für Indien proklamierten und Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft vorsahen, wurden als „Meilensteine auf dem Wege der Kongreßpartei zum Sozialismus“ gefeiert, jedoch nie durchgeführt. Gandhi war es vor allem auf die Erweckung und Mobilisierung der Bauern angekommen. Zwischen dem Landvolk und den Regierungsiniciativen liegen heute lange Instanzenwege. Um sie zu überbrücken, ist ein Heer von Dorf-Gemeinde-Helfern, aber mit geringem Resultat, eingesetzt worden. Man hat auch die Institution der alten Dorfräte, des Panchayats, wieder zu beleben versucht und hat sie gesetzlich verankert.

Ein vierstufiges Selbstverwaltungssystem existiert seit 1961 — Dorfräte, Kreisrat, Kreisrätekonferenz und Bezirk —, um die Volksteilnahme an den Entwicklungsprojekten zu organisieren. Diese Anknüpfung an die altindische Einrichtung des Panchayats in den Dörfern ist besonders interessant. Sie liegt auf derselben Linie wie der Rückgriff auf die indianischen Ejidos in Mexiko.

In der Praxis ist unter der Kongreßregierung eine massive Konzentration von Reichtum eingetreten, und das Elend hat zugenommen. Vor der Unabhängigkeit war die Einkommensspanne zwischen Minimal- und Maximaleinkommen 1:110. Heute ist sie 1:320. Die Steuergesetzgebung der Kongreßregierungen begünstigte die Reichen und belastete die Armen. Indirekte Steuern sind in der Zeit von 1945 bis 1960 fast um das Sechsfache erhöht worden, die direkten Steuern dagegen sind kaum angestiegen. Die Politik der Kongreßpartei hat die grundlegende Sozialstruktur unverändert gelassen. Nach dem Tode Nehrus erneuerten die Sozialisten ihre Kampfansage an den Kongreß. Die „Praja-Socialist Party“ (PSP) habe sich, so erklärte ihr Vorsitzender, auf entschlossene Opposition gegenüber der Kongreßpartei und seit dem Mißtrauensantrag gegen das Nehru-Kabinett im Lok Sabha (Bundesparlament) 1963 auch auf die Verdrängung der Kongreßpartei aus ihrer jetzigen Machtstellung festgelegt.

Im Denken der PSP haben nach all den Wahlniederlagen die Wahlkämpfe ihren Vorrang verloren. Außerparlamentarische Massenbewegungen sollen eine gerechtere Verteilung erzwingen und dadurch den Anreiz zur Produktionssteigerung schaffen. Die allgemeine Atmosphäre von

Zynismus und Verzweiflung soll durchbrochen werden. Eine solche Bewegung werde auch, so sagte man, eine neue Führung hervorbringen. Die PSP und die „Sozialistische Partei“ Lohias schlossen sich 1964 zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ zusammen und spalteten sich kurz darauf wieder in ihre beiden Flügel auf. Die erneute Spaltung hat zu einer Schwächung der PSP geführt.

Die „Asiatische Sozialistische Konferenz“, die 1953 unter dem Vorsitz des burmanischen Sozialisten U Ba Swe in Rangun gegründet wurde, hat, seit in Burma General Ne Win die Macht übernahm, ihren Sitz verloren und existiert nicht mehr.

#### Der arabische Sozialismus

In Ägypten ist ein nationalistischer Staatsstreich der „jungen Offiziere“ zum Ausgangspunkt einer weitgehenden sozialen Transformation geworden. Sie nahm ihren Anfang mit der Nationalisierung des Suezkanals am 26. Juni 1956. Im Sommer 1961 folgten einschneidende Sozialisierungsmaßnahmen.

Nasser verkündete das Programm seines „Arabischen Sozialismus“. Rückstände des ersten Jahres des Zehnjahresplanes, der 1960 angelaufen war, sollten „unter den Bedingungen revolutionärer Dynamik“ aufgeholt werden. Im Juli 1961 wurden die Banken, die Versicherungsgesellschaften, die größeren Textilfabriken und die Bergwerke nationalisiert. Gleichzeitig mußten 300 Industriekonzerne die Hälfte ihrer Aktien an die Regierung verkaufen. In 95 Gesellschaften erwarb die Regierung eine Aktienmehrheit, in 158 Gesellschaften die Gesamtheit der Aktien. Viele der ehemaligen Unternehmer der größeren Industriebetriebe arbeiten in

ihren eigenen Fabriken als Manager weiter. Eisenbahnen, Transport, drei Viertel des Außenhandels und ein Viertel des Innenhandels wurden nationalisiert. Die Entschädigungen wurden durch Ausgabe von Wertpapieren, einer Regierungsanleihe mit vierprozentiger Verzinsung, rückzahlbar nach 15 Jahren, bezahlt. Die freien Berufe, das Handwerk, ein großer Teil des Handels, Grundbesitz bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze, die von 80 auf 40 Hektar herabgesetzt wurde, verblieben im Privatsektor der Wirtschaft. Bewässerung und Flutkontrolle sind öffentliche Dienstleistungen. 80 v. H. der Wirtschaft sind Staatssektor. Der Siebenstundentag, ein gesetzlicher Mindestlohn, Verbot von Überstundenarbeit und Schwarzarbeit wurden eingeführt. Krankenversicherung und Altersversorgung wurden den industriellen und landwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen. Es waren diese Juli-Dekrete von 1961, die zum Abfall Syriens von der VAR führten. In Ägypten selbst wurde der Widerstand der Enteigneten durch Verhaftungen und Konfiszierungen niedergeschlagen; die Regierung machte große Anstrengungen, die verelendeten, verachteten und unwissenden Fellachen an die Mitverantwortung heranzuziehen und dem Regime eine organisierte Massenbasis zu schaffen. 1962 wurde zu diesem Zweck die „Sozialistische Arabische Union“, SAU, organisiert. Sie trat an die Stelle der „Nationalen Union“ und ihrer Nationalversammlung. Selbst in dieser gesiebten Nationalversammlung hätten die Juli-Dekrete keine Mehrheit gefunden. „Nichtsozialisten“ sind zur Mitgliedschaft in der SAU nicht zugelassen. Die Offiziersgruppe um Nasser, ergänzt durch einige Vertreter der zivilen Intelligentsia, stellt das Exekutivkomitee.

In ganz Ägypten wurden Gründungskomitees gebildet, deren Mitglieder von den Führungsspitzen ausgewählt waren oder zumindest bestätigt sein mußten. Aus diesem Personenkreis konnte in allgemeinen Wahlen eine Auswahl unter mehreren Kandidaten für die Bezirksleitungen, die aber alle Mitglieder der Staatspartei sein mußten, getroffen werden. Die so gewählten Bezirksleitungen sind zu Provinzialverbänden zusammengeschlossen, und die Provinzialverbände wählen die zentrale Führungsstelle der SAU. Die ganze Konstruktion zeigt, daß Nasser nicht bereit ist, seine Politik dem Votum der analphabetischen Masse der Bauern in freien und direkten Wahlen zu unterwerfen.

Die im Februar 1962 verkündete „National Charter“ schreibt vor, daß die Provinzialverbände und die zentrale Führung der SAU zur Hälfte aus Arbeitern und Bauern bestehen müssen. Zunächst war vorgesehen, daß die SAU nicht mehr als 100 000 Mitglieder haben solle. Nasser wollte eine Eliteorganisation. Sehr bald ist daraus aber eine Massenorganisation geworden. Die revolutionäre Änderung des Arbeitsrechts — so heißt es in der Charter — habe die Gewerkschaften nicht überflüssig gemacht. Die Gewerkschaften hätten im Gegenteil neue wichtigere und umfassendere Funktionen in der Berufsausbildung, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Wahrung der Rechte und Verteidigung der Interessen und in der Teilnahme an genossenschaftlichen Wohnungsbau, an Konsumgenossenschaften und an kulturellen und geselligen Freizeiteinrichtungen zu erfüllen. Die Landwirtschaft wurde nicht kollektivisiert, statt dessen: Die Bauern sind private Eigentümer

ihres Bodens, aber sie werden zu Genossenschaften zusammengeschlossen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen nicht nur Kreditgenossenschaften sein. Sie sollen auch moderne Geräte zur Verfügung stellen und die Produktionsmethoden verbessern. Es ist auch von gemeinsamer Einbringung der Ernten die Rede.

Trotz mancher Fehlschläge und dem Zurückbleiben der Realität hinter dem Plan sind die Leistungen des Regimes bemerkenswert. 1952/53 war das Volkseinkommen 228 Millionen Pfund, 1960/61 war es 1397 Millionen Pfund. 1952 gingen 40 v. H. der Kinder im Schulalter zur Schule, 1962 78 v. H.

### Der afrikanische Sozialismus

Unter den Spielarten des afrikanischen Sozialismus verdient der pragmatische, der durch einen hohen Grad von ideologischer Unbefangenheit ausgezeichnet ist, unser besonderes Interesse. Leopold Senghor in Senegal, Tom Mboya in Kenia und Julius Nyerere in Tansania sind charakteristische Vertreter dieses pragmatischen Sozialismus. Es ist eine aus der Distanz der Stammesrealität zu Europa stammende Unbefangenheit. Die Afrikaner entdecken in ihren Stammestraditionen „Sozialismus“ als bereits vorhanden und als Ausgangspunkt für eine eigenständige anti-kapitalistische Position. Weder die Labour Party noch der Kommunismus oder kontinentaleuropäische Sozialisten seien passende Modelle, wird gesagt. Familienhaftigkeit ist die Grundlage. Was an den afrikanischen Stammessitten brauchbar und gut ist, soll für den sozialen Wandel mobilisiert werden, damit der Übergang zur Geldwirtschaft zu einem Gesellschaftssystem hinführt, das dem Denken der großen Mehr-

heit des Volkes angemessen und dennoch ein wachsendes System ist, ohne daß man dabei an jedem einzelnen Brauch unbesehen festhalten muß. Vieles Neue sei aber vereinbar mit dem Kern der alten Kultur.

Am 8. Mai 1965 hat die Regierung von Kenia ein Weißbuch über den afrikanischen Sozialismus veröffentlicht, das den Gedanken der Übertragung der Sippen-solidarität auf die Nation als Ganzes an den Anfang stellt. Es wird gesagt: Geistesgeschichte und die Geschichte der menschlichen Praxis lehren uns, daß Ideologien und die theoretischen Systeme, die sie unterbauen, starr und unver-söhnlich sind, während alle Praxis sich durch Wendigkeit auszeichnet und oft durch grundlegende Wandlungen. So habe der marxistische Sozialismus und der Laissez-faire-Kapitalismus die Eigen-tumsverhältnisse zum entscheidenden Kriterium gemacht und davon ausgehend starre Systeme des Privateigentums bzw. des Gemeineigentums abgeleitet. „Aber Eigentum ist kein absolutes unteilbares Recht, das entweder nur vollständig oder gar nicht kontrolliert werden kann.“

So berechtigt die Marx'sche Gesell-schaftskritik für seine Zeit gewesen sei, in dem unabhängigen Kenia hätten die historischen Umstände, die die marxisti-sche Theorie hervorriefen, keine Gegen-stücke, die afrikanischen Traditionen keine Parallelen zum europäischen Feu-dalismus, zu der europäischen Klassen-gesellschaft mit ihren uneingeschränkten Eigentumsrechten und ihren Ausbeu-tungsverhältnissen. Zweifellos seien die-se Traditionen von einem Stamm zum anderen Stamm sehr verschieden. Aber in allen Fällen stünden sie in einem scharfen Gegensatz zur europäischen

Tradition; Eigentum an Grund und Boden sei hier niemals ein absolutes unteilbares Bündel von Rechtsansprüchen gewesen. Keine Einzelperson konnte ein Stück Land ihr eigen nennen in dem Sinne, daß sie damit tun konnte, was sie wollte, es bearbeiten oder auch es brach liegen zu lassen. Doch habe auch in Europa wäh-rend des letzten Jahrhunderts das Eigen-tum seine Absolutheit eingebüßt. Das Recht des Staates, zu lenken, zu planen und sogar bestimmte Verwendungsarten für Eigentum anzuordnen, sei heute uni-versell anerkannt. Die Übertragung afri-kanischer Traditionen auf eine moderne Geldwirtschaft, die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu entwickeln und Investitio-nen vorzunehmen, erfordere Kredite; Kredite aber setzen klare Rechtstitel und Registrierung voraus. Deshalb müsse Grundbesitz in Afrika eindeutiger als bisher bestimmt werden, wenn die Kon-solidierung und Weiterentwicklung er-folgreich sein solle. Verschiedene Eigen-tumsformen müßten zugelassen werden, Staatseigentum, Genossenschaftseigen-tum, Kapitalgesellschaften verschiedener Art und individuelles Eigentum. Kenia könne sich diejenigen Methoden auswäh-len, die sich in der Praxis bewährt haben und die sich an die Bedingungen des Lan-des anpassen lassen, unabhängig von den Ideologien, die andere damit verknüpfen mögen. Im afrikanischen Sozialismus sol-le nur die Kontrolle über den Gebrauch, der von dem Eigentum gemacht wird, in den Händen des Staates liegen. Es gebe eine ganze Skala von Kontrollmöglichkei-ten, beginnend mit gar keiner Kontrolle, über Einflußnahme und Lenkung durch Kontrolle einzelner Variablen, wie Preise, Quoten, Löhne, Grundrente, Ertragsbe-schränkungen, Einfuhrzölle, Einkommen-steuer, Subventionen, bis zur absoluten

Kontrolle durch Staatseigentum und Staatsmanagement. Einzelne und kombiniert könnten diese Maßnahmen den Gebrauch von Privateigentum steuern, die Profite begrenzen und die Einkommensverteilung beeinflussen. Entsprechend gebe es dann verschiedene Grade der privaten Teilnahme und Initiativen. — Soweit das Weißbuch der Regierung Kenias.

„Die Nationalisierung ist für uns kein Glaubensartikel“, sagt Tom Mboya, „wie es ‚Artikel 4‘ für die Sozialisten Britanniens gewesen ist.“ Worauf es ankommt, sei, die Dienste und Gelegenheiten bereitzustellen, nicht zu diktieren, wer etwas besitzen solle und wer nicht. Praktisch besitzen sehr wenige Afrikaner privat die industriellen Produktionsmittel. Diese werden — zumindest im Anfang — entweder Staatseigentum oder das Privateigentum ausländischen Kapitals sein.

Der soziale Wandel enthält neben Elementen, die sozialistisch genannt werden können, einen großen kapitalistischen Sektor, der vermutlich eher wachsen als schrumpfen wird. In ihrem Drange, eigene Industrien zu entwickeln, sind die Regierungen der neuen Staaten gezwungen, neue Investitionen ausländischen Kapitals anzufordern und zu begünstigen. Konsum-, Kredit- und auch Produktionsgenossenschaften sind die charakteristischen „sozialistischen“ Institutionen in einer Reihe der neuen Staaten. 1962, ein Jahr vor der Unabhängigkeit, wurde in Kenia das Siedlungsprogramm begonnen. Auf den großen Gutshöfen im Hochland von Kenia, die 400 000 ha umfassen und die in den nächsten fünf Jahren (1963—1968) vom Staat für afrikanische Bauern gekauft und entwickelt werden sollen, sind Produktionsgenossenschaften

vorgesehen. Für durchschnittlich je 4000 ha, auf denen etwa 200 Familien angesiedelt werden können, ist ein verantwortlicher Siedlungsbeamter eingesetzt worden. Die Ausrüstung wurde zentral eingekauft mit Hilfe von Regierungsanleihen, die der Siedlungsbeamte vergibt und überwacht. Hier läßt sich der Übergang zu einer Genossenschaft mit einem gewählten Verwaltungsausschuß, der dann an die Stelle des Siedlungsbeamten tritt und Verkauf, Kauf und Buchführung durchführt, reibungslos vollziehen. Der Übergang kann, wie im Plan des Siedlungsministers vorgesehen, durch große Handelsfirmen gefördert werden, die in der Aufbauphase nach außen als Vertreter und nach innen als Berater der Genossenschaften fungieren. Es ist also ein dreistufiger Übergang vorgesehen; erste Stufe: Die Regierung kauft die großen Güter der weißen Siedler auf, ein Siedlungsbeamter hilft bei der Organisation einer Genossenschaft und setzt die Höhe und Verteilung der für die Ausrüstung nötigen Regierungsanleihen fest; zweite Stufe: Eine Handelsfirma tritt an die Stelle des Siedlungsbeamten, übernimmt Absatz, Buchführung und Beratung der Genossenschaft; dritte Stufe: Ein von den Genossenschaftsmitgliedern gewählter Verwaltungsausschuß tritt an die Stelle der „Handelsfirma“.

Zwischen den Führern des neuen Afrika und der Sozialistischen Internationale wurde 1964 eine Grundsatzdebatte über das Einparteiensystem geführt. Es wurde festgestellt, daß die afrikanische Alternative zum europäischen Sozialismus den politischen Grundsätzen der Sozialistischen Internationale und der ihr angeschlossenen Parteien total widerspreche. Julius Nyerere wies demgegenüber

darauf hin, daß die Geschichte der politischen Parteien in Afrika sich grundlegend von der der europäischen und amerikanischen Parteien unterscheidet. Sie wurden nicht gegründet, um die Machtstellung irgendeiner herrschenden Schicht des eigenen Volkes herauszufordern, sie wurden gegründet, „um Ausländer, die über uns geherrscht haben, abzuschüteln“. Sie waren, genaugenommen, nicht „Parteien“, sondern nationale Volksbewegungen. Auch nachdem die Kolonialherren abgetreten seien, gebe es kein politisches Machtmonopol eines Bevölkerungsteils, das zu widerstrebenden Parteien führen könne. Nur der Wunsch, eine der gegebenen politischen Struktur total unähnliche Gesellschaft nachahmen zu wollen, könne zur Bildung mehrerer Parteien führen. Worauf es ankomme, sei die Demokratie innerhalb des Systems, gleichgültig, ob es Einparteiensystem oder Mehrparteiensystem sei. Die Parteimitgliedschaft müsse einem jeden offenstehen, und jedem Individuum müsse Meinungsfreiheit garantiert sein. Jedes Mitglied der Bewegung müsse das Recht zu kandidieren haben, und die Wähler selbst müßten frei unter den Kandidaten auswählen können. „Wenn das nicht Demokratie ist“, schreibt Nyere, „dann weiß ich nicht, was das Wort bedeutet.“

### Der buddhistische Sozialismus

Die Emanzipationsbewegungen aller Kolonien sind von einer Revitalisierung der eigenständigen kulturellen Tradition begleitet; religiöse Reformationen und Sektenbildung spielen häufig eine wichtige Rolle. Die Erneuerung der religiösen Tradition ist in einer besonderen Weise in den buddhistischen Ländern Südostasiens in Erscheinung getreten, und hier gehört sie nicht nur der Anlaufphase an

— wie im Falle des Gandhismus. Sie ist hier der Kristallisationskern des neuen Nationalismus und eines neuen Sozialismus, weshalb es auch sinnvoll ist, vom buddhistischen Sozialismus zu sprechen statt etwa vom „südostasiatischen“.

Wenngleich beeinflusst vom Marxismus der westeuropäischen Arbeiterbewegung, vom Leninismus der Sowjets und Maoismus der Chinesen, fühlen sich diese „Sozialisten“ keiner fremden und keiner doktrinären Ideologie verpflichtet, sondern knüpfen an ein historisches Modell an: sie glauben in der Sozialordnung des alten buddhistischen Königums das Vorbild für einen modernen Sozialismus zu entdecken.

U B a S w e, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei (SI) — sie ist zur Zeit in Burma verboten —, spricht von einer Synthese aus Buddha und Marx. „Beide sind, genau gesprochen, nicht nur ähnlich. Sie sind in der Tat die gleiche Idee.“ Sie bezögen sich nur auf verschiedene Ebenen. Marxistische Theorie beschäftige sich mit den weltlichen Angelegenheiten und suche den materiellen Bedürfnissen im Leben gerecht zu werden. Die buddhistische Philosophie dagegen sei darauf gerichtet, im Leben spirituelle Zufriedenheit zu erreichen und die Befreiung von dieser irdischen Welt. „Je mehr ich den Marxismus studiere, desto mehr bin ich von der Richtigkeit des Buddhismus überzeugt. ... Unsere Gegner verbreiten ein verzerrtes Bild von unserer Übernahme der marxistischen Ideologie“, sagte U B a S w e, damals Verteidigungsminister in der U N u - Regierung, „außerdem ist der Marxismus erbarmungslos verstümmelt worden von sogenannten Marxisten ... und doch, wenn wir wollen, daß unsere

sozialistische Gesellschaft verwirklicht wird, müssen wir von dem marxistischen Ansatz ausgehen . . . nicht aber von einem Abklatsch des russischen oder chinesischen Musters. Es muß unserer eigenen Umwelt angepaßt werden. Auch die Chinesen konnten nicht einfach das russische Muster übernehmen, aber auch chinesische Methoden haben in Burma keinen Platz."

Der Begriff Sozialismus stammt bei U N u in seinen Inhalten und in der Begründung direkt aus der buddhistischen Sozialethik. In seiner Rede vor dem Parlament 1952 zur Begründung des Gesetzes über die Verstaatlichung des Ackerbodens sagte U N u : „ . . . sowohl die kleinen Gruppen als auch die großen Massen (haben) ihre Zeit damit vertan, fortwährend um materielle Güter, wie Land, zu kämpfen . . . von einer falschen Einstellung zu den Dingen besessen, haben sie das Nirwana vergessen' . . . Eigentum ist nicht zum Behalten da, soll keinen Gewinn bringen. Es soll den Bedürfnissen der Menschen auf ihrem Wege zum Nirwana dienen. Wenn wir die Ausbeutung, Unterdrückung und die Machtkämpfe zwischen den Klassen analysieren, erkennen wir, daß sie auf einer Illusion über den Wert des Eigentums beruhen . . . Käme man zu einer richtigen Bewertung (des Eigentums), so nähme nicht nur der Klassenkampf mit seinem Blutvergießen ein Ende, sondern es finge auch das Nirwana auf Erden an, und es gäbe auch keinen Klassenunterschied mehr zwischen Herren und Knechten."

Wichtige Züge dieser Vision U N u s kann man an der sozialen Realität des heutigen Kambodscha ablesen. Die buddhistische Sozialordnung ist hier, wo unter den Franzosen das Königtum fort-

bestanden hat, fast unberührt erhalten geblieben. Es besteht kein Großgrundbesitz und es gibt keinen Adel. Der Boden ist nicht Privateigentum. Es gibt keine Pächter. Es gab weder die starre Stratifizierung der Kastenordnung Indiens noch die Literatenbürokratie der chinesischen Dynastien. Die Bauernwirtschaften sind nicht größer, als ein Mann mit seiner Familie und den hergebrachten Geräten bestellen kann. Es gibt keine Landarbeiter. Da 80 bis 90 v. H. der Bevölkerung von der Landwirtschaft und in Dörfern leben, existiert für fast die ganze Bevölkerung der Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überhaupt nicht. Der König war nicht nur wie jeder andere an die Gebote Buddhas gebunden, er soll ein Vorbild auf dem Wege der Vervollkommnung sein, im Idealfall ein Bodhisattva, der anderen bei ihrer Selbstvervollkommnung hilft. Der König, d. h. die Regierung oder der Staat, hatte eine Fürsorgepflicht gegenüber allen Staatsbürgern; er soll die Voraussetzungen für die meditative Selbsterlösung des einzelnen sicherstellen, Vorsorge gegen materielle Not treffen, Krankheit bekämpfen, den Mönchsorden beschützen, ein glückliches Land schaffen, die Muße für die geistigen Übungen ermöglichen. Die Einstellungen und Orientierungen des ganzen Volkes sind durch die buddhistische Ethik bestimmt: alle Tätigkeit soll der individuellen Selbstvervollkommnung, Selbsterlösung, der Lösung vom Selbst untergeordnet werden. Für die Volksozialistische Partei (die Sihanuk, der letzte König Kambodschas, gründete, als er auf den Thron verzichtete) gilt der Grundsatz — wie für alle buddhistischen Sozialisten —, die durch Übergang zu industriellen Methoden gesteigerte Produk-

tivität der menschlichen Arbeit diesem Ziel unterzuordnen.

### III.

Dieser Überblick über die Haupttypen von Sozialismus als einer Entwicklungs-ideologie in der dritten Welt zeigt, daß die Ideologien durchaus nicht gegenstandslos sind, sondern in den realen Problemen der Industrialisierung dieser Länder und ebenso in ihrer soziokulturellen Geschichte wurzeln. Bei näherem Hinsehen zeigt sich sogar, daß die von uns hier betrachteten Entwicklungssozialisten recht undoktrinär verfahren und einen hohen Grad von Pragmatismus zeigen. Das gilt insbesondere für die Apriisten Lateinamerikas, für die afrikanischen und die buddhistischen Sozialisten.

Die afrikanische Distanz zum Abendland und zu den abendländischen revolutionären Ideologien ist offensichtlich größer, als dies im angelifzierten Indien der Fall ist oder auch in dem von iberischen Traditionen geprägten Lateinamerika. In Kenia hat Tom Mboya den Unterschied zwischen pragmatischer Einstellung und ideologischen Bindungen herausgestellt und klar formuliert. Gegenüber der weitergehenden kapitalistischen Durchdringung des afrikanischen Kontinents erscheint aber die Idee Senghor's, Nyereres und Mboyas, den afrikanischen Sozialismus aus der Lebensform der Stammesgemeinschaft zu entwickeln, als reine Romantik. Nur soweit diese Gemeinschaften überwiegend agrarisch bleiben und nur solange die Industrialisierung in den ersten Anfängen steckt, sind Anknüpfungspunkte dieser Art real vorhanden. Von der Stammesgemeinschaft zur Afrikanisierung der Gru-

benverwaltungen und zu einer tatsächlichen Besitznahme der Bodenschätze ist ein weiter Weg. Die Stammesgebundenheit steht der nationalen Integration im Wege und bringt eine übermäßige Verengung der Loyalitätsbeziehungen und des Lebenshorizontes mit sich. Dennoch steckt in den Überlegungen der Entdecker der „Négritude“, der Autoren einer afrikanischen Selbstbesinnung, ein wichtiger substantieller Kern, der in der afrikanischen Situation einen tatsächlichen Anknüpfungspunkt hat: Die afrikanische Tradition ist von Grund auf kollektivistisch. Individualismus, das Prinzip des privaten Interesses sind in ihr unbekannt. Selbstführenden afrikanischen Persönlichkeiten und Staatsmännern ist es nicht gelungen, sich vollständig in individuelle Persönlichkeiten umzuwandeln: sie bleiben bis zu einem gewissen Grade stuppen- und stammesgebunden. Da alle ihre Anverwandten an Sippe und Stamm gebunden sind, würden sie riskieren, diese zu verletzen und ihre Fafülle zu verlieren. Die afrikanischen Sozialisten wenden sich aus einer Situation, die vor der Individuation liegt, gegen eine kritiklose Übernahme des europäischen Individualismus. Anders die buddhistischen Sozialisten Südostasiens; sie sind individualistische Anti-Individualisten. Es gibt Religionswissenschaftler, die dem Buddhismus wegen seines individualistischen Ansatzes jede Sozialethik absprechen. In bezug auf den Buddhismus muß gesehen werden, daß der Rückgriff auf die religiöse Tradition mehr ist als die Berufung auf den Islam in Nassers „arabischem Sozialismus“, mehr als eine propagandistische Formel oder ein abstraktes ideologisches Symbol. In den buddhistischen Volkskulturen Südostasiens haben die religiösen Impulse zu der politischen

Erneuerung spezifische Inhalte beigetragen. Hier wird nicht die Nation durch eine säkularisierte Verdünnung der religiösen Überlieferung definiert, sondern die gelebte und erneuerte Überlieferung speist das Nationalbewußtsein. Es gilt für die Länder des buddhistischen Königstums — verglichen mit dem Ägypten Nassers — ein genau umgekehrtes Verhältnis von nationaler Ideologie und religiöser Überlieferung. Blickt man auf die buddhistische Erneuerung als Ganzes, so ging sie der Nationwerdung um Jahrzehnte voraus und kam mit der nationalen Unabhängigkeit zum Durchbruch. In der arabischen Welt dagegen war und ist Nationalismus das primäre, und er wird schwerlich eine Erneuerung des Islam herbeiführen; es ist wahrscheinlicher, daß die Säkularisierung und Ideologisierung bis zur Auflösung der meisten seiner Inhalte fortgesetzt werden wird.

Der offizielle Säkularismus der Kongreßpartei ist nicht nur eine Folge der religiösen Spaltung Indiens, der Anwesenheit einer islamischen Minderheit. Es gibt im buddhistischen Burma die baptistischen Karens, in Vietnam Katholiken. Der tiefere Grund liegt im Charakter des Hinduismus selbst: in seinem Partikularismus, den Kastenschranken, die keinen universalen Anspruch zulassen, in seiner diffusen Maßlosigkeit, den phantastischen Wucherungen, der Idolatrie, der Auflösung aller Konturen in einen schwebenden Gefühlszustand. Damit verglichen, sind die radikale Vereinfachung des islamischen Monotheismus und die rationalistische buddhistische Lehre vom Leiden nüchtern und down to earth.

In allen diesen politischen Bewegungen gibt es ein Element konservativer Restauration: die Anknüpfung an vorkolo-

niale Leitbilder — mit Ausnahme vielleicht des „arabischen Sozialismus“. Die Anknüpfung an die indianischen Ejidos Lateinamerikas, an das indische Panchayat, an die Bindung an die Ackergemeinde in Vietnam, an den Kollektivismus des afrikanischen Stammesverbandes, überhaupt: die dörfliche Autonomie als „basic democracy“ wirft die Frage auf: Was kann an Einstellungen, Motivationen, Orientierungen und Normen aus diesen institutionellen Formen in die industrielle Organisation hinübergerettet werden? Sind das nicht alles konservative Utopien? Ihre Ähnlichkeit von Kontinent zu Kontinent ist frappierend. Sie erinnern übrigens an eine andere Utopie: an die russische Räte-Utopie, die nach kurzem Anlauf scheiterte. Der Rückgriff auf die Ejidos in Mexiko und Peru, auf das Panchayat, die Dorfräte, in Indien, in Nepal und in gewisser Weise auch in Pakistan hat die Räte-Utopie als eine vorindustrielle Ideologie entschlei-ert. In einigen Ländern Lateinamerikas und Asiens aber ist dies nicht bloß Utopie oder Ideologie, sondern auch eine tatsächliche Anknüpfung an bestehende institutionelle Formen.

Ganz unabhängig davon, welche Veränderungen die überlieferten institutionellen und symbolischen Formen im Verlauf der Industrialisierung durchmachen werden, bleibt die zentrale Frage — insbesondere für Asien —, ob der Übergang zur Industrie die Übernahme des europäischen Individualismus voraussetzt. Es gibt wenig Anzeichen für eine Bereitschaft dazu, und dies ist der Kern dessen, was in diesen Ländern unter „Sozialismus“ verstanden wird.

### Liberalismus als politisches Ordnungsprinzip

Erhard Eppler

Am 24. November 1903 sprach Friedrich Naumann in München zum Thema „Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie“. Naumann, damals 43 Jahre alt, war erst seit wenigen Monaten Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, einer linksliberalen Gruppe, nachdem sein christlich-soziales Experiment an den Realitäten der evangelischen Theologie, sein national-soziales Experiment an den Realitäten des Wahlgesetzes gescheitert war. Der neugebackene Liberale stellte sich die Frage, warum die liberalen Parteien in Deutschland in den Jahren 1878 bis 1884 so unbarmherzig dezimiert worden seien und warum sie ihre frühere Machtstellung seither nicht mehr erreicht hätten. Er nennt drei Sündenfälle: Zustimmung zur Schutzzollpolitik, die Mitarbeit an den Sozialistengesetzen und die Haltung der Liberalen im Kulturkampf: „Dieser Kampf ist die Ouvertüre zum neuen Deutschen Reiche gewesen, und in dieser Ouvertüre verlor ein Teil des Liberalismus seinen liberalen Kamerton und wurde durch den Kampf unliberal . . . Denn ein Teil des Liberalismus half mit, daß zweierlei Recht geschaffen wurde, ein Teil half mit, daß Märtyrer gemacht wurden.“

Man kann Friedrich Naumann manches vorwerfen, sicherlich nicht eine besondere Vorliebe für die katholische Kirche. Naumann warf eine Frage auf, die — wie die meisten, die er seinen Zeitgenossen vorlegte — für manche Leute noch heute schwer verständlich ist. Sie lautet: Will sich der Liberalismus verstehen als Ideologie oder als politisches Ordnungsprinzip? Im Kulturkampf hatte er sich verstanden als Ideologie, als Weltanschauung im modernen Sinne. Also war ihm alles recht, was gegen eine andere Weltanschauung, die katholische, unternommen wurde. Eine Ideologie kämpfte wider die andere. Die Mittel waren der Härte des Kampfes angemessen. Daß der Liberalismus damit übrigens genau dem Bild entsprach, das im „Syllabus errorum“ von 1864 entworfen worden war, sei am Rande vermerkt.

Naumanns Einwand gegen diese Haltung war: Hättet ihr Liberalismus als politisches Ordnungsprinzip verstanden, so hättet ihr sagen müssen: Wir treten ein für die Freiheit des Individuums gegenüber allen Autoritäten, aber genauso für die Freiheit der einzelnen Gruppen gegenüber dem Staat. Sondergesetze gegen einen Teil der Staatsbürger — etwa der Katholiken — widersprechen dem liberalen Ordnungsprinzip. Wer immer in diesem Lande in seinem legitimen Entfaltungsspielraum eingeschränkt wird, findet die Liberalen auf seiner Seite.

Man versuche nicht, eine solche Vorstellung von Liberalismus als theoretisches Gespinnst abzutun. In den angelsächsischen Ländern ist Liberalismus immer

mehr politisches Ordnungsprinzip als ideologische Ersatzreligion gewesen. In Großbritannien hatten sich von Anfang an Kräfte aus den Freikirchen bei den Whigs engagiert, in den USA wurden Staat und Kirche schon getrennt, als in Deutschland Katholiken und Protestanten sich noch gegenseitig totschlügen. Also gab es dort keinen Anlaß für politisch-religiöse Frontenbildungen.

Anders in Deutschland: Hier wirkte die Allianz von Thron und Altar verhängnisvoll. Wer als Liberaler ein Parlament, eine Miliz oder ein Schwurgericht haben wollte, bekam es — besonders im protestantischen Deutschland — nicht nur mit dem Landesherrn zu tun, sondern auch mit der Landeskirche, deren Oberhirte der Landesfürst als Summus Episcopus war. Und wer mit seiner Kirche nicht zufrieden war, hatte nicht nur mit dem Landesbischof, sondern automatisch auch mit den Landesherren zu tun. Die Verbindung von Thron und Altar provozierte die Verbindung des politischen und des religiösen Protests. Wer ein treuer Sohn der Kirche sein wollte, war kein Liberaler, und ein politisch Liberaler wurde nicht als vollwertiges Glied seiner Kirche anerkannt. Die deutschen Parteien formierten sich als Weltanschauungsparteien. Den Liberalen standen die protestantisch-kirchlichen Konservativen gegenüber, nach dem Kulturkampf auch das katholische Zentrum. Bei den Sozialdemokraten wiederholte und verstärkte sich die Haltung des liberalen Protests. Dem kirchlichen „Ohne euch“ setzten sie ihr trotziges „Ohne uns“ entgegen. Das Godesberger Programm der SPD von

1959 ist an einer Stelle revolutionär, auch wenn man es lange nicht bemerkt hat. Hier sagt zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine große Partei von sich: Wir verstehen uns nicht mehr als Weltanschauungspartei, sondern als politische Programmpartei. Wir haben keinen Missionsauftrag, weder für noch gegen eine Kirche. Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Wir haben eine politische Ordnungsfunktion. Wir haben dafür zu sorgen, daß alle Kirchen und religiösen Gruppen sich in einem möglichst großen Spielraum frei entfalten können, ganz gleich, ob sie uns gefallen, ganz gleich auch, ob sie uns mögen und wie sie uns behandeln. Kurz: Dieses Programm versucht, die Aufgabe einer politischen Partei in der modernen pluralistischen Gesellschaft zu Ende zu denken.

Das war ein kühner Schritt in einem Volk, das seit 150 Jahren in ideologisch-politischen Fronten zu denken gewohnt ist. Daher wurde die SPD von Katholiken immer wieder gefragt, wo denn die religiöse Fundamentierung ihres Programms sei. Daß eine politische Partei bewußt auf eine religiöse Fundamentierung verzichtet, um der pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden, daß sie sich bewußt auf den Bereich des „Vorletzten“ beschränkt, weil das Gewissen des Menschen dem Staate vorgegeben ist, all das war so ungewohnt, daß man oft in Polemik auswich. Aber während die Katholiken fragten, was denn nun die freie Partnerschaft zwischen Staat und Kirche in der Praxis bedeute, wurden die „Liberalen“ erst wach, als es an die Praxis ging. Liberalismus als politisches Ordnungs-

prinzip der pluralistischen Gesellschaft war für sie unverständlich; gemessen an ihren ideologischen Kategorien, war das „Verrat an Grundsätzen“. Und so verlor mancher Liberale auch diesmal wieder seinen „liberalen Kammerton“ und wurde unliberal, als er das Wort „Konkordat“ hörte. Dabei haben die wenigsten dieses Konkordat für Niedersachsen je gelesen. Es genügt, daß ein „Liberaler“ kein Konkordat schließt. Man gibt dem „Gegner“ keine Garantien; man räumt keine Stellungen, auch dann nicht, wenn der andere bereit ist, aus den Schützengräben des kalten Kulturkampfes herauszukommen. Daß eine politische Partei in einer pluralistischen Gesellschaft eine Kirche weder als Verbündeten noch als Gegner, sondern eben als Partner betrachten kann, ist für sie unverständlich. Für die Weltanschauungsparteien werden die Kirchen notwendig entweder Verbündete oder Gegner sein, weil Partei und Kirche dann auf der gleichen Ebene wirken. Für die politische Partei werden Partei und Kirchen, eben weil sie auf verschiedenen Ebenen wirken und also in keinem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, freie Partner für ein sachliches Gespräch sein.

Demokratie ist undenkbar ohne den Respekt vor der Mehrheitsentscheidung. Wenn 51 v. H. der Abgeordneten eine Steuer beschließen, müssen alle Staatsbürger diese Steuer bezahlen, auch wenn ihnen das garnicht paßt. Wenn aber 51 v. H. der Abgeordneten für die Konfessionsschule votieren, müssen dann alle Eltern ihre Kinder in eine Konfessionsschule schicken? Und wenn dann später

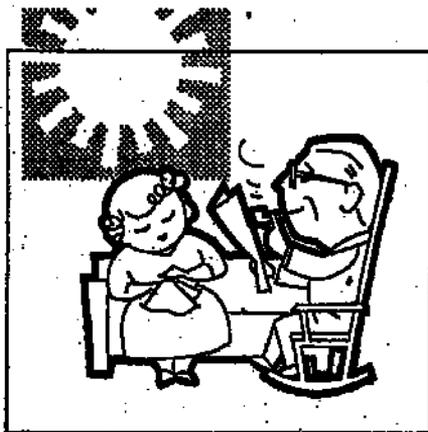
— oder anderswo — 51 v. H. der Parlamentarier für die Gemeinschaftsschule sind, müssen dann alle Kinder in eine Gemeinschaftsschule gehen? Im Grunde stellen sich alle reinen Ideologen Schulpolitik so vor, die katholischen wie die liberalen. Wer aber nicht missionieren will, weder für noch gegen eine Kirche, wer ordnen will, wird nicht versuchen, der Minderheit den Willen der jeweiligen Parlamentsmehrheit aufzuzwingen.

In einer Schulpolitik im Sinne eines liberalen Ordnungsprinzips werden die Grenzen der freien Entfaltung einer Gruppe gesetzt durch das, was man der Minderheit zumuten kann, und das, was dem Allgemeinwohl zuträglich ist. Daß in der Bundesrepublik die Gemeinschaftsschule die Regelschule sein muß, ergibt sich einmal daraus, daß die meisten Staatsbürger — und damit auch die meisten Eltern — diese Schule „für Schüler aller Bekenntnisse“ wollen. Zum anderen aber auch aus der Tatsache, daß diese Schule im allgemeinen für alle Gruppen am ehesten zumutbar ist, schließlich aber auch daraus, daß sie, besonders in ländlichen Gebieten, die am besten gegliederte und damit leistungsfähigste Schule sein wird. Ob sie „an sich“ die beste Schule sei, ist eine Frage, über die sich Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener Weltanschauung nie einig waren und wohl nie einig werden. Aber diese Frage ist politisch irrelevant. Es kann nicht Sache des Politikers sein, den einzelnen Staatsbürger darüber zu belehren, was er für seine religiösen Pflichten zu halten habe. Was jemand als religiöse Pflicht ansieht, hat er mit seinem Gewissen und

seiner Kirche auszumachen. Dem Staate wird nichts anderes übrigbleiben, als sich an diese Willenserklärung seiner Bürger zu halten.

Wenn es also eine Gruppe gibt — bei uns ist es vor allem die katholische —, die eine andere Schule haben will als die Regelschule, so wird man ihr das Recht dazu nicht versagen können, vorausgesetzt, daß damit anderen Gruppen nichts Unzumuthbares aufgebürdet wird und weder die Leistungsfähigkeit des Schulsystems im ganzen noch die einzelnen Schulträger darunter leiden müssen. Das ist der Maßstab. Man mag ihn strenger oder großzügiger anwenden, in jedem Fall ist es ein politischer Maßstab, kein ideologischer.

Ob das Niedersachsenkonkordat und die Novelle zum niedersächsischen Schulgesetz diesem liberalen Ordnungsprinzip in allen seinen Bestimmungen entsprechen, mag Gegenstand sachlicher Diskussion sein. In manchen Punkten, vor allem dem der De-facto-Schulen, wird wohl erst die praktische Anwendung ein endgültiges Urteil zulassen. Entscheidend aber ist, daß man politische, nicht ideologische Maßstäbe anlegt: Über Politik kann man diskutieren, über Ideologie nur streiten. Das historisch Bedeutsame am Niedersachsenkonkordat ist, daß die deutsche Öffentlichkeit dadurch endlich gezwungen wird, sich der Frage Naumanns zu stellen: ob Liberalismus Ideologie sei oder politisches Ordnungsprinzip.



Zur Altersrente hochwillkommen  
ist zusätzliches Mehreinkommen.  
Wer klug ist, denkt schon heute an morgen!  
Versichert sein, heißt vorzusorgen.

Alte Volksfluefuge

50

HAMBURG · AM DEHALETER  
An allen größeren Plätzen durch Geschäftsstellen  
und überall durch Mitarbeiter vertreten.

## Mit den Demoskopern leben

Das Gallup 1948 bei der Truman-Wahl einen Sieg Deweys vorausgesagt hatte, ist bis heute nicht vergessen. Nachhaltiger aber noch dürfte sich das Desaster auswirken, das die deutschen Demoskopern sich anlässlich der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag bereitet haben.

Um jedem Vorwurf einer eventuellen Wahlbeeinflussung zu entgehen, hatten die Institute Emnid und Allensbach verabredet, nach dem August keine Befragungsergebnisse mehr zu veröffentlichen. Aber Emnids Septemberergebnis wurde dann doch einige Tage vor der Wahl publiziert. Und in einem am 17. September erschienenen „ZEIT“-Interview sagte die Allensbach-Chefin, Frau Noelle-Neumann, es werde sie nicht wundern, wenn diesmal die SPD gewinne.

Ganz dichtgehalten haben also beide nicht. Da nun aber Emnids Septemberergebnis genau dem vom August entsprach und einen Gleichstand der Großen (45:45 bei 7 v. H. FDP) voraussagte, verleitete Frau Noelle-Neumanns Interview zu ähnlichen Erwartungen. Um so sensationeller wirkte es, als zu Beginn der Wahlnacht Allensbach plötzlich die CDU/CSU mit 49,5 v. H. vor der SPD mit 38,5 v. H. sah.

Was war passiert? Erich Mendel vermutete arglistige Täuschung. Und er schien darin bestätigt, als Dufhues lächelnd sagte, die CDU habe das Kopf-an-Kopf-Gerede garn gehört, habe es doch ihre letzten Wählerreserven mobilisiert. Zudem verkündete Herr Neumann (mit schwerer Zunge), sein Allensbach-Institut habe dem Sieg der CDU schon seit langem vorausgesehen.

Jetzt wäre rasch eine exakte Darstellung nötig gewesen, um das geschwundene Vertrauen in die Demoskopern wiederherzustellen. Aber Emnid bekannte nur, mit den Recherchen zu früh aufgehört und wohl auch sonst mit unzureichenden Methoden gearbeitet zu haben. Warum es sein Septemberergebnis vorzeitig veröffentlicht hatte, verriet das Institut nicht.

Frau Noelle-Neumann gab an, das „ZEIT“-Interview sei von ihr bereits am 4. September gegeben, „aus Aktualitätsgründen“ aber erst am 17. September veröffentlicht worden. Und sie sagte anschließend zwei sehr verschiedene Dinge: einmal, daß auch sie den Trend zugunsten der CDU erst am 16. September erkannt habe, zum andern aber, daß der Meinungsumschwung zuungunsten Willy Brandts schon sechs Wochen vor der Wahl deutlich geworden sei.

Was nun? Die Wickert-Institute in Tübingen erwiderten dem Kölner Soziologen Scheuch, der Fragebogen verschickt hat, um die Arbeitsmethoden der demoskopischen Institute zu überprüfen, zunächst sollten einmal die Besitzverhältnisse der Institute offengelegt werden. „Machen wir uns doch nichts vor: Dort liegt des Pudels Kern, aber kaum bei methodischen Fragen!“

So wird es wohl sein. Doch natürlich werden diejenigen, die mit mehr oder minder zulänglichen wissenschaftlichen Methoden letztlich aufs Geschäftemachen angewiesen sind, ihre Bilanzen kaum vorzeigen wollen. Wir werden also mit den Demoskopern leben müssen, so wie sie sind.

Das Divo-Institut, das seine Umfrageergebnisse nicht veröffentlichte, weil es den Professoren Scheuch und Wildenmann zu einem Experiment zur Verfügung stand, hat stets — wie man jetzt erfährt — einen kräftigen Vorsprung der CDU vorausgesagt. Dazu Wildenmann: „Wir haben statt mit dem Quotaverfahren mit einer Zufallsauswahl der jeweils Befragten gearbeitet. Das ist die bessere Methode.“ Mag sein. Bestimmt aber ist die von Geschäftsinteressen nicht eingeengte wissenschaftliche Freiheit vorzugswürdig. id

## 1975

Vor einem halben Jahr gab der Abgeordnete Ulrich Lohmar die Studie „Deutschland 1975“ heraus, eine Arbeit, an der mehr als 50 Wissenschaftler mitgewirkt hatten. Willy Brandt schrieb ein Vorwort dazu.

Noch vor den Wahlen nun erschien die der CDU nahestehende Zeitschrift „Die politische Meinung“ in einem Doppelheft, das sich gleichfalls den nächsten zehn Jahren der deutschen Politik widmet. Das Vorwort dazu schrieb Ludwig Erhard. Welch ein Zufall!

Die Tatsachen, die „Die politische Meinung“ mitteilt, stimmen mit den in „Deutschland 1975“ enthaltenen weitgehend überein. Man brauchte sie ja auch nur daraus zu entnehmen. In der Bewertung der Tatbestände und der Aufgaben in der Technik und Ausbildung, in der Sozialpolitik und im Gesundheitswesen, in der Raumordnung und Regionalpolitik gehen beide Studien allerdings auseinander. Die Mitarbeiter Erhards hatten sich wohl mit Rücksicht auf die Wahlen nicht dazu entschließen können oder dürfen, ihren liberal-konservativen Wohlstandsoptimismus einmal beiseite zu lassen. Dennoch sind viele ihrer Vorschläge ungleich vernünftiger als das, was uns Erhard in seiner Regierungspraxis geboten hat. Er muß wohl keine Zeit gefunden haben, die Schrift genau zu lesen, bevor er sein Vorwort dazu schrieb. Aber das war kein Schaden. T.

## Einheitslisten

Der Westdeutsche Rundfunk wies in einer seiner zeitkritischen Sendungen auf einen Tatbestand hin, den wir bisher wohl allzu unbekümmert hingenommen haben. In Nordrhein-Westfalen sind 12 v. H. der kommunalen Parlamente, in Niedersachsen, Hessen und Schleswig-Holstein zwischen 40 bis 50 v. H. der örtlichen Volksvertretungen auf Grund von Einheitslisten gewählt worden. Das eine Mal gab es nur eine SPD-Liste, im anderen Falle lediglich eine der CDU, und wieder woanders haben sich Bürgervereinigungen gebildet.

Der WDR fand, das dürfe so nicht bleiben. Zu einer Demokratie gehöre schließlich die Chance des Widerspruchs, und bei Einheitslisten sei das nicht mehr möglich. Das ist in der Tat so. Zwar finden sich auch die verschiedenen Fraktionen in den Gemeinden,

wo nicht nach Einheitslisten gewählt wird, meist zu einer friedlichen und fruchtbaren Arbeit zusammen. Aber der Bürger kann sich wenigstens überlegen, welche der im Wettbewerb stehenden politischen Gruppen er unterstützen will. Einheitslisten sind ein Unfug. Mehr noch: Sie sind nicht demokratisch und sollten also auch nicht länger erlaubt sein. —I

## Deutsch in Ost und West

Die Schwierigkeiten, sich gelegentlich nur mehr in der gleichen, nicht in derselben Sprache verständigen zu wollen, wurden bei vielen Ost-West-Begegnungen deutlich. Das beginnt schon beim Inhalt äußerlich identischer Worte, die sich in Ost und West verschoben haben, was aber auch andere gesellschaftliche Strukturen bei anderen Begriffen bewirkten: So läßt sich das Wort „Schweizer“ unterschiedlich interpretieren, wenn ein römischer Kardinal die päpstliche Wache meint, während ein westfälischer Bauer damit den Melkmeister bezeichnet und ein dritter darunter den Staatsangehörigen der Schweiz versteht.

Das Deutsch der Nachkriegszeit war in mehrfacher Hinsicht einer Analogiebildung unterworfen; einmal der Analogie zur Fremdsprache der Besatzer, zum anderen, da ja die gesamte staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Struktur analog den jeweiligen Modellen USA und Sowjetunion gebildet wurde, sprachlichen Reflexen auf diese Basisanalogien. Beides geht ineinander über.

Zweifellos ist der Einfluß angelsächsischen Sprachgutes, vom Texter, Bestseller, Manager und Babysitter bis zum Fan oder Twen, wesentlich stärker als etwa die durch russische Sprachpartikel. Bezeichnend ist aber, daß in der Sowjetzone viel mehr institutionelles übernommen wurde, daß — mit anderen Worten — diese Veränderung viel mehr an die Substanz ging als die „Umerzählung“ im Westen.

Bei einer vergleichenden Analyse finden wir allenthalben manche äußerlichen russifizierten Versatzstücke der Sprache; Diver-

sant, Initiator, Kombinat, Intelligenz als soziale Schicht. Der Einfluß der russischen Besatzungsmacht hat sich aber ganz besonders in wesentlichen Umdenk- und Umformulierungsvorgängen niedergeschlagen. So ist eine „Station“ nicht mehr ein Durchgangstadium, etwa für einen Zug, sondern nunmehr ein ständiger Sammelort, etwa für Traktoren; das mit der Behandlung von offenbar unzuverlässigen Typen beauftragte Regierungsbüro nennt sich „Staatssekretariat für Hochschulwesen“; Perspektive ist nicht mehr etwas, das sich verengt, sondern ein „Ausblick“ zwangsläufig positiver Natur und fern von architektonischer Urbedeutung, ein eschatologisches Tabuwort geworden. Da bekanntlich die „tonangebende“ Schicht der Funktionäre aus der sowjetischen Emigration heimkehrte, ist natürlich die offizielle Parteisprache von zahlreichen Klischees durchsetzt, die direkt aus dem Russischen übernommen wurden: „Die Frage steht so . . .“, oder „das Problem aufzeigen . . .“. Auffallend sind die merkwürdigen Doppelbildungen, denen offenbar als kleinstädtischer Schnittmusterbogen der „Kunstmaler“ zugrunde liegt: Künstlerpersönlichkeit, Volksheld oder gar Grundelement. „Blechernes Blech“ sagte dazu der Lehrer in der Schule. In diese Kategorie gehören auch die Genitivbildungen, die Ulbricht sehr häufig verwendet. Er spricht zum Beispiel von: „den hemmenden Erscheinungen bei der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des gesellschaftlichen Fortschritts des Aufbaus des Sozialismus“. Das ist Deutsch im schlechtesten Sinne.

Wenn Worte nur nicht so verräterisch wären! Die Mischung aus militärischer und wirtschaftlicher Kommandosprache ist geradezu typisch für die Sowjetzone, ihre Gewalttätigkeit ist unüberhörbar. Man spricht dort von der „Aneignung des kulturellen Erbes“ und von der „künstlerischen Bewältigung unserer Vergangenheit“. Das ist sicher ebenso bedenklich und verräterisch wie der bedauernde Terminus „Zusammenbruch“ für das Ende der Naziherrschaft im Mai 1945.

Sprachgestus ist vermitteltes Weltgefühl. Während der Angelsachse der Welt und ihrer Erkennbarkeit eher skeptisch gegenübersteht und sein Vertrauen in das Wort begrenzt ist, zeigt sich im Russischen eine dem Romanischen ähnliche Wortlust, ein Wort- und Weltvertrauen. Doch das hat sich in der Sowjetzone zu Schwulst und Manierismus degeneriert. Freude am Superlativ, Vokalreichtum, die häufige Anwendung von „groß“ oder „schön“, von „einst“ oder „zukünftig“, von „gewiß“ oder „ohne Frage“ prätendiert eine vorgebliche Sicherheit und Macht über die Welt. Quasi säkularisierte dialektische Gegensatzbegriffe (Liebe und Leid, Vergessen und Sichfinden etc.) laugen die Sprache aus und entspannen sie. Folgerichtig heißt drüben „Sinn und Form“, was sich hüben zaghaft „Akzente“ nennt.

Es ist weder beabsichtigt, den stilistischen Karatgehalt der Ulbricht-Reden, aus denen viel substantiviertes Machtgefühl tönt, zu prüfen noch sprachliche Stelzen wie „das Problem besteht in der Schaffung der Einheit“, oder seinen Griff in den Staub des kleinstädtischen Vertikos — „unsere Shakespearforschung genießt einen guten Ruf“ — zu zitieren, sondern allein das Sprachmaterial zu untersuchen. Dabei fällt allerdings auf, daß sich Ulbricht und seine Genossen mit Vorliebe auf das Bombast-Podest der Substantiva flüchten. Ständig ist daher die Rede von Entwicklung, Auseinandersetzung, Entfremdung, Verantwortung, Forderung, Orientierung, Gestaltung. Sie verraten Unsicherheit im Denken, getarnt als Sicherheit.

Ulbrichts Pseudosicherheit verführt ihn, ex cathedra zu sprechen. Er redet nur von „wir“ und „ich“: „Wir wünschen von den Schriftstellern und Künstlern . . .“, „Das fordern wir von ihm . . .“, „Wir sehen in Künstlern und Schriftstellern . . .“ Freilich: dies ist längst nicht mehr die Sprache der Debatte, des Überlegens, sondern nur die der Dekrete und Überlegenheit! Eine der am häufigsten gebrauchten Vokabeln ist „Volk“. Das liest sich dann etwa so: „Die große

Aussprache hat breite Kreise des ganzen Volkes erfaßt und festumrissene Formen angenommen." Das ganze Volk also wird in breiten Kreisen erfaßt, wie von einer Naturkatastrophe. Die grammatische Passivform verrät eine Ideologie. Indes: Gerade in der Sprache verrät Ulbricht, dem von der Blümchentapete bis zum Kinderkopf streichen nichts so wichtig ist wie „volksverbunden“ zu sein, seine wirkliche Distanz! Das Volk ist ihm tatsächlich so fern wie Gott. Man lese nur diesen Satz: „Heute diskutiert man im Volk über die Gegenwartsliteratur.“ Solche Sprachlogik unterscheidet sich in nichts von der Anweisung eines Fabrikdirektors, wenn er sagt: „Geben Sie den Leuten heute eine Stunde früher frei!“ Überhaupt offenbaren viele Passagen der Ulbricht-Reden ganz eindeutig hierarchisches Denken und hierarchische Ausdrucksweise. Einmal ist davon die Rede, „das Schaffen der Künstler mit der Arbeit der Leitungen von unten bis oben“ zu verbinden, an anderer Stelle von „den Ideen und der Linie von oben“.

Unvergleichbar ist zwar der Militarismus der Sprache in Mitteldeutschland, aber mindestens ebenso bedenklich wie die Produktion von Spielzeugtanks erscheint die Aufforderung an die „Arbeiter und Bauern, die Höhen der Kultur zu erstürmen“ und „von den Höhen der Kultur Besitz zu ergreifen“, oder jener Satz, mit dem Ulbricht seine Ausführungen auf der Bitterfelder Konferenz beschloß: „Wir haben eine höhere Ausgangsposition für die Weiterentwicklung der sozialistischen Nationalkultur erreicht.“

Das Sprachgitter ist undurchlässig für unbeauftragtes, nichtfunktionärrhaftes Denken, kurz: für das Individuum. Individuell jedoch bedeutet „der Eigenart des Einzelwesens entsprechend“, „ihm eigentümlich“, und dafür ist selbstverständlich im Jargon der Funktionäre kein Platz.

Mitunter scheint es, daß die Marxisten im unfreien Teil Deutschlands doch stets ein ungutes Gefühl beschleichen müßte, wenn sie einmal nur darüber nachdenken, wie sehr

die marxistische Sprachwissenschaft doch recht hat, wenn sie den Oberbau-Charakter der Sprache betont und die Sprache nicht nur als eine Paläontologie des Geistes, sondern auch als eine des jeweiligen Gesellschaftszustandes definiert. K.

## Kommißgeist?

Professor Dr. Möbus, der verstorbene Leiter des wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrstabes der Bundesweherschule für Innere Führung, hatte kurz vor seinem Tode die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß sein Stab den Militärs unterstellt werden sollte. Er erklärte, daß er in der Tatsache der Aufhebung des Prinzips der Zusammenarbeit von Zivilisten und Soldaten ein Zurückfallen hinter den Geist und die Gesinnung, die in den ersten Jahren den Aufbau der Bundeswehr bestimmt hätten, sehen müsse. Möbus warnte davor, die Armee zu einem Selbstzweck zu machen; sie werde sich dann unweigerlich isolieren.

Professor Möbus ist nicht irgendwer. Er gehörte zu den mehr konservativen christlichen Demokraten, die beim Aufbau der Bundeswehr ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatten. Wenn selbst er die Flucht in die Öffentlichkeit antrat, dann muß man sich fragen, ob die Bundeswehrführung ihren Traditionserbiaß, der sich vornehmlich auch mit der inneren Führung befaßt, überhaupt ernstgenommen hat. Sollte das der Fall sein, dann bliebe die weitere Frage, ob die Führung sich noch in der Lage sieht, mit offensichtlich starken restaurativen Kräften in ihren eigenen Reihen fertig zu werden. In jedem Fall hat der neue Bundestag Anlaß, sich unverzüglich mit dieser Sachlage zu beschäftigen. Übrigens fände auch der Wehrbeauftragte des Bundestages hier ein dankbares Betätigungsfeld. —r

## Verdienste

Der Bundespräsident hat wieder einmal eine Reihe von Jubilaren ausgezeichnet, die fünfzig Jahre in ein und demselben Betrieb beschäftigt waren und dort ihre Pflicht getan

haben. Wer möchte ihnen diese verdiente Anerkennung nicht von Herzen gönnen? Und doch wird gerade an dieser Begründung für eine Ordensverleihung deutlich, wie sehr sich unsere Zeit und ihre wirtschaftlichen Bedingungen verändern. Früher galt es als Zeichen für eine nicht sonderlich hohe Arbeitsmoral, wenn jemand seine Stelle wechselte (es sei denn, Entlassungen im Gefolge allgemeiner Arbeitslosigkeit zwangen ihn dazu). Heute müssen wir die jungen Leute so ausbilden, daß sie ein hohes Maß gerade an beruflicher Beweglichkeit erreichen. Sie brauchen eine solche Anpassungsfähigkeit, wenn sie sich auf die durch die Automatisierung und andere technische Entwicklungen bedingten Veränderungen in unserer Wirtschaft Zug um Zug einstellen sollen.

Ein deutscher Bundespräsident, der in dieser Sicht Orden zu vergeben hätte, müßte also ganz andere Eigenschaften und Maßstäbe honorieren, als sie bis in unsere Tage gerühmt werden. So ändern sich die Zeichen und die Auszeichnungen der Zeit. —r

## Anonym

Anonym ist zum Beispiel ein Brief, von dem außer dem Absender niemand weiß, wer ihn geschrieben hat. Solche Briefe werden hin und wieder von Querulanten oder Leuten ohne Zivilcourage verschickt. Niemand nimmt sie ernst, denn sie verdienen nichts anderes, als ungelesen in den Papierkorb zu wandern.

Ernst nehmen muß man jedoch Aufsätze, die gelegentlich in angesehenen Zeitungen erscheinen, ohne daß der Autor genannt wird. Die „Zeit“ veröffentlichte da einen Beitrag eines hohen Beamten aus Niedersachsen; er äußerte sich kritisch zum Konkordat. Kurz danach erschien in „Christ und Welt“ ein Aufsatz eines hohen Beamten aus Bonn; darin konnte man Bemerkenswertes über den Regierungsstil am Rhein lesen. Die Beratungen des Kabinetts, so berichtete der Mann, berührten oft kaum politische Kernfragen, sondern seien vielfach nur eine Verlängerung der Ressortstreitigkeiten der Bürokratien einzelner Ministerien.

Wir finden es gut, daß solche kritischen Beiträge erscheinen. Wir bedauern aber zugleich, wenn hohe Beamte dafür zuweilen nicht mit ihrem Namen einstehen mögen. Sie haben wie jeder Bürger das Recht, eine Meinung nicht nur zu haben, sondern auch zu äußern. Ein Rest obrigkeitstaatlichen Denkens hindert sie offenbar daran, dieses Recht wahrzunehmen. Das sollte nicht so bleiben. — r

## „Vertraulich“

Seit einiger Zeit verschickt der Chefredakteur der katholischen Monatszeitschrift „Mann in der Zeit“ vertrauliche Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit. In einem seiner Informationsbriefe geht er darauf ein, daß ein junger Kaplan im Ruhrgebiet es abgelehnt habe, sich einseitig zugunsten der CDU öffentlich zu äußern. In dem Informationsbrief heißt es dann weiter: „Es ist begreiflich, daß solche Ansichten Erstaunen und Unruhe ausgelöst haben. Es ist kein Wunder, daß der Fall auch in der SPD hochgespielt wird; scheint er doch die verbreitete These zu stützen, daß der jüngere katholische Klerus bereits mit der CDU/CSU gebrochen und sich öffentlich auf die Seite der SPD geschlagen habe.“

Daß dies geschehen könnte, ist offenbar die größte Sorge von „Mann in der Zeit“. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir die parteipolitische Einseitigkeit dieses katholischen Organs bedauern, und wir möchten gerade die der Unterstützung der CDU/CSU dienenden Informationsbriefe des Chefredakteurs dieser Zeitung zum Anlaß nehmen, diese unsere Auffassung noch einmal zu unterstreichen. Der SPD liegt nicht daran, den jüngeren katholischen Klerus gegen den älteren auszuspielen oder sich mit dem Linkskatholizismus gegen die „Mitte“ oder die „Rechte“ in der katholischen Kirche zu verbinden. Die SPD möchte mit beiden Kirchen in dem Sinne zusammenwirken, wie sie es in ihrem Godeberger Programm gesagt hat. Daran wird sich auch ein Organ wie „Mann in der Zeit“ gewöh-

nen müssen, und sein Chefredakteur könnte sich seine vertraulichen Rundschreiben an die katholischen Geistlichen ersparen, wenn er das einsähe. —

## Religionsfreiheit

Mit 1997 gegen 224 Stimmen ist in der vierten Session des Zweiten Vatikanischen Konzils die Vorlage über die Religionsfreiheit gebilligt worden. Danach soll die Kirche künftig den Irrtum nicht mehr mit Hilfe weltlicher Gewalt, sondern ausschließlich mit den „Waffen des Lichts“ bekämpfen.

Das könnte als ein säkulares Ereignis gefeiert werden, doch bleibt die Freude vorerst gedämpft. Die Vorlage wurde nicht nur mit der üblichen Bemerkung, daß die vorgeschlagenen Verbesserungen noch eingefügt werden sollen, sondern mit der Zusatzformel zur Abstimmung gestellt „unter der Voraussetzung, daß der Text weiter vervollkommen wird, entsprechend der Lehre von der wahren Religion“.

Zwar erklärte dazu das Sekretariat B e a, es halte die Dinge in der Hand. Und es stimmt, daß die von der Minderheit geforderte Einsetzung einer „kompetenten“ Theologenkommission (die wahrscheinlich alles umgeworfen hätte) nicht erfolgte. Von den leitenden Organen des Konzils war aber mit 16 gegen 12 Stimmen gegen die Abstimmung votiert worden. Ihnen kommt die — vom Papst selbst formulierte — Zusatzbestimmung weit entgegen.

Das Ziel Pauls VI., möglichst in allen Fragen einen Konsens des ganzen Konzils zu erreichen, wird von den Traditionalisten weniger respektiert als ausgenutzt. Der Widerstand der Gruppe um den Kurienkardinal O t t a v i a n i war diesmal noch besser organisiert als früher, und er wurde mit allen erdenklichen Mitteln und Argumenten bestritten. O t t a v i a n i selbst war deutlich anzumerken, daß er von der ganzen Religionsfreiheit nichts hält. Er hat kein Gespür für solche Fragen.

Italienische Kardinäle, wie Ruffini (Palermo) und Siri (Genua), versuchten, die Vor-

lage theologisch zu zerfetzen. Norditaliens Bischöfe standen allerdings auf der anderen Seite, als hier einmal nicht die Progressisten, sondern die Traditionalisten dem Konzil „biblisch“ kamen. Sie gelangten dabei freilich nicht über Berufungen auf den Apostel Paulus hinaus, der die Gottlosigkeit und die Pseudopropheten so hart verdammt habe. Bei den theologisch sattelfesten Franzosen und Deutschen machte das den geringsten Eindruck.

Die spanischen und portugiesischen Bischöfe führten politische Bedenken gegen die Religionsfreiheit ins Feld. Sie zeigten sich so sehr im Gehege eines Staatskatholizismus, daß es ihnen geradezu verfassungswidrig erschien, den „Proselytismus“ — die Evangelisations-tätigkeit — der Nichtkatholiken unter Katholiken eines Tages nicht mehr von der staatlichen Autorität unterdrückt zu sehen.

Weniger einheitlich war die Haltung der Bischöfe aus den kommunistisch beherrschten Ländern. Der polnische Kardinal W y s z y n s k i nannte die Religionsfreiheit ein Ünding, wenn auf der anderen Seite nicht nach dem Gemeinwohl gestrebt, sondern nach den Dogmen einer atheistischen Staatsphilosophie gehandelt werde. Der tschechoslowakische Kardinal B e r a n dagegen bezeichnete sein Los und das der Kirche in der CSSR als Buße für eigene Sünden, und er mahnte: Religionsfreiheit und nichts als Religionsfreiheit ist notwendig!

Man kann nicht sagen, daß die etwa einwöchigen Debatten während der vierten Konzilssession konzentrierter gewesen wären als die früheren Auseinandersetzungen. Von einer Abklärung der Geister kann keine Rede sein. Immerhin: Die Abstimmung ist nun erfolgt. Fragt sich nur, wie der endgültige Text aussehen mag. id

## Rückfall

In Spanien rechnet man für die nächste Zeit erneut mit Unruhen unter den Studenten der Universität Madrid. Zwar hatte Franco der staatlichen Studentenorganisation — ihr müssen alle Studierenden angehören — im

Frühjahr 1965 eine gewisse Demokratisierung zugestanden; aber das geschah vor allem deshalb, um die Studenten zum Verzicht auf politische Kritik zu bewegen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Denn gleichzeitig mit dem Zugeständnis größerer Freizügigkeit in der Studentenorganisation wurden einige Professoren, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, mittels eines Berufsverbots aus ihrem Wirkungskreis verbannt. Das ist der Grund, weshalb die Studenten jetzt erneut aufbegehren. Sie wollen sich keiner Freiheit erfreuen, die sie für eine halbe Sache halten müssen, solange man sie ihren Lehrern vorenthält.

Von einem liberaleren Kurs läßt sich auch sonst kaum sprechen. Vier Sozialdemokraten, die am Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel teilgenommen hatten, wurden wegen „Gehirnbündelerei“ angeklagt. Unter ihnen ist auch der Verbindungsmann der spanischen Sozialdemokraten, der vor wenigen Monaten noch die Reise Fritz Erlers nach Madrid vorbereitete. Franco war ihm damals dankbar für diese hilfreiche Geste. Aber der Staatschef kann sich offenbar nicht daran gewöhnen, daß Freiheit eben bedeutet, auch anderer Meinung sein zu können als er selbst. — r

## Wechsel in Norwegen

Am 13. September 1965 ist nach dreißigjähriger Aufbauarbeit der Arbeiterpartei ein Regierungswechsel in Norwegen erzwungen worden. Das hat verschiedene Gründe. Wir nennen zwei, die uns besonders interessant erscheinen.

Erstens: Die Volkssozialisten, die im Grunde nur die NATO-Politik Halvard Langes bekämpfen wollten, stellten überall Kandidaten an, obwohl sie nur in zwei Wahlkreisen Chancen hatten. Prompt nahmen sie damit der Arbeiterpartei Stimmen weg — sogar viele, denn die Vietnampolitik der Amerikaner war keiner NATO-Freundlichkeit dienlich. Aber die Volkssozialisten gewannen doch wieder nur zwei Mandate. Bei einem Stimmenverhältnis von 74:74 zwischen Arbei-

terpartei und Rechtsparteien konnten sie damit das Zünglein an der Waage spielen. Bei dem jetzigen Stimmenverhältnis von 68:80 Mandaten haben sie nichts mehr zu bestellen. Die Volkssozialisten Norwegens haben also statt des Regens den Hagel gewählt.

Zweitens: Das Versprechen, den Bildungsetat drastisch zu erhöhen, brachte den norwegischen Rechtsparteien viele Stimmen von Jungwählern ein. Bildungsmot erwies sich in Norwegen als ein durchaus wahlentscheidendes Moment. Noch mehr fiel natürlich ins Gewicht, daß die Rechtsparteien auch eine Verdoppelung des Wohnungsbaues versprochen, und zwar auf jährlich 40 000 Einheiten. Daß die Regierungspartei sich auf diesem Gebiet übertrumpfen ließ, schadete ihr — in Norwegen, obwohl hier, anders als in der Bundesrepublik, der Preisanstieg inzwischen wirkungsvoll bekämpft worden war.

Einar Garhardsen, seit 16 Jahren Regierungschef, nahm das Wahlergebnis gelassen hin. „Wir kommen wieder“, sagte er zuversichtlich. Er glaubt offenbar nicht daran, daß die Oppositionsparteien wirklich gedächlich zusammenarbeiten werden. Andere Arbeiterpartei indessen mahnen, daß fortschrittliche Kräfte sich von Zeit zu Zeit häuten müssen, auch wenn sie an der Regierung sind. Und in den Nachbarländern Schweden und Dänemark nimmt man den Wechsel in Norwegen sehr ernst. Auch hier gewinnt nämlich der Gedanke des Zusammenschlusses aller Rechtskreise gegen die regierenden Sozialdemokraten an Boden. id

## Zur Situation des westdeutschen Theaters

Klaus E. Herrmann

Vor demnächst zweihundert Jahren, zwischen Generationen also nur, schrieb Lessing seine Hamburgische Dramaturgie. Der gute Schriftsteller, so endet er darin die Rezension irgendeines damaligen Theaterstücks, habe immer nur die „Erleuchteten und Besten seiner Zeit und seines Landes in Augen“, und „nur, was diesen gefallen, was diese rühren kann, würdigte er zu schreiben. Selbst der dramatische, wenn er sich zu dem Pöbel herabläßt, läßt sich nur darum zu ihm herab, um ihn zu erleuchten und zu bessern, nicht aber ihn in seinen Vorurteilen, ihn in seiner unedlen Denkungsart zu bestärken.“ Das Theater, sagt Lessing an anderer Stelle, sei die Schule der moralischen Welt. Damit nimmt er Schiller vorweg, der noch schärfere Akzente setzte. So scharf, lehrmeisterliche, daß Nietzsche ihn nicht zuletzt deshalb als „Moraltrampeter von Säckingen“ geißelte. Auch uns, den Nachsitzer- und Aufholdeokraten, wollen diese seine von Kant imputierten professoralen Fanfarenstöße nicht recht behagen. Das Theater als Erziehungsanstalt? Mon Dieu, wir sind doch gebrannte Kinder! Die Hitlererei mit der patriotisch-heroischen Aufwertungsdromatik der Hanns Johst, Eberhard Wolfgang Möller und Hans Baumann zittert noch nach in den inzwischen morschen Knochen. Bitte keine ethischen Beanspruchungen mehr im Theater, keine Rippenstöße mehr von unsichtbaren Germanenfausten! Bitte kein Wort mehr von dynamischen Vorwärtsbewegungen! Dynamik hat uns just eben erst bis hart an den Rand des Abgrunds befördert. Begnügen

wir uns doch hier wie fast überall im öffentlichen Leben, schweigender Übereinkunft zufolge, mit einer auf Fortschrittlichkeit hin drapierten Statik. Gemünzt auf den Theaterleiter: Betrommeln wir doch unser Publikum vorsichtshalber so lange mit dem angeblichen Avantgardismus unserer Stücke, bis ihm gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, wie sehr wir zu fond auf der Stelle treten!

Wird auf der Generallinie ernstlich so gedacht und verfahren? Ist es danach mehr als fragwürdig um die westdeutsche Bühne bestellt? — Fachleute, Intendanten namentlich, werden das mit Entrüstung verneinen. Man hüte sich doch vor Verallgemeinerungen, Past der Nazizeit, werden sie rufen. Habe man sich ihrer Schablonen nicht göttlich endlich im Zeichen der wiedererrungenen Freiheit entwunden? Strotzen die Spielpläne in Stadt und Land nicht von einer auch im Ausland bewunderten Vielfalt? Gewiß, mancherorts greife man mit etwas übertriebener Vernarrtheit auf das goldene „passé défini“ zurück, erleide sich gar zu ausgiebig an den Glanznummern insbesondere des Naturalismus. Auch die inzwischen schon angeblühten Stars der zwanziger Jahre — Kaiser, Hasenclever etwa — würden da und dort noch zu bedenkenlos strapaziert. Aber was mache das schon aus gegenüber der stolzen Reihe von Umstürzern, die man schon wieder vorzuweisen habe: die Ausländer Beckett, Adamov, Audiberti, Ionesco, um nur die hervorstechendsten zu nennen, daneben unsere jungen Westdeutschen, die sich keineswegs, wie immer wieder verleumderisch behauptet werde, von den Amerikanern und Franzosen hätten ins Schlepptau nehmen lassen: Ahlsen, Wittlinger, Tancréd Dorst, Peter Weiß? Sei es nicht ein wenig happig, hier von Stagnation oder gar Restauration sprechen zu wollen?

\*

Im Tumult der Meinungen dürfte ein Rückblick auf die Entwicklungen seit 1945 einvergnügend klärend wirken können. In den

ersten Jahren nach dem Krieg war das politische und künstlerische Leben Westdeutschlands noch erfüllt von leidenschaftlicher Anklage gegen den Nationalsozialismus. Das Feld war noch offen, niemand vermochte zu sagen, worauf alles hinauswollte. Und gerade diese Unbestimmtheit des Suchens und Sehnsens spannte den Bogen auf das großartigste. Fred Dengers „Wir heißen Euch hoffen!“, Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ und nicht zuletzt die uns so lange vorenthaltenen Zeitstücke Bert Brechts stießen mitten hinein in Weh und Wunden, bewegten uns noch tagelang hinterher wie weiland die Aufführungen unter Jessner oder Piscator nach dem ersten planetarischen Gemetzel. Kellertheater und Studios machten noch aus der Not eine Tugend, ließen aus der zwangsläufigen Dürftigkeit ihrer Ausstattungen Dichterwort und Gebärde um so eindringlicher erstehen. Wie aufwühlend der Orest in Sartres „Fliegen“, bestürzende und schon beglückende Inkarnation des noch autonomen, seinen Ausbruch aus allen Verstrickungen frei wählenden Ich! Kompromißlose Entschlossenheit zu sich selbst — wie weit sind wir dem seither auf des Lebens und Thalias Bühne entrückt! Wunderbar auch eine heute schon fast vergessene Szenenfolge eines jungen Ungarn „Zigeunerweihnacht“. Friedende Fahrensleute, gerade auf einem Marktplatz angekommen, entsinnen sich urplötzlich, daß heute ja Heiligabend sei. Sie beschließen, die Geburt des Christkinds dem Umstehenden, auf die sie erst höhnisch eingespochen haben, improvisierend vorzuführen. Aus ungelenken, stolpernden Anfängen steigern sie sich mählich über sich selbst hinaus, schlagen jung und alt magisch in den Bann des Gelobens, Entwurzelung und Verrottheit nicht Herr über sich werden zu lassen, sich über allen von Satanas inszenierten Entzweiungsversuchen immer wieder die Hand zu reichen.

\*

Bedrückend genug, daß diese spontanen Ansätze zu einer Selbstrevision, mehr noch, zu

einer Wegfindung in die Zukunft hinein sich nach der Stabilisierung — unseliges, Lähmung verbreitendes Wort! — unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach und nach schlafen legten. Der viel und nicht mit Unrecht befandene Satz, daß der Deutsche nur unter der Pression von Not und Entbehrung Hervorragendes leiste, fand wieder einmal traurige Bestätigung. Das Theater gab, aufs ganze gesehen, den Aufrüttelungstragödien, legitimen Anknüpfungsversuchen an die Antike, doch wieder Valet; eine sehr andersartige Ära hub an. Sie scheint uns wesentlich gekennzeichnet durch die Blässe des Verzichts eben auf innere Appelle, auf unterschiedenere Folgerungen aus unserer Misère de lege ferenda; soweit man das Sittengesetz ins Auge fassen will. Sie beschränkt sich statt dessen auf das bloße Transparentmachen von Abgründigkeiten, auf das „Ausleuchten“ vermeintlich heraufgedämmerter apokalyptischer Zustände, auf ein sich oft schon masochistisch auskostendes Verharren in der Resignation. Hoffnungen aufschimmern zu lassen, gar Direktiven geben zu wollen, gehört nicht mehr zum guten Ton. In den nun vorzugsweise importierten Stücken der O'Neill, Osborne, Pinter, Genet geistert es von einer unausgesprochenen internationalen Konvention, dem Bösen, Verworfenen, Niederziehenden, dem mephistischen Dunstraum ja nicht durch Reflexionen zum Positiven hin streift machen zu wollen.

Der psychologischen Ursachen zu diesem Treiben auf den Brettern, die die Welt bedeuten sollen, sehen wir mehrere. Zum einen scheint uns hier zum Ausdruck zu kommen, was sich auch anderer Sparten unseres „res publica“ immer mehr zu bemächtigen droht: die von kalter Wut inspirierte Sucht, Absichten und Verhaltensweisen der Nazis mit ihrem krassen Gegenteil zu beantworten. Wir Deutschen können es offenbar nicht lassen, im Staatsleben von einem Extrem ins genau umgekehrte zu taumeln. Noch die bitterste Erfahrung will anscheinend nicht ausreichen, uns in die Mittelspur der Besonnenheit zu dirigieren. Wir müssen uns, was das

Theater angeht, redlicherwise eingestehen, daß uns die Blut-und-Boden-Parolen der Nazis fast schon automatisch in eine Kultivierung von Heimat- und Glaubenslosigkeit hineingetrieben haben. Wir reagieren auf ihren krampfhaften Optimismus mit einem nahezu bazillenfreien Nihilismus; merken wir nicht, daß wir uns dadurch weiter in Abhängigkeit von ihnen halten?

Hand in Hand mit diesem Motiv ein zweites: Nach unserer Einengung auf Nazichauvinismus auch im Drama drängt es uns, die Schleusen möglichst weitherzig zum Ausland hin zu öffnen. Aber auch dabei haben wir Maß und Ziel überbortet. Wir importieren en masse amerikanische, französische, englische Stücke, ungeachtet dessen, daß sie fast alle noch dem höchst privaten Erlebnisstil huldigen, auf den sich das vorige Jahrhundert etwas zugute hielt. (Daß dieser sich noch über den Ersten Weltkrieg hinaus bis in die zwanziger Jahre vorgeschoben hat, ändert nichts an seinem Anachronismus, sondern beweist nur die Zähigkeit, mit der wir und unsere Autoren sich an seelische Ichmonopole klammern, die mit den Kollektiverlebnissen und -passionen der letzten Jahrzehnte weggeschwemmt worden sind.) Schroffer formuliert: Was gehen uns Psychopathien und Insuffizienzen der einander benörgelnden und quälenden Einzelpersonen in Tennessee Williams „Katz auf dem heißen Blechdach“, herausfordernd in ein Snobistenmilieu gestellt, heute noch an, nachdem doch auf weitesten Partien des Erdballs Menschen zu ganzen Gruppen unausdenkbarer physischer und psychischer Drangsal ausgesetzt waren und noch sind? Wie unverschämt wichtig nehmen sich die Gesprächsduellanten etwa in Albees „Zoogeschichte“, einer den anderen allen Ernstes solange mit der angemasteten Priorität seiner Meinungen reizend, bis es zum Mord kommt! Wo ist da auch nur ein Fünkchen von Demut gegenüber dem Schöpfer und seinen Geschöpfen, wo auch nur der leiseste Ansatz zu einer Überwindung egoistischer Ekelgefühle zugunsten des Dienstes an einer Gemeinschaft, zu schweigen von Aushlicks in

einen abendländischen Humanismus, der heute Denkenden und Nichtdenkenden einfach um der Behauptung ihrer inneren Existenz willen immer mehr zusetzt? Welch billige, Max Stirners Egozentrik zum Weißbluten treibende Provokation liegt in den Thesen des Dramatikers Jean Genet, die Welt der Sträflinge sei letztlich doch die bessere, hier allein gebäre sich so etwas wie die kalte Unerschrockenheit, die dem Medusenantlitz der Zukunft begegnen werde, ohne zu versteinern!

Die Ausnahmen von der Regel der Makabrität selten nicht verschwiegen. Und es sei gerechterweise hinzugesetzt, daß sie gerade auch jüngeren Autoren in Westdeutschland für die letzten Jahre zu danken sind. Vielleicht, daß sich nun, seiner selbst noch unoder nur halbbewußt, ein Ethos aufmacht, das aus der nüchtern-plastischen Wiedergabe unserer „Wir“-situation heraus erst einmal unsere verjährteten Ichbezogenheiten auszuräumen bemüht ist, ohne gleich Besserungsrezepte aus der Tasche ziehen zu wollen. Die Zeit ist dafür noch nicht reif.

Für die älteren Jahrgänge sind hier namentlich T. S. Eliot und Max Frisch neben Bertolt Brecht zu nennen. Im „Kaukasischen Kreidekreis“, im „Mord im Dom“ und in „Andorra“ sind ganz verschiedene Anliegen der modernen Menschheit unter dem gemeinsamen Signum von Verrat, Ohnmacht und verzweifelter Ausschau nach rettenden Gestaden in eine zweite Wirklichkeit hineingestaltet. Immer ist hier die Not eines einzelnen stellvertretend für die einer Gesamtheit, sein Schicksal könnte beliebig gegen das eines anderen ausgetauscht werden. Nicht, daß es darum an Bedeutung verlöre: keiner, der nicht in seiner Eigenart als Glied einer Kette Handelnder und Erleidender notwendig wäre. Man könnte eher sagen, der einzelne habe dadurch in seiner Bedeutung gewonnen, sei über sich selbst hinausgewachsen.

Von den jüngeren westdeutschen Dramatikern haben namentlich Ahlsen, Wittlinger, Mathias Braun und Peter Weiß

diese Spur verfolgt. Brauns couragierter Vorstoß, Tragödien des Sophokles und Euripides Parallelvorgängen im Heute anzuverwandeln, verdient wenigstens in der Tendenz Anerkennung. Unterlaufen ihm auch Gewaltsamkeiten in der aktualisierenden Nachzeichnung historischer Figuren und Abläufe, verkennt er auch in jugendlicher Unbeschwertheit noch die Wandlungen des Schicksalsbegriffs seit der griechischen Klassik, so weiß er uns doch durch die dichterische, sprachmächtige Demonstration der Teufelskreise von Tyrannis und Märtyrertum nachhaltig zu erschüttern. Schon durch die Wiedereinführung des Chors, des reflektierenden Begleiters von Verstrickung und Katastrophe, spannt er den Bogen ins Allgemeingültige hinein. Am verwegendsten, originalsten vielleicht sprengt hier Peter Weiß in Neuland vor. Gesegnet mit komödiantischer Intuition, mit der Fähigkeit, choreographische Reize spielen zu lassen, überwindet er in seiner „*Er mordung Marats*“ mit den Zwiegesprächen zwischen dem Jakobiner und dem Marquis de Sade die Zufälligkeiten von Ort und Zeit, teilt die Akteure (in schon selbstverständlicher Anonymisierung) in Despoten und Opfer, hier die immer wieder verlierenden Revolutionäre und Menschheitsbeglückter, auf. Komparserie, zunächst nur zur Unterstreichnung von Szene und Gedanken angesetzt, schießt hin und wieder jäh ins spukhaft Bedrohliche auf, Masse agiert auf einmal als überdimensionale Einzelperson. Gerade in dieser Verschiebung der Gewichtigkeiten drücken sich die heutigen Transformationen des Ichs in sehr veränderte Relationen zur Gemeinschaft und Wertungen hinein sinnfällig aus. Noch andere aus dem dramatischen Nachwuchs wären anzuführen. So insbesondere Siegfried Lenz mit der „*Zeit der Schuldlosen*“, einem Versuch, mit unserem Pharisäertum ins Gericht zu gehen, und Tancred Dorst mit der ergreifenden Schmäherei einer Soldatenfrau, die ihren Mann sucht, vor der großen Mauer.

\*

Allein, wir glauben in einem allgemeineren Überblick feststellen zu müssen, daß dies

alles vorläufig nur Sonderfälle sind, Lichtpunkte im Grau oder Schwarz eines Gesamtfeldes, das sich in dem wiederaufgewärmten, nur schwach ausgebauten l'art pour l'art der Weltuntergangsmelancholien nach 1918 gefällt. Dieser Narzissmus der Selbstvernelnung, der uns mit einer allerdings schon schauerlichen Beharrlichkeit serienweise aufgetischt wird, hat nun schon das erreicht, was er auf jeden Fall vermeiden wissen wollte: die Anödung und Vergrämung eines Publikums, dessen (nach den Statistiken zu urteilen) bedrohlich werdende Theatermüdigkeit nicht immer wieder leichtfertig obenhin mit dem Sog des Fernsehens erklärt werden sollte. Kann man es ihm verdenken, wenn es Samuel Becketts „*Endspiel*“ stracks den Rücken zukehrt, nachdem ihm hier ja ostentativ vorgehalten worden ist, daß es mit Lebenssinn und Veraständigungsmöglichkeiten vom Ich zum Du endgültig vorbei sei? Oder versteckt sich hinter dieser Sorte Fabrikation nur die Absicht einer angeblich überfälligen Verflapsung des stumpf und spießig gewordenen Zeitgenossen, wie sie gelegentlich auch bei Picasso in male- rischen Koboldsprüngen spürbar wird? Wir meinen, dazu tut es sich hier wie anderwärts doch wieder nicht grotesk genug, fehlt es an Ätzlaugigkeit der Bühner oder Grabe oder Wedekind. Immer wieder gleitet man ins plump Kabarettistische ab — *Io- nescos* „*Der König stirbt!*“ —, versackt in larmoyanter Absage an das Hier und Jetzt, die der Theaterbesucher als faden Nachgeschmack nach Hause trägt. Anders ausgedrückt: Die Wirkung dieser Stücke bleibt gleich weit von Erschütterung und Erheiterung entfernt, löst als modisch hochge- trimmtes Nichts auch nur ein Nichts an Resonanz aus. Strenggenommen fegen hier die Hersteller in schon törichter Überheblichkeit gegen die Tradition jene Gesetzmäßigkeiten für Schau- und Lustspiel vom Tisch, die sich seit Aristoteles („*Poetik*“) in den Erkenntnissen von Weltkritikern wie Diderot, August Wilhelm Schlegel, Börne und — last not least — Karl Kraus immer von neuem bestätigt haben.

Doch zurück zu den psychologischen Ursachen dieses Unwesens. Zwei haben wir bereits genannt: den Ingrimm, es in allem möglichst genau umgekehrt wie die Nazis zu halten, und den in sich verständlichen Wunsch, die von diesen verhängte literarische Autarkie zum Ausland hin zu durchbrechen. Eine dritte Ursache bringt diese beiden erst auf haut gutt, hat ihnen von vorneherein die Möglichkeit genommen, sich zum Kosmopolitentum aufzuschwingen. Es ist dies der Hang des Durchschnittsdeutschen, seinen Pseudowohlstand um keinen Preis durch beherztes Weltmarsiieren zu gefährden. „Keine Experimente!“ — um mit unserem Altkanzler zu reden. In der Sprache des Bühnenmannes: keinen Schritt über die auch dem Musageten gezogene Hallstein-Linie hinaus, meinetwegen toll-dreiste Analyse und Bekritteldung der Mißstände im Inzuchtbereich der westlichen Hemisphäre (Hochhuts „Stallvertreter“, Kipphardts „In Sachen Oppenheimer“), keineswegs aber ein ideologisches Tachtelmechtel mit östlicher Dramatik von heute. Muß sich mit ihr doch immer der auf die Dauer tödliche „kommunistische Infekt“ einstecken! Wird bei uns eigentlich noch durchdacht, in welchen Abweichungen und Schattierungen sich Kommunismus im Osten wie im Westen konkretisiert? Wird bei uns beispielsweise nicht schon der Versuch, das schrottreife Eigentum des Bürgerlichen Gesetzbuches in Teilungtum umzudenken, als „intellektueller Kommunismus“ abgestempelt? Hat uns der Instinkt verlassen, daß, wer sich den Strömungen des Ostens nicht offen, wachsam, aber zu echten Wandlungen bereit, stellt, mitsamt seinen Begriffsschablonen weggeschwemmt werden könnte? Tatsache ist, daß wir die Bühnenproduktion Rußlands und der Satellitenstaaten, sofern sie nicht in die derzeitige westliche Kerbe haut, nach wie vor als Teufelsblendwerk von uns weisen. Kaum eines der Stücke, die Klaus Mehnert als stellvertretend für das heutige Rußland zitiert, fand Gnade vor unserer Allwissenheit. Über Ostrowskis „Schatten“ — unser eigener, ach so zivili-

satorischer! — sind wir noch immer nicht hinweggesprungen. Die kürzlich im Berliner Schillertheater brillierende „Wanze“ von Majakowski ist auch nur als Konzession zu werten; könnte ihr Autor nicht auch im Westen angesiedelt sein?

Unsere oft schwelgerische Rückwärtsge wandtheit verstrickt das Theater in ein Problem, das zur Schadenfreude reizt. Die Sprache der gängigen Stücke wurzelt fast durchgängig im Naturalismus, schlachtet dessen Möglichkeiten bis zur Quintessenz seiner selbst aus. Das Vulgäre ist Trumpf; Autoren machen sich einen Sport daraus, es auf eine Art Grundform zu reduzieren. Drinnen wie draußen frönt man dem Ehrgeiz, nur den flüchtigen Augenblick einzufangen, gebärdet sich geradezu allergisch gegenüber der Versuchung, einen Gedanken oder eine Verhaltensweise sub specie aeternitatis zu fixieren. Möglich, daß man aus der Not eine Tugend machen möchte, sich gar so dürftig hat, weil die Substanz unserer Tage nun einmal nicht mehr hergäbe. (Was tatsächlich in ihnen steckt, dürfte noch immer der „Belagerungszustand“ von Albert Camus exemplarisch arweisen!) Wie dem auch sei, ein Theater, das den dichterischen Wortduktus gegen die (abstrahierten) Idiome von Müller und Schulze eintauscht, darf sich nicht wundern, wenn ihm Film und Fernsehen ärgste Konkurrenz bereiten und es womöglich eines Tages ausbooten. Denn nicht nur, daß auch bei diesen beiden der Umgangston der Michael Kramer und Mutter Wolfen von heute kultiviert wird: man erfreut sich hier eines beträchtlichen Vorsprungs, dank der einer Sprechbühne versagten Chance, Fotoaufnahmen der Natur, des Draußen überhaupt in ein Geschehen miteinzubeziehen und es dadurch würzen zu können; „Rose Bernd“ wirkt ungleich attraktiver zwischen reproduzierten Ährenгарben als inmitten von Pappkulisen; Tennessee Williams „Tätowierte Rose“ blüht zu voller Wildheit erst auf in den Kontrasten ihres mal im Schlafzimmer, mal auf der Landstraße als Lastkraftwagenlenker herumtobenden Liebhabers.

Rückbesinnung auf Sendung und Würde des Dichterworts also, wie sie schon Adalbert Stifter forderte! Man wagt solche Devise kaum noch auszusprechen. Würde sich ein der Sprachrecht, der Kunst als Forderung entwöhntes Publikum dann nicht ganz und gar vom Theater abwenden? Ist es nicht wirklichkeitsfremd, einem zumeist von einem Geldgeber abhängigen Intendanten so Unpopuläres, Besucher Abstoßendes zuzumuten? Hier nur so viel, daß uns eine Katharsis des Theaters ohne Konzentration auf seine ursprüngliche verbale Bestimmung ausgeschlossen scheint. Zumindest wird es sich ohne sie kaum noch von Leinwand und Guckkasten distanzieren können. Ein guter, trächtiger Gedanke in der gebührenden Fassung und reizvolle optische Genüsse, in denen das Wort nur eine mehr oder weniger vermittelnde und begleitende Rolle spielt, haben zwaierteil zu sein, man wird sie nie ungestraft miteinander vermengen. Das Dichterwort wird sich immer nur auf dem Hintergrund einer möglichst konstanten Szenerie entfalten können. Eidetische Störfelder lenken von ihm ab, hinterlassen jedenfalls einen zwiespältigen Eindruck. Dies ist wohl auch das entscheidende Manko des durch die Russen verfilmten „Othello“ oder der trotz Starbesetzung nicht recht geglückten Übertragungen des „Hamlet“ (Laurence Olivier) und des „Faust“ (Gustaf Gründgens) ins Kino.

\*

Nun noch einiges zur musikalischen Seite des Theaters. Auch Oper und Operette sind ja je nach ihrem Pro oder Kontra zu neuen Wegen auf ihrem Terrain durchaus ein Manometer für die Dampfgrade in einem Theaterkessel. Leider bestimmt aber auch hier der — um Osborne abzuwandeln — „Blick zurück in Sentimentalität“ wesentlich das Repertoire. Eine mehr als nur da und dort angetupfte Zivilcourage zum Wagnis ist nicht zu vermeiden. Eher schon herrscht das Wagnernis vor. „Bayreuthwilligkeit“ an allen Ecken und Enden; Provinzbühnen stürzen sich um so schneidiger in Knallinszenierungen des „Ringes“ mit halben Kräften, als

sie sich getrost auf den Zulauf einer glücklich wieder im Biedermeier schmachtenden Neobourgeoisie verlassen können. Im Schnitt rangiert Kassensicherheit vor dem künstlerischen Streben, seine Hörer aufzurütteln und möglichst zum Mitdenken über Wert oder Unwert von Neutönen oder behutsamerem Anknüpfen an die Tradition zu bringen. Man wagt per Saldo noch immer genießerisch im einfallenden Klangzauber der Massenst, Lortzing, Puccini, zerbricht sich höchstens den Kopf darüber, wie man durch kessere Staffagen aus alt neu machen könnte. Von dieser Grundlinie aus hat man es nicht sonderlich schwer, sich mit hin und wieder eingestreuten Egks, Britten, Janaceks, Prokofjews und Strawinskis als doch recht fortschrittlich auszuweisen; über der relativen Anstrengung, die man dem Zuhörer damit aufbürdet, kommt ihm erst gar nicht zum Bewußtsein, daß all diese „modernen“ Komponisten nun fast schon zum klassischen Operngut gerechnet werden müssen. An Revolutionäre wie Luigi Nono, Giselher Klebe oder jüngsthin Alois Zimmermann, der die „Soldaten“ des Stürmers und Drängers Michael Reinhold Lenz in serieller Illustration neu erstehen ließ, trauen sich nur wenige der größeren Bühnen heran. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, als gingen hier einige Hannemänner voran, um die Ehren eines nur ungern als rückschrittlich verschrienen Theaterlebens zu retten.

An die Operette lohnt es sich kaum einen Gedanken zu verschwenden. Sie gibt heute wohl das traurigste Kapitel in der Theatergeschichte ab. Professionals gestehen einem privatim zu, daß sie mit Ausnahme der Johann Strauß, Millöcker, Offenbach durchaus ins Museum der Akustik gehöre. Gleichwohl wird nach wie vor Klamotte über Klamotte aufs Tapet gebracht. Schlaumeier fingieren sogar Debatten über die „Krisis“ der Operette — beste Propaganda für die ohnehin noch keineswegs auf der kaufmännischen Abschlußliste befindlichen „Csárdásfürstin“ oder „Maake in Blau“. Vom Rhythmus, der mit uns geboren, war

leider niemals oder selten hier die Rede. Wir meinen das Musical, das mit „Porgy and Bess“, „Kiss me Kate“ und „My fair Lady“ vielverheißende Anläufe nahm, dann aber trotz vorhandenen Angebots wirtschaftswunderlicher Lähmung verfiel. Kein Zweifel — Umfragen bestätigten es —, daß hier namentlich junge Leute das Ihrige suchten und fanden. Robert Schumanns „Im Anfang war der Rhythmus“ feierte hier fröhliche Urständ; nervös, spielerisch, kühl-ironisch suchte es dem Wohlstandsklima Paroli zu bieten. Der Pulsschlag der Zeit, von der Monotonie unseres Alltags geschwächt, konnte hier in abendlicher Illusionistik wieder auf Touren kommen. Der „ernste“ Jazz — keine Jugendmusikschule sollte ihn auslassen! — holte sich fruchtbare Anregungen. Auf dem Umweg über die Satire hatte das Musical auch Belehrung zu vergeben.

Leider war und ist die Aufgeschlossenheit der älteren Jahrgänge sehr viel geringer. Gerade hier blockierte der beharrungsfreudige Spießbürger. Er mag auch der Grund sein, warum wir uns in Ballett' und Pantomime nur stockend und schwerfällig weiterbewegen. Sie beide hätten, wo sollte man annehmen, in einer Epoche, der wieder und wieder Verbrauchtheit und Letalität der Sprache nachgesagt wird, besondere Anwartschaften. Liefse sich heute nicht gerade durch Tanz und Gebärde eindringlich kundtun, was zu präzisieren unserem festgefahrenen Vokabular verspart bleibt?

\*

Dies alles zur inneren Situation des Theaters. Um- und Neugestaltungen, wie sie uns hier vorschweben, sind aber nicht vorstellbar ohne einschneidende Reformen auch im Äußeren, Organisatorischen. Was nützen die schönsten künstlerischen Projekte, wenn der Finanzier eines Theaters es nach wie vor in der Hand hat, sie zu drosseln? Intendanten subventionierter staatlicher wie kommunaler Bühnen sind heute ständig vom Veto des Zuschauers bedroht. Gewiß, sie haben sich vielerorts bemühter Loyalität zu erfreuen. Aber das Damoklesschwert hängt

immer über ihnen und saust oft gerade dann hernieder, wenn der Theaterleiter es am wenigsten erwartet hat. Am eindeutigsten sind schon die daran, denen (wie gesehen) die Stadtväter von Mal zu Mal in den Haushaltsberatungen mit entwaffnender Stereotype erklären: „Zuschüsse sind dazu da, um herausgewirtschaftet zu werden. Beherrige das gefälligst, Intendant, sonst schließen wir dein Haus! Kultur ist bekanntlich nur eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden“. Das ist der springende Punkt. Ist es überhaupt zu verantworten, daß einem ehrgeizigen, d. h. nicht nur auf Unterhaltung, sondern auch auf Heranbildung seines Publikums in Lessingschen Sinn bedachten Theaterleiters von überwiegend kaufmännisch orientierten Parlamentariern draingeredet wird? Die Frage scheint einem noch von der Mission Thalias Durchdrungenen so grotesk, daß er sie mit einer Handbewegung abtun möchte. Leider kann man sich diese Hochfahrenheit nicht mehr ungeschoren leisten; sie schnell als Bumerang auf einen zurück. Beantwortet man die Frage nicht mit einigermaßen handfesten Vorschlägen, wird man von der bundesüblichen Renditementalität überfahren werden. Denn ein öffentlicher Geldgeber of today will unter Hinweis auf seine strapazierten und ihrerseits peinlichst rechnenden Steuerzahler wissen, wo die Zuschüsse bleiben, wo überhaupt ihnen eine verlässliche Grenze gesetzt ist. Das hat seine Berechtigung ebenso wie unser Postulat, die Intentionen eines Theaterleiters hätten, sofern ihm nicht gräßliche Mißbräuche nachgewiesen werden könnten, tabu zu bleiben. Suchen wir also einen Ausweg, der beiden Seiten gerecht wird!

Wir vermeinen ihn schon seit Jahr und Tag darin zu sehen, das Zuviel an Theaterrichtungen im Bundesgebiet entschlossen zu beschneiden und damit erkleckliche Kosteneinsparungen zu erzielen. Die dadurch gewonnenen Gelder sollten für die Bildung und Erhaltung erstklassiger Standorttheater und reisender Ensembles verwandt werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir an einer unsondierten Bepflasterung mit mäßig

bis untermäßig spielenden Provinzbühnen leiden. Das Prestige fieber, in den öffentlichen Schaugeprängen des Wohlstandes nicht hintanzulegen, war oft der einzige Beweggrund für eine mittlere oder kleine Gemeinde, bei sich auch einen Musentempel hochzuziehen. Hinterdrein rechtfertigte man diesen Vorwitz mit dem Scheinargument, es sei ja gerade das Eigentümliche des in aller Welt gerühmten westdeutschen Theaters, auch der spektroskopischen Vielfalt unserer Landschaften zum Durchbruch zu verhelfen. Aber es ist ja gerade nicht das im einzelnen oder ganzen fragwürdige Team von Schilda oder Krähwinkel, das uns Respekt verschafft hat, sondern immer nur die Gesamtleistung einer größeren Bühne von spirituellem und darstellerischem Niveau! Außerdem hüte man sich davor, unser künstlerisches Renommee mit der Beliebtheit zu verwechseln, die uns die Beschäftigung ausländischer, in den gezählten Häusern und Trupps ihrer Heimat nicht unterzubringender Schauspieler und Sänger eingebracht hat. Freilich wird es nicht leicht sein, zu entscheiden, wo in Zukunft Theater belassen, neu hingestellt oder gestrichen werden sollten. Die Auslese müßte schon von einem möglichst objektiv gehaltenen überörtlichen Gremium getroffen werden. Alles kommt auch hier darauf an, ob Fachkunde und Sachlichkeit sich politischer Werbepropaganda beugen oder nicht. Theaterbegierige Ortschaften, denen nach gewissenhafter Prüfung ein eigenes Theater nicht zugesprochen werden kann, sollten durch die Bespielung mit guten Tournées versorgt werden oder aber sich zu einem Zweckverband zum Betrieb eines zentralen qualifizierten Theaters für einen größeren Bereich zusammenschließen.

Auch sonst bieten sich Rationalisierungen im Theaterbetrieb an, die seiner Idee nicht abträglich, sondern sogar förderlich sein würden. Supertechnisierung und Superraffinement, Krebschäden der jüngsten Zeit, haben sich auch des Bühnenwesens bemächtigt. Überquellende Personalbestände und allzu extensive Ausstattungsmanöver zeugen davon. Ein „Spezialista“ heckt den nächsten,

der Techniker, ob Gewandmeister oder Requisitenhersteller, braucht morgen schon wieder einen Gehilfen; die Position des Baritons splittet sich vor dem fassungslosen Kulturdezernenten zu heldischen, lyrischen, schweren, leichten, wegen Anfälligkeiten der Träger noch mit Ersatzmännern zu Bestückenden auf. Perfektionismus und Detaillistentum schießen ins Kraut — bewettern wir sie nicht mit Lautstärke an allem Robotertum jenseits der Elbe? Gibt es dann, so wird man fragen, hier noch ein Zurück zu der Beschränkung, in der sich erst der Meister zeigt? Heißt sich bescheiden, sich auf einfachere personelle und sachliche Aufwände eingrenzen wollen, heute nicht schon Amoklaufen wider unaufhaltbare und rasante technische Entwicklungen? Würden wir nicht in Bedeutungslosigkeit zurücksinken, wenn wir auf einmal aus dem internationalen Wetlauf ausscherten? Dieser Einwand ist nicht nur im Bereich des Theaters gegen Therapeuten im Dienste des wieder Einfachen und Natürlichen erhoben worden. Er schlägt jedem entgegen, der — wo auch immer — den glänzenden Erfolgen der Technik zu nahe zu treten sich untersteht. Wir dürfen ihn hier pauschal kontern mit dem Hinweis, daß es nirgends darum gehen kann, der vormarschierenden Technik kurzerhand den Hals abzdrehen; das wäre letztlich Harakiri an uns selbst, deren Inneres sie ja weitgehend spiegelt. Aber man darf andererseits in blindem Fortschrittlkeitswahn nicht ständig übersehen, daß es sehr wohl möglich ist, die Technik so weit in Schach zu halten und auf Schritt und Tritt zu modifizieren und zu korrigieren, daß sie nicht in bare, uns schließlich hinterrücks abmurksende Unnatur ausartet. Die romantischen Völker dürften hier in mancher Hinsicht — man denke an die Bevölkerung in der Campagna und in kleineren Orten — Vorbilder geben

\*

Nun zur Nutzenanwendung im einzelnen auf das Theater:

1. Theater, abgeleitet vom griechischen *theatros* = schauen, ist wesentlich Anreizung der Illusion. Um der Phantasie des Zu-

schauers weitesten Spielraum zu lassen, arbeitete die attische Bühne nur mit einem Minimum an Ausstattung und Ausmalung der Örtlichkeit. Ursprünglich ließ sie sich sogar an einer kreisrunden Orchestra mit einem Opferaltar und erhöhten Tritt genügen; erst später, nach Einführung des Kostüm- und Maskenwechsels, traten austauschbare Hintergrunddekorationen hinzu. Alles war auf das anfangs nur kultische, später in die weltliche Antithese von Schuld und Schicksal übergreifende Wort ausgerichtet; auf dieses allein hatte die Hörerschaft sich zu versammeln. Noch das Theater der Goethezeit hielt sich an dieses Axiom. Erst mit dem Naturalismus und seiner Applanierung des Wortes in den Alltag hinunter steigerten sich zwangsläufig die Ansprüche an eine Individualisierung der Szenerie. Überraschende Varianten in der Handlung und im Bühnenbild hatten nun, wenn wir etwas überspitzen, das bisher dominierende Wort zu ersetzen.

Ist es zuviel verlangt, wenn wir eine Verwesentlichung des modernen Theaters im Sinne karger, strenger Ausstattung zugunsten der Konzentration auf die Dichtersprache (die sich freilich auch erst wieder mausern müßte) proklamieren? Haben nicht Studios und Kellertheater nach 1945 hier die adäquaten Modelle hingestellt? Zugegeben, daß für die Oper nicht gleiches wie für das Schauspiel zu gelten hat. Oper bildet von Hause ein *mixtum compositum* von akustischer und optischer Illustration eines Geschehens. Die Sprache eines Librettos braucht keine dichterische zu sein und ist es ja meistens auch nicht. Immerhin könnten auch hier Einstriche im Dekorativen nichts schaden.

2. Kranken wir nicht an einem Superfluum an Darstellern pro Bühne? Wir deuteten bereits an, mit welcher Hemmungslosigkeit gelegentlich, Parkinson erhaltend, Chargen in Unterchargen aufgeteilt werden. Fixieren wir begabten Nachwuchs nicht automatisch auf Schablone, wenn wir ihn nur in eine einzige Verwendungsrichtung — Liebhaber, Schürke — hineindrressieren? Wider-

spricht das nicht dem Gesetz, nach dem der Mime angetreten, dem der Vielseitigkeit, Flexibilität, Universalität? Wachsen die Kainz, Girardi, Bassermann, Wessely nicht gerade an der Heterogenität ihrer Rollen? Ernten nicht heute noch private Kleinstheater trotz oder vielmehr gerade wegen ihres zahlenmäßig spärlichen, aber nach der Verwandlungsfähigkeit überaus fruchtbaren Ensembles immer von neuem Applaus?

3. Der überhitzte Spielplan der westdeutschen Bühnen! Hier haben die Spekulationen der Geldgeber Blüten an Unvernunft getrieben. Immer noch gilt die Parole, das Kassensoll müsse um jeden Preis erreicht werden. Das aber ist nach Ansicht der meisten Stadt- und Landparlamentarier nur möglich, wenn in einer Saison die Premieren einander Schlag auf Schlag folgen und die Abonnenten in Atem halten. Nach den Erhebungen der „Akademie für darstellende Künste“ werden einem Intendanten durchschnittlich pro Spielzeit 16 Neuinszenierungen für das Schauspiel, 12 für Oper und Operette abverlangt. Wobei die Einstudierungen von Balletten und Aufführungen für ein etwa mitbetriebenes Studio noch nicht eingerechnet sind! Sie werden sich wohl auf 6—8 pro Spielzeit belaufen.

Das ist ein Stachanow-System im Geistigen! Schauspieler und Publikum sind damit gleichermaßen überfordert. In einer Vorbereitungszeit von höchstens 3—4 Wochen lassen sich Leistungen nicht ausfeilen. Auf der anderen Seite vermag sich kein Stück intensiv im Zuschauer auszuwirken, wenn es morgen schon durch ein nächstes beiseite gedrängt wird. Jedes künstlerische Erlebnis will verdaut sein, es muß eine geruhsame Weile in einem nachschwingen können, um in seiner Tiefe erfaßt zu werden. Die Atemlosigkeit, mit der das Theater heute von Knüller zu Knüller jagt, hetzt auch Resonanz und Einprägsamkeit zu Tode. Muse braucht Muße, das *Ottum cum dignitate*. Ohne sie muß auch Theater nur ein Reiz mehr im Vielrausch der Retzüberflutungen bleiben.

## Zwiesgespräche

*Arnold und Philip Toynbee: „Über Gott und die Welt“, Szczesny Verlag, München 1965, 176 S., 14,80 DM.*

Liberalismus scheint nach wie vor der Grundzug des englischen Wesens zu sein, obwohl doch die Liberale Partei der parlamentarische Zwerg neben den beiden Großen, den Sozialisten und den Konservativen, ist. Liberalismus ist jedenfalls die Brücke, auf der sich die Generationen begegnen, deren Ältere von dem berühmten Historiker Arnold Toynbee vertreten ist, der mit seinem Sohn Philip, Dozent für Philosophie, ein anregendes Gespräch über unsere Zeit im englischen Rundfunk führte.

Arnold Toynbees zwölfbändiges Geschichtswerk ist durchaus nicht unumstritten. Bei seinem Abschluß im Jahre 1954 entbrannte sogar eine heftige Kontroverse, wie es ja auch gar nicht anders sein kann, wenn ein Historiker eine überdimensionale Gesamtchau der Kulturen und Reiche unternimmt, in deren Schicksalen er gewisse Grundmodelle zu entdecken glaubt, denen sich dann eben die Tatsachen zu fügen haben. Der deutsche Leser denkt bei solch ehrgeizigem Unternehmen mit Unbehagen an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“, von dem Toynbee beeinflusst wurde. Immerhin ist Toynbee von weniger Vorurteilen geplagt als Spengler; vielleicht hat er sie auch mehr unter Kontrolle. Seine Anstrengungen, sich von einem englisch-nationalen Vorurteil zu reinigen, sind sogar übermäßig erfolgreich gewesen. Er neigt dazu, in allen Konflikten die England und dem „weißen Imperialismus“ feindliche Seite auf alle Fälle ins Recht zu setzen. Seine Kritiker sprachen von seinem „Überschlag nach hinten“, den er, nun alt und weise geworden, seinem Sohn gegenüber nicht einmal ableugnet, ohne ihn korrigieren zu können. Diese „Selbstreinigung“ hat etwas Puritanisches — aber nur im moralischen, nicht etwa im historischen Sinn zu verstehen (waren doch die Puritaner von der Perfektion des englischen Wesens, soweit sie selbst

es verkörperten, durchdrungen). Philip entdeckte Arnolds Puritanismus in seinem Glauben, eine Kultur könne nur durch Leiden geschaffen werden, prosaischer ausgedrückt: Alles Gute muß bezahlt werden. Arnold hält auch das eigene ständige Tätigkeitsbedürfnis für puritanisch und überdies amerikanisch. Die aktivsten Elemente der amerikanischen Kultur gehen ja tatsächlich auf den puritanischen Hang zu Arbeit, Nüchternheit und Unternehmungsgeist zurück. Solch gottgefälliges Tun kann auf reichen materiellen Erfolg rechnen.

Aber Arnold Toynbees Puritanismus treibt ihn paradoxerweise gerade zu einer dem Christentum gegenüber kritischen Haltung. Er ist eben zu liberal, um eine der monotheistischen Religionen uneingeschränkt zu bejahen, da diese von der Intoleranz geprägt sind, deren Quellen er im Judentum sieht. Toynbee zieht den Hinduismus vor und bedauert nur, daß Indien gegenüber China und Pakistan „eine christliche Unduldsamkeit an den Tag legt“ — ein gutes Beispiel für seinen „Überschlag nach hinten“; denn wer hat größere hinduistische Gutgläubigkeit gegenüber Pekings Friedensbetuerungen an den Tag gelegt als Nehru? Aber da Nehru in England populär war, muß Arnold unbedingt den unpopulären Standpunkt einnehmen, der den Aggressor begünstigt.

In einem verhängnisvollen Augenblick jedoch war Arnold Toynbee auf der nicht gerade rühmlichen populären Seite: Er begrüßte im Münchener Abkommen, das die Tschechen Hitler auslieferte, die Rettung des Friedens. Verständlicherweise war sein Sohn Philip damals Kommunist. Inzwischen bekehrten sich beide — der eine von Chamberlain, der andere von Stalin. Sie sprechen über ihren Gesinnungswandel freundlich und mit Ruhe, ohne die Selbstanklage des Konvertiten. Sie können es, da es im Grunde gar kein Gesinnungswandel war, den sie vollzogen, nur die Rückkehr zu ihrem ursprünglichen Liberalismus, der sich in wirrer Zeit in falsche Argumente verirrt

hatte. Nun, inmitten der großartigen friedlichen Entkolonialisierung, diesem geschichtlich beispiellosen Unternehmen des Sozialisten Attlee, der auch seinen konservativen Nachfolgern die Bahn vorzeichnete, der dann ebenso widerwillig Frankreich, Holland, Belgien folgen mußten — nun fühlen Toynbee Vater und Sohn, Historiker und Philosoph, wieder festen Boden unter den Füßen, der nur zur Zeit der Suez-Aktion, die beide verurteilten, wankte. Bemerkenswert bleibt noch die gleiche Erfahrung, die beide in ihrer Tätigkeit für große englische Zeitungen machten. Sie konnten sich erlauben, ihre ursprüngliche Position, auf Grund deren sie zur Mitarbeit herangezogen waren, zu ändern. Die Redaktionen respektierten diese Korrektur der Meinungen, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß sie durch neue und zuverlässige Informationen verursacht worden war.

Dr. Alfred Schaefer

### Soziale Phantasie

„Modelle für eine neue Welt“, herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt. Band 1: „Der Griff nach der Zukunft“, Band 2: „Wege ins neue Jahrtausend“, Band 3: „Deutschland ohne Konzeption?“ Verlag Kurt Desch, München-Wien-Basel 1964, jeder Band 24,— DM.

Robert Jungk und Walter Dirks haben den Grundstein gelegt, indem sie „reale Utopien“ und die „Widerbelebung der sozialen Phantasie“ verlangten. Das Echo war erstarrlich stark. So ist aus dem Wunsch nun eine ideale Wirklichkeit geworden, die sich in die materielle umzusetzen trachtet.

Von fünfzehn Bänden, die geplant sind, liegen die drei ersten vor, und schon gewinnt man den Eindruck, als wenn ein Damm gesprengt worden wäre — jener Damm, der bisher die soziale Phantasie umgrenzte, aber auch staut. Der erste Band befaßt sich mit dem Thema Planen und Freiheit. Es wird der Nachweis versucht, daß Freiheit und Planung sich nicht widersprechen oder jedenfalls nicht

zu widersprechen brauchen, sondern sich im Gegenteil heute bedingen. Günther Anders („Der antiquierte Mensch“) schreibt, daß die Eroberung des Raums durch die Eroberung der Zeit und damit der Zukunft ergänzt werden müsse. Als roter Faden des Bandes werden die Unterschiede zwischen totalitärer und demokratischer Planung herausgearbeitet. Die erstere ist doktrinär, allumfassend und auf fixe Ziele gerichtet, während die zweite pragmatischen, aspektiven und koordinierenden Charakter besitzt. Das entscheidende Kriterium besteht aber darin, ob der Mensch außerhalb der Planung und damit ihr Subjekt bleibt oder ob er wie in den totalitären Systemen selbst verplant und damit zum Objekt wird.

Hier scheiden sich die Geister. Die Planung darf die menschliche Spontanität nicht ersetzen, sondern muß sich vielmehr auf sie stützen. Ohne Spontanität gibt es auch keine Freiheit, und ohne Atmosphäre der Freiheit kein Wachstum, das Bestand haben könnte. Aber selbst die besten Argumente für die Planung stumpfen schließlich ab, wenn sie sich im Kreise drehen. Man verwendet hier zuviel Zeit und Raum darauf, das Planen schmackhaft zu machen. Im ersten Band enthält im Grunde nur der Beitrag von Hans Wenke ein Modell.

Zwei Autoren, die über Hegel und Marx noch nicht hinausgekommen zu sein scheinen, wenden sich vorzugsweise der Vergangenheit zu. Hier wandte sich die soziale Phantasie gleichsam rückwärts statt vorwärts, und das Ergebnis ist beklemmend: Man fühlt sich in das 19. Jahrhundert versetzt, dessen Alternativen, wie andere Autoren mit Recht betonen, längst überholt sind.

Der zweite Band befaßt sich speziell mit Deutschland. Der Angriff richtet sich gegen die „geistige Sterilität“ in der Bundesrepublik. Auch der Begriff „Restauration“ spielt seine Rolle, wobei sich die Argumente wiederum oft überschneiden. Doch werden hier endlich neue Ideen, Vorschläge und Modelle profiliert. Isbary ist der Ansicht, City und Wohngebiete unserer Städte müßten nicht

punkt-, sondern ring- und bandförmig angelegt werden, wenn die Verkehrs- und Versorgungsbedürfnisse besser befriedigt werden sollen. Der Eigenhelmbau erscheint auch den anderen Autoren, die über Raum- und Stadtplanung schrieben, als eine Erscheinung des Irrationalismus. Fritz Bauer steuert einen glänzenden Essay über die Notwendigkeit eines sozialen Straf- und Kriminalrechts bei. Interessant ist auch der Beitrag Dohnanyis über das Dilemma von Machtkonzentration und Dezentralisierung des Wissens — er betont die steigende Verantwortung derer, die Entscheidungen fällen. Manche Autoren bleiben allerdings weiter der „Bestandsaufnahme“ verhaftet.

Im dritten Band werden Planungen in Ost und West einander gegenübergestellt. Der allgemeine Trend zur Planung hängt, wie der verstorbene Fritz Sternberg nachwies, mit dem raschen Wachstum des staatlichen Aufgabenbereiches zusammen. Wissenschaftler und Politiker aus zehn Ländern legen zehn praktische Planmodelle vor, von denen fünf demokratisch und fünf totalitär gezeichnet sind. Die Hoffnung auf eine Synthese erscheint dem Rezensenten unreal. Zukunftssträchtiger ist die planetarische Planung im Rahmen der UNO, die Wronkow beschreibt. Die UNO kann dem Ressentiment gegen Planung, das sich dem Ressentiment gegen die Technik zugesellt hat — wobei das verbindende Element die Angst vor der Zukunft ist —, durch praktische Tätigkeit wirksam begegnen. Und Jungks Projekt eines internationalen Planungsamtes, das die theoretischen Grundlagen und angewandten Methoden der Planung vertiefen, verbessern und erweitern soll, ist geeignet, die Arbeit der UNO zu fördern.

Ein Vergleich zwischen den Absichten der Herausgeber und den Ergebnissen wird erst nach dem Erscheinen aller fünfzehn Bände möglich sein. Die Buchreihe selbst ist ein aufsehenerregendes Experiment, doch steht zu befürchten, daß zuviel des Guten in zu dicker Verpackung geboten wird. Es geht um die Lösung von vier Grundaufgaben: um die Sicherung des Friedens, die Rationalisierung

des Ost-West-Konflikts, die Überbrückung der Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie um die Gemeinschaftsaufgaben in der industriellen Gesellschaft, zu denen auch die Automation gehört. Beinahe allen Beiträgen eigen ist die planetarische Idee der „einen Welt“, die indessen nicht von selber kommt, wie viele Fortschritts-optimisten meinen. Die „Modelle“ laufen auf eine Synthese von Phantasie und Wissenschaft hinaus. Eine große Denkexpedition soll die Geschichte überholen, um ihr die Richtung zu weisen.

Günter Bartsch

## Gegensteuern

Georgi Schischkoff: „Die gesteuerte Vermassung. Ein sozialphilosophischer Beitrag zur Zeitkritik“, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1964, 253 S., 19,60 DM.

Es gibt wenige Wörter, die in unserer Zeit so sehr zum Modewort geworden sind wie das Wort Masse. Trotzdem hat man sich bis heute zu keiner wissenschaftlich überzeugenden Begriffsdefinition durchringen können. Das mag unter anderem daran liegen, daß die Soziologie der Masse sich zu einer Sozialpsychologie des kollektiven Verhaltens gewandelt hat. Aber wenn man einmal von den damit zusammenhängenden wissenschaftstheoretischen Erwägungen absteht, wird man sich wohl darauf einigen können, daß unter Masse eine durch gleichartige Triebe und Gefühle verbundene, im übrigen ungegliederte Menschenmenge zu verstehen ist.

Schischkoffs These geht nun dahin, daß der bis etwa 1848 andauernde „natürliche Prozeß der Entstehung von Massen seit Beginn des technischen Zeitalters zunehmend von einer vorsätzlichen, zum Teil durch technische Notwendigkeiten bedingten Tendenz der ‚gesteuerten‘ Vermassung abgelöst wurde.“ Um dieser Tendenz Einhalt zu gebieten, fordert er ein verstärktes sozialanthropologisches Verständnis menschlicher Gesellschaftsformen von ihrem kollektivpsychologischen Aspekt aus, um „die Individualität einer persönlichen Autonomie zuzuführen“.

Um dieses Ziel zu erreichen, regt er weiter eine existenzphilosophisch verstandene Sozialphilosophie sowie eine Massenpsychologie und Pädagogik an, die sich mit der Tiefenpsychologie des Kollektiv-Unbewußten auseinandersetzen hätten.

So zeichnet sich aus der Verbindung von individualpsychologischem Verständnis und der Kenntnis der massenpsychologischen Mechanismen und Medien ein Weg ab zu der unmittelbaren Begegnung mit dem Menschen. In dessen Mangel an Bildung sieht der Autor den entscheidenden Grund unserer Kulturkrise.

Anders als manche Sozialreformer versucht Schischkoff, einen Weg zu finden, der aus den metaphysisch-technologisch bestimmten Steuerungsmechanismen der hochindustrialisierten Gesellschaft herausführt, um der menschlichen Würde jene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die das kommunistische Manifest von 1848, auf das er eingehend zu sprechen kommt, einst verkündet hat.

Doch für Schischkoff bietet der vom Manifest gewiesene Weg keine Möglichkeit, da nach seiner Ansicht „Massenbewegungen und Revolutionen hinsichtlich der Wiedererlangung der spezifisch menschlichen Daseinsweise keine Chance“ mehr bieten. Revolutionen hätten im Gegenteil „den Mechanisierungsprozeß und die Herabwürdigung des Menschen zu einer atomisierten Einheit“ nur noch beschleunigt.

Schischkoff wendet sich an das Freiheitsbewußtsein jedes einzelnen und fordert ihn zur Selbstverwirklichung gegenüber den beschriebenen Vermassungstendenzen auf. Das ist nicht als eine versponnen introvertierte Haltung gedacht, sondern als eine individuelle, konkrete Selbstverwirklichung.

Man wird Schischkoff zustimmen müssen, daß vermehrte Bildungsanstrengungen in dieser Lage einigen Fortschritt bedeuten können und den Prozeß des soziokulturellen Wandels (Richard F. Behrendt) fördern. Den Prozeß selbst jedoch wird eine vermehrte Bildungsanstrengung in dem vom Autor hervorgehobenen Sinne kaum zu sprengen vermögen.

Will man Bildungsplanung sinnvoll gestalten, muß man sie im Gesamtzusammenhang politischer Zielsetzungen diskutieren. Bildung kann sich nicht politisch abstinenter verhalten. Beachtenswert bleiben trotzdem einige Vorschläge. Der Autor fordert die Einführung der Philosophie in den Oberschulen, d. h. eine „mächtig einsetzende Aufklärung“, die den Menschen befähigt, die sich ihm im technischen Zeitalter stellenden Aufgaben zu bewältigen. Er weist darauf hin, daß die Forderung vornehmlich peripher ausgebildeter Menschen, die sich in der Praxis als Spezialisten und gleichschaltbare Glieder der Gesellschaft am besten bewährt haben, eine der Grundformen jener zentral gesteuerten Vermassung darstellen, der entgegenzuwirken politische Aufgabe sein müsse. Weiter fordert Schischkoff eine Reform der Erwachsenenbildung durch eine Besinnung auf die Maßstäbe der heute und morgen gültigen Bildung. Und zu Recht kritisiert er, daß die moderne Kulturpolitik zu meinen scheine, in der Bildung mit ausschließlich wirtschaftlichen Maßstäben auskommen zu können.

Hans-Peter Hempel

## Werbung um Vertrauen

Fritz Erler: „Demokratie in Deutschland“, Seewald Verlag, Stuttgart 1965, 195 S., 14,80 DM.

Erlers Buch merkt man das Bemühen an, sein Thema nicht einseitig anzugehen, wenn er auch natürlich das besondere Engagement nicht leugnet, das ihn an die Sozialdemokratie bindet. Er plädiert für die bundesrepublikanische Demokratie und muß also rückblickend an die bekannten Strukturchwächen der Weimarer Republik — etwa die Feindschaft ihrer inneren Feinde und die partielle Lauheit ihrer Freunde im Abwehrkampf der Demokratie — anknüpfen. Die Atmosphäre in der zweiten Republik ist gegenüber derjenigen in der ersten in der Tat weitgehend entgiftet. Erler greift einige Fragen auf, die ein mißtrauisches Ausland gegenüber der jungen Demokratie in Deutschland dennoch immer wieder stellt: Ist diese Demokratie wirklich gefe-

stigt? Was würde aus ihr werden, wenn wirtschaftliche Rückschläge einträten, wenn außenpolitische Krisen größeren Ausmaßes entstehen würden? Oder wenn gar beides zusammenfiel? Erlers Antworten sind in ihrem Tenor durchaus optimistisch. Mit einer Gefahr außenpolitischer Isolierung der Bundesrepublik rechnet er nicht — vorausgesetzt, daß die offizielle Bonner Außenpolitik an zwei wichtigen Fronten, nämlich im Bündnis und in Europa, nicht gänzlich versagt. Und was einen etwaigen wirtschaftlichen Rückschlag angeht, so bescheinigt Erlers der offiziellen deutschen Wirtschaftspolitik freimütig, daß sie wesentlich geschmeidiger sei, als Erhards dogmatische Reden vermuten lassen. Heute jedenfalls gibt es im deutschen Volk, diese Überzeugung unterstreicht der Autor mit Nachdruck, keinen Boden für einen wie auch immer gearteten Radikalismus. „Eine junge Generation ist herangewachsen, die sich frei weiß von der persönlichen Schuld für das Hitler-Regime und seine Verbrechen. Gleichzeitig weiß sie, welche Verantwortung durch jenen Abschnitt deutscher Geschichte dem deutschen Volke auferlegt worden ist.“

Vielleicht würde dies zu optimistisch klingen, hätte Erlers an sein Plädoyer nicht ausdrücklich ein Monitum an die deutsche Adresse geknüpft. Die gefestigte Demokratie kann nur dann abgesichert werden, so etwa argumentiert er, wenn die Bundesrepublik auf ihrem sozialen Stand von heute nicht verharrt, sondern wenn sie eine fortschrittliche Politik entwickelt. Hier erweist sich der Autor einmal mehr als beredter Anwalt innenpolitischer Reformen, wobei er übrigens in der Rangordnung der Zukunftsaufgaben der Überwindung des Bildungsnotstandes den ersten Platz zuweist. In diesem Zusammenhang legt er einige innenpolitische Struktur-schwächen bloß: das ungeklärte Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien, die Abseitsstellung der Intellektuellen, den weithin unbefriedigend verlaufenen „Dialog zwischen Geist und Politik“. Erlers rundet seine Gedanken mit einem an das westliche Ausland gerichteten Monitum ab. Mehrfach weist er

darauf hin, daß die Weimarer Republik nicht zuletzt auch am Mißtrauen und am Unverständnis der westlichen Demokratien krankte. Der Ruf nach mehr Vertrauen ist sein Schlüsselpunkt, und im ganzen erweist sich seine Schrift als ein Plädoyer, wie man es sich in seiner politischen Redlichkeit und in seinem Werben um Verständnis für das neue, das andere Deutschland nicht eindrucksvoller hätte wünschen können.

Der für Erlers typische disziplinierte Stil, die ihn kennzeichnende Geradlinigkeit der Gedankenführung machen das Buch überdies zu einer angenehmen Lektüre. Erlers gehört selber zu den „handelnden Personen“ der zweiten Republik, aber das erwähnt er nicht einmal beiläufig. Von der ersten bis zur letzten Zeile ist seine Arbeit frei von Bitterkeit. Nicht zuletzt das macht sie so sympathisch.

Klaus Voigt

### Videant consules

Hasso Holmann: „Legitimität gegen Legalität — der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts“, Hermann Luchterhand-Verlag, Neuwied, Berlin 1964, 304 S., 28,80 DM.

Unter den spezifischen Neuschöpfungen des Grundgesetzes findet der Verfassungsrechtler eine ganze Anzahl von Artikeln und Einzelregelungen, die nur erklärbar sind aus der Rückschau auf das Schicksal der Weimarer Republik und ihre Verfassung. Hierher gehören vor allem die Institution des sog. „konstruktiven Mißtrauensvotums“ (Art. 67 GG), die absolute Bestandsgarantie für bestimmte Verfassungsgrundsätze, die legal nicht einmal durch Verfassungsänderung angetastet werden dürfen (Art. 79 Abs. 3 GG), und jene Artikel, denen das Grundgesetz das Attribut einer „Verfassung der wehrhaften Demokratie“ verdankt (Art. 5 Abs. 3; 18; 21 Abs. 3 GG).

Man mag darüber streiten, ob ein Verfassungskonvent gut beraten ist, seine Aufgabe so stark mit rückwärts gewandtem Blick zu lösen, wie es der Parlamentarische Rat getan hat. Die historische Situation, in der er

zu tagen gezwungen war, wird jedoch vieles verständlicher erscheinen lassen. Außerdem kann es auch bei der Formulierung eines Verfassungstextes mitunter richtig sein, aus der Vergangenheit und ihren Fehlern jedenfalls diejenigen Lehren zu ziehen, von denen man meint, daß sie der Zukunft zu nützen vermögen. Das Bemerkenswerte an einem Teil der Neuformulierungen des Parlamentarischen Rates im Grundgesetz ist dabei jedoch, daß vieles, was sie aussagen, auch schon unter der Weimarer Reichsverfassung geltendes Verfassungsrecht war, ohne ausdrücklich im Text der Verfassungsurkunde zu stehen. Das gilt z. B. vom Verbot der Verfassungsdurchbrechung. Wenn der Parlamentarische Rat sich dennoch entschloß, einige Probleme dieser Art nunmehr positiv-rechtlich zu lösen, dann lag das nicht zuletzt daran, daß gerade die deutsche Verfassungsrechtslehre der 20er und beginnenden 30er Jahre jene Theorien geliefert hatte, mit denen dann — scheinbar legal — Hitler 1933 von Hindenburg im Wege des Staatsstreichs in das Amt des Reichskanzlers eingesetzt werden konnte. Wie nachhaltig diese verfassungs- und demokratiefeindlichen Theorien noch heute nachwirken, ist leicht an der noch immer fast unausrottblar erscheinenden Behauptung abzulesen, Hitler sei 1933 legal an die Macht gekommen. Wenn es noch einer Widerlegung dieser Legende bedurfte, dann hat Klaus Revermann den überzeugenden Beweis ihrer Unrichtigkeit geliefert. Einen besonderen Platz unter den Staatsrechtslehrern der Weimarer Zeit nimmt Carl Schmitt ein. Er darf wohl zu den klügsten, scharfsinnigsten und produktivsten Denkern jener Epoche gezählt werden. Zugleich aber auch hat er zumindest einen objektiv sehr bedeutenden Teil jener Waffen geschmiedet, mit denen die Freiheit und das parlamentarische System der ersten deutschen Republik zerstört wurden. Es ist auch nicht verwunderlich, daß heute einer seiner gelehrigsten Schüler zu den ersten Hausjuristen Walter Ulbrichts zählt. Die intellektuelle Schärfe des Schmittschen Denkens gibt ihm unmittelbar und durch man-

chen Schüler auch heute noch eine Bedeutung, die die Auseinandersetzung mit ihm rechtfertigt.

Es ist darum das besondere Verdienst Hasso Hofmanns, die bisher vorwiegend von Juristen oder Soziologen bestrittene Kritik seines Wirkens um eine philosophisch-politische Untersuchung ergänzt zu haben. Die sehr gründliche und wissenschaftlich reich dokumentierte Schrift Hasso Hofmanns läßt deutlich werden, wie sich Schmitts Theorien und Lehren in den Jahren gewandelt haben und wie er vom Kritiker der Weimarer Reichsverfassung zum Apologeten der Hitlerschen „Großraumpolitik“ wurde, um schließlich das Ende des Naziterrors sozusagen im Schmollwinkel und nicht ohne Anfeindung durch regimetreuere „Staatsrechtslehrer“ zu erleben. Hofmann hat allerdings nur teilweise recht, wenn er auch für Schmitt annimmt, was Hannah Arendt über das Geschick der geistigen Elite in einem totalitären Herrschaftsapparat sagt: daß sie niemals und nirgendwo Einfluß auf diesen Apparat hatte. Sicher trifft das für Schmitt ab 1934 zu. Dennoch wird man die Tatsache, daß seine Verfassungstheorien Hitler und seiner Terrorherrschaft nicht nur objektiv den Weg bereitet haben, ihm auch subjektiv vorhalten können, war er doch alles andere als ein reiner Tor. Es ist gerade für den Verfassungsjuristen interessant und lehrreich, einmal Schmitts dezisionistisches Denken, seine Freund-Feind-Theorie und sein „konkretes Ordnungs- und Gestaltungsdenken“ so systematisch politisch-philosophisch durchleuchtet zu sehen, wie dies bei Hofmann geschieht — und zwar auch dann, wenn man nicht in allem die Thesen des Autors zu akzeptieren vermag. Einverstanden wird man mit der von Hofmann zitierten Äußerung Paul Müllers sein können, nach der Carl Schmitt „trotz seiner verhängnisvollen Schwäche, sich von den Mächten der Zeit, sei es durch scheinbar überlegene Distanzierung, durch rücksichtslose und darum doppelt sensationelle Polemik oder durch unerwartete und darum überspitzt vorgetragene Verherrlichung, bestimmen zu lassen,

eine Erscheinung ist, die sehr ernst genommen werden muß". Darum ist die fundierte politisch-philosophische Auseinandersetzung Hofmanns mit Schmitt als Ergänzung der bisherigen politischen, juristischen und soziologischen Literatur so wesentlich: videant consules!

Dr. Claus Arndt

### Publizistik des 3. Reiches

Oron J. Hale: „The Captive Press in the Third Reich“, Princeton University Press, Princeton, New Jersey, 353 Seiten.

Z. A. B. Zeman: „Nazi Propaganda“, Oxford University Press, London — New York — Toronto 1964, XIII und 226 Seiten.

Hale ist nach 1945 in Deutschland für die „Historical Mission“ des „War Department“ tätig gewesen. In dieser Eigenschaft hat er zahlreiche Interviews mit ehemals führenden Parteifunktionären durchgeführt und sich Einsicht in damals unerschlossene Quellen verschafft. Seine Kenntnis deutscher Verhältnisse stammt ferner aus den Jahren, als er als State Commissioner in Bayern wirkte. In seiner Darstellung der „Gleichschaltung“ der deutschen Presse durch den nationalsozialistischen Totalitarismus vertritt er die These, daß ökonomische Kontrolle eine stärkere Zensur sei als irgendeine Aufhebung der Pressefreiheit von staatlicher Seite. Als erster ausländischer Untersucher der Struktur des Apparates der Parteipresse, der „party publishing industry“, charakterisiert Hale die wirtschaftliche Organisierung des Pressewesens unter dem Nationalsozialismus. Er weist nach, daß neben dem Propagandaministerium mit seiner ständigen Pressekontrolle die Partei selbst zu einer unübersehbaren Macht im deutschen Pressewesen wurde, hatte die Partei doch ein regelrechtes Zeitungsmonopol im Reich aufzubauen verstanden. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht Max Ammann. Diese gegenüber dem Poseur und diabolischen Inszeneur Goebbels zu Unrecht unterschätzte Funktionärgestalt mit typischer Managerbegabung erscheint Hale als Hitlers „business dwarf“.

In Einzelheiten zeigt Hale, wie es der NSDAP gelang, ihren Parteiblättern Massenauflagen zu verschaffen, wie sie sich mit Zwang und Druckmitteln aller Art in den Besitz bedeutender bürgerlicher Blätter brachte und diese zu einer schlagkräftigen „holding“ unter der Aufsicht der Reichspressekammer, d. h. Max Ammanns, zusammenfaßte. Dokumente beweisen das Ausnutzen des Apparates der entrechteten sozialdemokratischen und der enteigneten kommunistischen Presse im Interesse der Partei. Hale schildert dann Ammanns während des Krieges brutal fortgesetzte Machenschaften des Suspendierens von Zeitungen.

Nach dem Auslöschen der gegnerischen und dem Aushöhlen der bürgerlichen Presse war einer der größten Zeitungstrusts, der Franz-Eher-Verlag in München, entstanden. Sein Chef, Max Ammann, kontrollierte schließlich 80 v. H. aller Periodika. Sein Jahresumsatz soll den der IG Farben zeitweilig übertraffen haben.

Hale bietet anhand einer Fülle ausgesuchter Dokumente eine saubere historische Beweisführung. Thesen trägt er sparsam vor. Um die prägnanten Ausdrucksmittel seiner Muttersprache muß man den Verfasser beneiden. Das wissenschaftliche Fundament ist einwandfrei. Alle beigefügten Angaben über den Aufbau der Kontrollsysteme, die kritische Bibliographie der „notes on records“, die Interviews und benutzten Bücher machen das Werk unentbehrlich. Als „definitive book on what happened to the Press in Nazi Germany“, wie ein amerikanischer Kollege dem Kollegen auf dem Buchtitel bescheinigt, wird man es in Deutschland auch nach einer dringend zu empfehlenden Übersetzung nicht ansehen. Wohl aber ist es die beste Ergänzung zu Werken wie Thomas Aichs „Massenmensch und Massenwahn, zur Psychologie des Kollektivismus“ (München 1947), „Presse in Fesseln, eine Schilderung des NS-Pressetrusts“ (ohne Verfasserangabe, Berlin 1947) und Walter Hagemanns „Publizistik im Dritten Reich, ein Beitrag zur Methodik der Massenföhrung“ (Hamburg

1948). Erst nach kritischen Vergleichen in- und ausländischer Standardwerke, zu denen Oron J. Hales Arbeit gehört, läßt sich ein wahres Bild der deutschen Presse und ihrer Domestizierung vor der Kapitulation gewinnen.

\*

Das Werk des englischen Historikers Z. A. B. Zeman ist dem Gründer und Leiter — während vieler Jahre — der Wiener Library in London, Alfred Wiener, gewidmet. Wer Wiener noch während seiner letzten Besuche in Deutschland sprechen konnte, erinnert sich, daß er eine übersichtliche Darstellung der publizistischen Regie des Dritten Reiches wünschte, die über das deutsche Standardwerk zum Thema, nämlich Hagemanns eben erwähnte Arbeit, dank besseren Materials und größerer Distanz hinausführen sollte. Wie würde er sich, lebte er noch, darüber freuen, daß diese seine Empfehlungen ausgeführt worden sind! Zeman, der Verfasser der Werke „Germany and the Revolution in Russia 1915—1928“ und „The Breakup of the Habsburg Empire 1914—1918“, spricht mit großer Achtung von Hagemanns Vorarbeit für seine eigene Studie.

Zeman sieht den Aufstieg Hitlers und den Siegeszug von Goebbels' Propaganda anders als jene deutschen Schilderer, die noch Augenzeugen waren. Für ihn ist es nach wie vor erstaunlich, daß Hitler ohne gesellschaftliche Basis, ohne Bildung, ohne Beziehungen, ja selbst ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zur Reichskanzlerschaft aufsteigen konnte. Obgleich Hitler seinen Machtanspruch hemmungslos verkündet habe, hätte ihm vor 1933 eine Nation und nach 1933 die halbe Welt — beispielsweise im Jahre der Olympischen Spiele — Vertrauen geschenkt.

Aus dieser Auffassung schildert Zeman die Stufen der nationalsozialistischen Propaganda von ihrem ersten Aufklingen durch Flugblätter und in Wahlversammlungen der Inflationszeit bis zum Zusammenbruch des

ro  
ro  
ro

## John le Carré

- JOHN LE CARRÉ**, Schatten von gestern / Roman [nur Fr. 2,65]  
**GEORGETTE HEYER**, Frühlingsluft / Roman [nur Fr. 2,65]  
**NICHOLAS MONSARRAT**, Großer Atlantik / Roman [Fr. 4,60]  
**THYDE MONNIER**, Die Talsperre / Roman [Fr. 4,60]  
**WOLFGANG NEUSS**, Das jüngste Gerücht / Mit Zeichnungen von Oswin [nur Fr. 2,65]  
**JEAN-PAUL SARTRE**, Bei geschlossenen Türen — Tote ohne Begräbnis — Die ehrbare Dirne / Drei Dramen [nur Fr. 2,65]

## Wolfgang Neuss

- BOILEAU-NARCEJAC**, Die Frau, die es zweimal gab / thriller [Fr. 2,90]  
**HENRY FARRELL**, Scheußlich, die Sache mit Allan / thriller [Fr. 2,90]  
**THOMAS HOBBS**, Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des kirchlichen und bürgerlichen Staates [Fr. 5,80]  
**GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL** dargestellt in Selbstzeugnissen und 70 Bilddokumenten von Franz Wiedmann [Fr. 3,40]  
**MAURICE NADEAU**, Geschichte des Surrealismus / Aragon — Arlaud — Breton — Dalí — Eluard — Ernst — Péret — Queneau — Reverdy — Soupault — Tzara [Fr. 5,80]

## Jean-Paul Sartre

Orchesters der „Volksaufklärung“ in Abschnitten wie: Eroberung der Massen, Staat und Propaganda, Methoden und Institutionen der Auslandspropaganda. Speziell behandelt er den Auslandsfunk. Weitere Kapitel sind den konstanten Parolen über Judentum und Kommunismus, der Technik der Eingliederung Österreichs durch patriotische Appelle, dem wechselnden Verhalten gegenüber England gewidmet. Die Saltos der Propaganda während des Krieges und ihr Sturz ins Nichts werden in allen Phasen aus Quellen und Dokumenten, Zeugnissen und Belegen zu einem historisch überzeugenden Gesamtbild gerundet. Ziemens Darstellung gewinnt durch die Verwendung bisher unveröffentlichten Materials (Näheres: S. 187). Sie zeichnet sich aus durch Beherrschung der internationalen Literatur (S. 187—208). Obendrein hat er sämtliche für die Epoche wichtigen Zeitungen und Zeitschriften (S. 209 bis 210) ausgewertet. Als Nachschlagewerk ist die Studie dank ihres exakten Index (S. 211—228) dienlich. Das übersichtliche Werk sollte ins Deutsche übertragen werden. Für solche Edition wäre eine reichere Illustration, gehalten etwa im Stile der Faksimile-Bände des Scharz-Verlages (München — Zürich), ratsam.

Wilmont Haacke

## Ausbildung in der Zukunft

„Berufsaussichten und Berufsausbildung in der Bundesrepublik“, eine Dokumentation des „STERN“, von Burkart Lutz, Leo Bauer und Jürgen v. Kornatzki, Verlag Henri Nannen GmbH, Hamburg 1965. 377 S., 20,— DM.

Am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren sind deutlich Ausmaß und Macht des technischen Fortschritts zu erkennen. Kaum ein produzierender Betrieb kann sich ihm entziehen. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich ebenfalls erheblich gewandelt: größere und neue Märkte, zunehmender Konkurrenzkampf im eigenen Land und über die Grenzen hinaus, Verringerung des Arbeits-

kräftepotentials charakterisieren neben vielen anderen Momenten die Situation. Daß sich auch die gesellschaftliche Struktur unseres Landes umgestaltet hat, daß neue Ansprüche entstanden sind, neue Konsumgewohnheiten sich ständig entwickeln, war wollte das leugnen?

Von all dem ist das Bildungswesen in Deutschland nicht unberührt geblieben. Noch nie sind Diskussionen um neue Bildungsformen und -inhalte in der Öffentlichkeit wie in Fachkreisen so lebhaft und intensiv, so aufgeschlossen und hartnäckig geführt worden wie gerade jetzt. Um so mehr muß überraschen, daß die Berufsausbildung bei diesen Erörterungen, Stellungnahmen, Anträgen, Beschlüssen eine recht bescheidene Rolle spielt. Aber wer wundert sich noch, wenn sogar der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinen Empfehlungen und Gutachten resigniert feststellt: „Im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit — auch der Pädagogen — nimmt das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen nicht den ihm gebührenden Platz ein; es ist weitgehend unbekannt.“

Um das öffentliche Bewußtsein anzufachen und um der breiten Masse des Volkes darzulegen, worauf es ankommt, bedarf es offenbar massiverer Mittel und Bemühungen. Das wissenschaftliche Fachgespräch — so nötig es ist — eignet sich nicht dazu; Publikationen, Vorträge von Sachkennern und aufklärende Veranstaltungen sind zweifellos nützlich, um das Interesse zu wecken. Aber sie erfassen stets nur einen kleinen Kreis Interessierter. Wer in großem Ausmaß informieren und aufklären, wer Millionen raten und helfen will, muß andere Wege und Publikationsmittel wählen.

Im Interesse der wirtschaftlichen Zukunft unseres Volkes ist es daher zu begrüßen, daß eine große deutsche Illustrierte die Initiative ergriffen hat, das wichtige Thema der künftigen Berufsaussichten und die Konsequenzen für die Berufsausbildung vor ihrer Leserschaft auszubreiten. Wie diese Ausichten beschaffen sind, davon wissen wir lei-

der zuwanig. Selbst erfahrene Experten können gegenwärtig keine sicheren Auskünfte geben. Die Forderungen, die beruflich jedem einzelnen von der Zukunft präsentiert werden, liegen noch im Dunkel.

Der STERN hat mit seiner Serie über Berufsaussichten und Berufsausbildung einen Versuch gemacht, die Zukunft aufzuhalten. Als „Report“ journalistisch aufgezogen, erwarb sich dieser Bericht naturgemäß manche Gegner, aber wohl doch in der Mehrzahl zustimmende Freunde. Denn nicht auf die Fehler im Detail kommt es an, sondern auf das Aufzeigen der großen Linien der Entwicklung. Nicht einseitige Angriffe gegen irgendwen zu starten, war die Absicht der Redaktion, sondern der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie in unserer sich ändernden Welt die beruflichen Aussichten in 10, 15 oder 20 Jahren beschaffen sein mögen und welche Konsequenzen diese Erkenntnisse nach sich ziehen.

Das Bemühen verdient Lob und Anerkennung. Aber mehr noch die in überarbeiteter, ergänzter und erweiterter Auflage vorgelegte Dokumentation. Sie enthält aus der Feder von Burkart Lutz eine sozialwissenschaftlich fundierte Darstellung der Entwicklungsfaktoren und Entwicklungstendenzen einer Reihe der wichtigsten Berufe. Sie bemüht sich, den Einfluß des technischen Fortschritts auf die Berufsstruktur aufzuzeigen. Neben der ausführlichen Wiedergabe des STERN-Reports von Leo Bauer und Jürgen v. Kornatzki (erschienen in den STERN-Hefen Nr. 49 bis 52/1964) findet der Leser das umfangreiche wörtliche Protokoll des Kolloquiums internationaler Berufs-, Arbeits- und Sozialwissenschaftler, das der STERN am 30. Oktober 1964 über das gleiche Thema in Hamburg veranstaltet hat. Dabei wurde erörtert, wie man in anderen Ländern Europas und in den Vereinigten Staaten diesen Fragen wissenschaftlich und praktisch betraktommen versucht hat. Bemerkenswert ist schließlich die Bibliographie — neben anderen Hinweisen und Materialien zum Thema —, die der Anhang enthält. Mit der

„Dokumentation“ hat der STERN der Öffentlichkeit einen Dienst erwiesen. Die Diskussion konnte sich neu entzünden, Wissenschaft und Ausbildungspraxis haben nützliche Anregungen und Hinweise erhalten. Aber auch die Mängel unserer Erkenntnisquellen, vor allem der Statistik, sind bestürzend deutlich zutage getreten. Immerhin: Der Report bedeutet einen mutigen Vorstoß in weithin unerforschtes Gebiet. Die Untersuchungen weisen methodisch fruchtbare Wege und haben zu beachtenswerten Ergebnissen geführt.

Der Anfang ist also gemacht. Der Versuch sollte daher unbedingt und möglichst auf breiterer Grundlage fortgeführt werden.

Dr. Hans Wolfgang Büttner

Für das nächste Heft dieser Zeitschrift sind folgende Beiträge vorgesehen:

<b>Ekkehart Krippendorff</b>	<b>Regierung und Opposition</b>
<b>Jens Feddersen</b> <b>Karl-Hermann Flach</b> <b>Johannes Gross</b>	<b>Die Parteien im 5. Bundestag</b>
<b>Heinz Pächter</b>	<b>Weiße und Neger in den USA</b>
<b>Pedro Graf</b>	<b>Abtreibung und ethische Indikation</b>
<b>Rudolf Wassermann</b>	<b>Parteiprogramme in der Rechtspolitik</b>
<b>Rainer Kabel</b>	<b>Die Massenmedien</b>

**Dringend gesucht für Bibliotheken!**

Wer kann abgeben  
Exemplare der zweiten Auflage  
vom Parlamentarierbuch  
„Meines Haus in Henkers Hand?“  
Angebote zur Weiterleitung  
erbeten an

**Archiv Walter Hammer**  
**Hamburg 39, Veerstückel 9**

**Wir suchen alte Sozialletika.**

Für Archivzwecke kaufen wir gern  
alle Bücher des früheren Dietz-  
Verlages sowie Bücher sozialen  
Charakters, die vor 1933 erschie-  
nen sind.

Angebote an:

**J. H. W. Dietz Nachf. GmbH**  
**Hannover, Georgstr. 50 b**

## Die Autoren dieses Heftes

Dr. Ulrich Lohmar studierte Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften in Köln, München, Hamburg und Münster. Seit 1954 ist er Chefredakteur dieser Zeitschrift, seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages; von 1961 bis 1965 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik. Er ist Mitglied im Ausschuß für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Landeskirche in Westfalen, gehört dem Parteirat der SPD an und wirkt seit 1964 als Lehrbeauftragter für politische Soziologie an der Universität Münster.

Herbert Bath besuchte während des Zweiten Weltkrieges die Lehrerbildungsanstalt und geriet nach seinem Wehrdienst in Gefangenschaft. Von 1946 bis 1949 wirkte er dann als Lehrer, Schulleiter und Schulrat. Seit 1963 ist er Oberschulrat beim Senator für Schulwesen des Landes Berlin.

Prof. Dr. Gottfried Preissler hat als Vorsitzender des Kultusausschusses der sudetendeutschen Lehrerverbände das „Handbuch für die deutschen Schulen in der Tschechoslowakei“ redigiert. Nach 1946 hat er als Leiter eines Studienseminars und als Professor für Pädagogik und Politische Bildung in Hessen u. a. Versuche zur Neuordnung der Ausbildung von Volksschul- und Gymnasiallehrern durchgeführt. Seit seiner Entpflichtung sucht er das Verhältnis von Staatsgewalt und Bildungswesen in der modernen Gesellschaft zu klären.

Hedwig Maurach beendete 1957 eine sechsjährige Sprachausbildung als Auslandskorrespondentin, Übersetzerin und Dolmetscherin. Danach war sie zwei Jahre lang beim Generalsekretariat der Europa-Union Deutschland tätig; von 1960 bis 1964 leitete sie die Zentralstelle für Informationsreisen ausländischer Studenten in Bonn. Seit Beginn dieses Jahres ist sie Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Prof. Dr. Heinz Langerhans promovierte 1931 an der Universität Frankfurt am Main. Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen verließ er Deutschland. Er lehrte Soziologie am Gettysburg College, Pa. (USA), kehrte 1955 nach Deutschland zurück und war zuletzt einige Jahre Professor für Soziologie an der Universität Dacca in Ostpakistan. Jetzt hat er einen Lehrauftrag an der Universität des Saarlandes.

Dr. Erhard Eppler studierte Englisch, Deutsch und Geschichte in Frankfurt, Bern und Tübingen; Promotion zum Dr. phil. 1951. Seit 1953 war er am Gymnasium in Schwenningen tätig, ab 1957 als Studienrat. Dem Deutschen Bundestag gehört er seit 1961 an.

Dr. Klaus Herrmann studierte Rechtswissenschaft und Sprachen an mehreren deutschen und ausländischen Universitäten. Von 1939 bis 1945 war er Soldat und wirkte danach u. a. als Referent in der Kunstabteilung des niedersächsischen Kultusministeriums und als Geschäftsführer im Büro der Ständigen Konferenz der Kultusminister. Nach einer zweijährigen Mitarbeit beim Deutschen Akademischen Austauschdienst wurde er 1955 Beigeordneter für Kultur- und Schulwesen der Stadt Bielefeld. Dort wirkte er bis zu seiner Pensionierung 1964.

# Massenwahn in Geschichte und Gegenwart

EIN TAGUNGSBERICHT DER STUTTGARTER GEMEINSCHAFT  
„ARZT UND SEHLSORGER“

Herausgegeben von Wilhelm Bitter  
284 Seiten, Leinen, 18,80 DM

Massendemonstrationen und Massenhysterien gibt es in unseren Tagen ebenso wie in der Vergangenheit. Die Erscheinungsformen und die tiefenpsychologischen Hintergründe von Hexenprozessen und mittelalterlichen Sekten, von Kinderkreuzzügen, archaisch-ekstatischen Bewegungen bei den Germanen und im heutigen Brasilien sowie die Gefahren, die von den politischen Wahnvorstellungen der Gegenwart ausgehen, werden in diesem Buch von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen untersucht.



ERNST KLETT VERLAG · STUTTGART

## John Charpentier - Die Templer

ÜBERSETZT VON BRIGITTE WEITBRECHT  
220 Seiten, Leinen, 19,50 DM

Das Zeitalter der Kreuzzüge und die geheimnisvollen Vorgänge beim Untergang des Tempelritterordens, die politischen und geistigen Kräfte im Hintergrund beschreibt dieses Buch, das wissenschaftliche Forschung in spannender Form darstellt.

## Harold Loukes - Die Quäker

ÜBERSETZT VON BRIGITTE WEITBRECHT  
188 Seiten, Leinen, 17,50 DM

Harold Loukes gibt in seiner Darstellung des Quäkertums ein klares, sehr lebendiges Porträt dieser Gesellschaft, die durch ihren Glauben und durch Regeln einer einfachen Lebensführung strenger bestimmt wird als durch Dogmen und Gesetze.



ERNST KLETT VERLAG · STUTTGART

## Europäische Gegenwart

Schriften zur Europapolitik

- 
- Band 1: Das Europa der Sechs ohne Außenpolitik**  
Von Dr. Karlheinz Neunreither, Luxemburg  
1964. 191 Seiten mit zahlr. Dokumenten und Tabellen.  
Paperback DM 9,80
- Band 2: Die Politische Union**  
Herausgegeben und eingeleitet von Dr. Karlheinz Neunreither, Luxemburg.  
Mit Beiträgen von Prof. Dr. Fernand Dehousse, Lüttich; Prof. Dr. Gastano  
Martino, Messina; Jean M. G. Rey, Brüssel; Louis Terranoire, Paris; Bun-  
desminister Walter Scheel, Bonn  
1965. 156 Seiten. Paperback DM 9,80
- Band 3: Atome für den Frieden**  
Von Robert Margulies, Brüssel  
1965. 104 Seiten. 2 Abbildungen. Paperback DM 9,80
- Band 4: Die Grüne Hürde Europas**  
Deutsche Agrarpolitik und EWG  
Von Ernst Freisberg, Brüssel  
1965. 214 Seiten, zahlr. Tabellen.  
Paperback DM 14,80
- 



Westdeutscher Verlag Köln und Opladen

Wir sind ein Verlagshaus in norddeutscher Großstadt und geben wissenschaftliche Schriften vor allem aus den Gebieten Geschichte, Zeitgeschichte, Ostkunde, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften heraus.

Die Aufgaben, die ein wendiger und ideenreicher

## LEKTOR

bei uns findet, sind vielseitig, hochinteressant, weil lebendig und erfüllend —, sie gewähren dem richtigen Mann viel Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit. Ein jüngerer Sozialwirt, Politologe, Soziologe oder Historiker hat hier alle Chancen. Er kann sehr schnell in die Verlagsgleitung eintreten, allerdings erwarten wir von ihm ebenso Beweglichkeit wie Zähigkeit, er soll Einfälle haben und die Energie, aus ihnen unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit etwas Handgreifliches zu machen.

Daß unser neuer Mitarbeiter sicher verhandeln und auftreten können muß, ist selbstverständlich. Es wäre gut, wenn er über englische und französische Sprachkenntnisse verfügte. Wie wäre es, wenn wir uns bald miteinander unterhielten?

Bitte, nehmen Sie mit uns über die Zuleitung der üblichen Unterlagen Kontakt auf. Wir werden uns freuen, Sie kennenzulernen. Richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit Nennung Ihrer Gehaltsvorstellungen unter NG 75 an Verlag Neue Gesellschaft GmbH, 48 Bielefeld, Postfach 26.